

Thomas Koch

Die Mitte-Links-Koalition
in Mecklenburg-Vorpommern.
Teil II: Parteien- und Politikstilanalysen

Berlin, Juni 2001

Studie, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Thomas Koch:
Die Mitte-Links-Koalition
in Mecklenburg-Vorpommern.
Teil II: Parteien- und Politikstilanalysen,
Reihe Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001

ISBN 3-320-0295-4

Inhalt

Vorwort.....	5
1. SPD, PDS und CDU als Landesverbände und Parteien im Parlament	7
1.1 Der soziale Wirkungsraum der Parteien – Mecklenburg-Vorpommern als „gespiegelte Zweidrittelgesellschaft“	7
1.2 Die Landesverbände in der ersten Hälfte der dritten Wahlperiode (1998-2000): nichts Neues in der Mitgliederentwicklung	10
1.3 Die Parteien im Parlament	11
1.3.1 Mandatverteilung und Sozialprofile der Landtagsabgeordneten nach Wahlperioden ...	11
1.3.2 Vom „Parlament der engagierten Laien“ zum Parlament einer sich verstetigenden „(landes-)politischen Klasse“	15
1.3.3 Verankerung der Parteien und ihrer Landtagsabgeordneten im sozialen Raum	17
1.4 Programmarbeit.....	21
1.4.1 Von „Zukunftsoffensiven“, „Programmkongressen“, Bilanzierungen und „Denkwerkstätten“	21
1.4.2 „Zukunftsoffensive der CDU“	21
1.4.3 „Programmkongresse“ der Landes-SPD	25
1.4.4 Zur Programmarbeit der Landes-PDS.....	28
1.4.5 Fazit zur Programmarbeit.....	29
1.5 Mobilisierungsstrategien und Kommunikation mit der Bürgerschaft unter der rot-roten Koalition.....	30
1.5.1 „Zerstreute“ und „programmierte Öffentlichkeit(en)“	31
1.5.2 Mobilisierungsprobleme der Landesparteien und die von ihnen gefundenen Antworten	34
1.5.3 Die Direktwahlen der Landräte und Bürgermeister – konzentrierter Ausdruck der allgemeinen Mobilisierungsschwäche	40
1.6 Zum Verhältnis zwischen Landesverbänden und Fraktionen	43
1.7 Konflikte im „Prima-Klima-Klub“	49
2. Politisches Klima und politische Öffentlichkeit: Der Schweriner Landtag als Arena landespolitischer Willensbildung und öffentlicher landespolitischer Kommunikation	51
2.1 Exkurs über „politische Öffentlichkeit“	52
2.2 Politisches Klima/ politische Öffentlichkeit – Annäherungen.....	56
2.3 Der Landtag als Ort der politischen Willensbildung und Arena öffentlicher landespolitischer Kommunikation.....	61
2.3.1 Ergebnisse und Spezifika des Landtages in der 3. Wahlperiode.....	61
2.3.2 Der Landtag als Adressat von Hoffnungen, Forderungen und Ängsten von Bürgern und Interessengruppen	65

3.	Der politische Stil im Landtag – Design und Befunde der Politikstilanalyse.....	69
3.1	Warum Politikstilanalyse?	69
3.2	(Empirische) Zugänge und Maßgaben der Politikstilanalyse	71
3.3	Befunde – Annäherungen an den politischen Stil im Landtag.....	72
3.3.1	Raumordnungen und Zeitdauer.....	72
3.3.2	Adressaten und Form der Redebeiträge der Abgeordneten	75
3.3.3	Der Landtag als Resonanzboden für bundespolitische Themen, Entwicklungen und Trends.....	76
3.3.4	Interventionen des Landtagspräsidenten	78
3.3.5	Rollentreue und Rollenabweichung im Abstimmungsverhalten – das Muster des Parlamentarismus.....	88
3.3.6	Politikstil im Schweriner Landtag als Gemeinschaftsleistung.....	91
4.	Ausblick: Fragilität und Belastbarkeit der SPD-PDS-Koalition.....	94
5.	Anlagen	97
Anlage 1:	Design der Politikstilanalyse: Landtag(e).....	97
Anlage 2:	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	103
Anlage 3:	Personenverzeichnis	104

Vorwort

Die vorliegende Studie ist Aspekten einer Geschichte des Gegenwärtigen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern bis zum Ende des Jahres 2000, partiell bis zum Mai 2001 auf der Spur.

Sie präsentiert Befunde und Analysen zur Entwicklung der Parteien SPD, PDS und CDU. Die Parteien rücken als Landesverbände wie als Parteien im Parlament aus einer vergleichenden Perspektive in den Blick, um so auch ihre aktuelle Situation im Parteienwettbewerb mit Blick auf die Landtagswahlen 2002 einzufangen (Kapitel 1).

Insofern alle drei Landesparteien (freilich unterscheidbare) gesellschaftliche wie mentale Veränderungen herbeiführen wollen, lasen sie sich als regionale Reformkräfte fassen. Für Reformpolitik jeglicher Art ist es wichtig, dass sie sich ebenso auf Mehrheiten im Parlament wie auf eine starke außerparlamentarische Bewegung stützen kann, die *im idealtypischen Falle* als solidarische Stütze wie als kritisches Druckpotenzial fungiert. Daher wird im 2. Kapitel versucht, Aufschlüsse über das politische Klima und die Verfasstheit der politischen Öffentlichkeit beizubringen.

Da indes „die“ Öffentlichkeit, die in Mecklenburg-Vorpommern gesellschaftliche Veränderungen tragen und stimulieren, hinnehmen und tolerieren soll, aus mehreren/ vielen großen und kleinen und noch dazu tendenziell gegensätzlich gestimmten Öffentlichkeiten, aus einer Vielzahl von Arenen öffentlicher (politischer) Kommunikation besteht, ist es angebracht, *eine* Arena landespolitischer öffentlicher Kommunikation mit einiger Ausstrahlung in das Land, näher zu betrachten. In den Blick rückt von daher der Landtag als exponierten Ort der landespolitischen Willensbildung und Arena öffentlicher landespolitischer Kommunikation.

Im 3. Kapitel wird der im Schweriner Landtag waltende Politikstil als Gemeinschaftsleistung seiner Gremien und Abgeordneten untersucht und bestimmt.

Mein großer Dank gilt der Rosa-Luxemburg-Stiftung und natürlich allen Gewährspersonen in Mecklenburg-Vorpommern, die das Entstehen dieser Studie als Gesprächs- und Diskussionspartner, durch die Bereitstellung von Materialien, Recherchen und den Zugang zu Veranstaltungen der Parteien bereitwillig unterstützt haben. Für die Gewichtung und Interpretation übernehme ich selbstverständlich selbst die Verantwortung.

Die vorliegende Arbeit schreibt die gemeinsam mit Frank Berg verfasste Pilotstudie „Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern?“ vom März 2000¹ in gewisser Weise fort und sie steht zugleich in einem Verweisungszusammenhang mit den vorgelegten Politikfeldanalysen von Frank Berg in dieser Reihe.²

1 Berg, Frank/Koch, Thomas: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Reihe Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2000.

2 Siehe Teil I (Berg) und II (Koch, hier vorliegend) der Studie. Bibliographische Angaben: Frank Berg: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil I: Politikfeldanalysen, Reihe Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001; Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil II: Parteien- und Politikstilanalysen, Reihe Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001.

Wer den auf der Web-Seite des BISS publizierten Entwurf dieser Studie vom Februar 2001 kennt, wird im veröffentlichten Text manche Veränderungen registrieren können. Sie betreffen sowohl den Materialstand als auch manche Bewertung. Zwischen März und Mai 2001 hat es öffentliche Diskussionen mit Akteuren vor Ort und in anderen Kontexten über die Studie gegeben. In der regionalen und auch überregionalen Presse sind manche Befunde selektiv aufgegriffen worden. Durchaus nicht immer im Sinne der Intentionen von Frank Berg und mir. Die Ergebnisse der Direktwahlen der Landräte und Bürgermeister liegen nunmehr für einen Großteil der politisch-administrativen Einheiten vor. Vor allem aber war die bislang schwerste Koalitionskrise zu verarbeiten.

Die Analysen und Befunde zur Halbezeit der rot-roten Koalition versuchen mit dem Mut zur Lücke und zum Irrtum politisch Interessierten innerhalb wie außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns eine lebendige Vorstellung von den Schwierigkeiten des Regierens und Opponierens an der Küste zu vermitteln.

Berlin im Mai 2001

Thomas Koch

1. SPD, PDS und CDU als Landesverbände und Parteien im Parlament

1.1 Der soziale Wirkungsraum der Parteien – Mecklenburg-Vorpommern als „gespiegelte Zweidrittelgesellschaft“

Der Begriff der Zweidrittelgesellschaft geht auf ursprünglich auf Peter Glotz zurück. Er hob im Kontext seiner Entstehung aus einer gesellschaftskritischen Perspektive auf die Spaltung zeitgenössischer westlicher Gesellschaften in ein sozial abgesichertes, prosperierendes Zentrum (etwa Zweidrittel der Gesellschaftsmitglieder) und eine abgekoppelte Peripherie ab, die durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse; Arbeitslosigkeit, verminderte Teilnehmer- und Teilhaberchancen und drohende soziale Ausgrenzung gekennzeichnet ist. Dieses untere Drittel ist nicht in die Gesellschaft integriert, fällt gleichsam aus der Gesellschaft heraus: es erscheint ökonomisch entbehrlich, da seine Arbeitskraft nicht gefragt ist, seine Kaufkraft schwindet. Es ist auch nur bedingt organisations- und konfliktfähig. Aus der Sicht der „Leistungsträger“ wird dieses untere Drittel zunehmend als alimentierte soziale Last empfunden.

Wolfgang Thierse³ hat nun unlängst in einem „vertraulichen“ Text an führende ostdeutsche Sozialdemokraten, den »DIE ZEIT« auszugsweise veröffentlichte⁴ und der von der Web-Seite ungekürzt herunter geladen werden kann, den Begriff der Zweidrittelgesellschaft erneut ins Spiel gebracht. Zwar beziehen sich die fünf Thesen Thierses auf Ostdeutschland als Ganzes, doch schließt seine Gesellschaftsdiagnose für Ostdeutschland Mecklenburg-Vorpommern mit ein, so dass es gerechtfertigt ist, sie zur Charakteristik des Aktionsraumes der politischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern wie auch als Bewertungsfolie heranzuziehen.

Mecklenburg-Vorpommern ist wie ganz Ostdeutschland, so lässt sich in Anlehnung an Thierse festhalten, „... durch eine »Zweidrittelgesellschaft« gekennzeichnet, die sich spiegelbildlich zur westdeutschen verhält. Nur das obere Drittel hat sich erfolgreich integriert und entspricht nach westlichem Muster der gesellschaftlichen Mitte. Das mittlere Drittel, das engagiert mithält, aber noch immer seine Lebens- und Berufsperspektiven im Osten gefährdet sieht, bildet die ostdeutsche Mitte. Von dieser setzt sich ein unteres Drittel ab, das zeitweise oder auf Dauer nicht aktiv in die Gesellschaft integriert ist, eine Vorstufe der klassischen Unterschicht.“⁵

Der CDU-Politiker und vormalige Ministerpräsident Berndt Seite hat einmal mit Blick auf das untere Drittel – freilich aus einer anderen sozialen Perspektive als Thierse – vom „Bodensatz“ gesprochen.

Thierses Text enthält weitere Charakteristika der ostdeutschen Zweidrittelgesellschaft, die ebenfalls für Mecklenburg-Vorpommern gelten:

3 Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, www.zeit.de/2001/02/thierse.

4 Vgl. Christoph Dieckmann: Ostdeutschland steht auf der Kippe, DIE ZEIT Nr. 2/2001 4. Januar 2001, S. 5.

5 Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, www.zeit.de/2001/02/thierse, S. 6.

„Zwei gegensätzliche Identitätskonstruktionen gehen quer durch die ostdeutsche Gesellschaft. Im ersten Extrem grenzt man sich »ostdeutsch« von einer gesamtdeutschen Identifikation ab, im anderen dient die Identifikation als Deutscher dazu, die Überwindung der ostdeutschen Herkunft zu demonstrieren.“⁶

Letzteres ist auch an der Küste vor allem ein Markenzeichen des oberen Drittels. Im unteren Drittel besteht hingegen ein kräftiger Nährboden für rassistische, fremdenfeindliche Deuschtümelei.

Über die „spezifische ostdeutsche Mitte“ heißt es bei Thierse, sie sei sowohl durch Aufstiegs-erfahrungen als auch durch Abstiegsängste geprägt.

„In dieser »Mitte« bündeln sich auch die Interessen derer, die sich auf der sicheren Seite fühlen, aber auch jener, die noch nicht Fuß gefasst haben. Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Wandel sind gleichrangige Interessen der ostdeutschen Mehrheit.“⁷

Thierse empfiehlt den ostdeutschen Sozialdemokraten, sich in ihrer Politik an den Interessen der Region und jener spezifischen ostdeutschen Mitte zu orientieren. In dieser glaubt er das „klassische“ wie das „moderne sozialdemokratische Milieu“ zu erkennen.

Heißt das aber im Umkehrschluss, dass die CDU und PDS Parteien sind, die sich der Interessen der Region aus der Perspektive des oberen bzw. des unteren Drittels annehmen (sollten)? So einfach ist es nicht.

Immerhin ist es sinnvoll, danach zu fragen, auf welche Drittel der regionalen Gesellschaft⁸ die Politikangebote, Lösungsstrategien, Deutungen der drei Landesparteien jeweils abheben.

Tatsächlich verhält es sich so, dass alle drei Landesparteien, wenn auch in unterschiedlichen Proportionen, jeweils Wähler und Unterstützung im oberen, mittleren und unteren Drittel der regionalen Gesellschaft finden und suchen werden. Soweit sie bei Wahlen eine absolute Mehrheit der Stimmen erzielen wollen, müssen sie das bewusst versuchen. Und alle drei Parteien verfügen auch über gewisse Voraussetzungen, über das ihnen von Beobachtern jeweils „zugewiesene“ Drittel hinaus politische Unterstützung zu erzielen. An verschiedenen Stelle dieser Studie wird darauf hingewiesen werden, dass die Landes-CDU einen relativ starken Sozialstaats- und Arbeitnehmerflügel hat. Und wie die „Leistungsträgerdebatte“ der PDS auf Bundes- und Landesebene zeigt, will die PDS die Unterstützung, die sie ohnehin bei Wahlen aus der „ostdeutschen Mitte“ und selbst aus den oberen Drittel erhält, im Interesse der Steigerung der Politikfähigkeit der Partei produktiv machen. Selbst Kritiker der PDS-Regierungsbeteiligung wollen die PDS immerhin auf eine Politik verpflichten, die die Interessen der „Lohnabhängigen, Unterprivilegierten, der Ausgegrenzten“, aber auch der Klein- und Mittelunternehmen“ vertritt.⁹ Die PDS wird sich mithin in ihrer Politik und Programmatik keineswegs auf das untere Drittel festlegen lassen können, zumal Aufgeschlossenheit und Affinität für Positionen eines *demokratischen Sozialismus* im mittleren und oberen Drittel derzeit größer sind als im unteren.

6 Ebenda, S. 5.

7 Ebenda, S. 6.

8 „Regionale Gesellschaft“ wird hier und an anderen Stellen als Synonym für Mecklenburg-Vorpommern verwendet.

9 Vgl. Traudel Felfe: Vorschlag zum Verständnis vom 26.04.00, in: Materialien zum „Bericht der AG Bilanz zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern.

Für die Bearbeitung und Lösung von Problemen einer Zweidrittelgesellschaft, die sich spiegelbildlich zur westdeutschen verhält, bieten sich verschiedene Möglichkeiten an, die sich in unterschiedlichen Koalitionsarchitekturen niederschlagen.

Manfred Stolpe hat unlängst unmissverständlich klar gestellt, warum sich die Brandenburger SPD für eine rot-schwarze Koalition entschieden hat: mit einer solchen Koalition ließen sich eher die notwendigen sozialen Schnitte und ein Kurs der Sanierung durchsetzen. Bei einer rot-roten Koalition, die er nicht grundsätzlich ausschloss, wären die Brandenburger Sozialdemokraten gefährdet, sich den erforderlichen harten Schnitten zu verweigern.¹⁰ Insofern war die Entscheidung für eine rot-schwarze Koalition in Potsdam 1999 ebenso eine Richtungsentscheidung wie die Bildung der rot-roten Koalition in Schwerin.

Rot-rote Koalitionen stehen für das Versprechen und den praktischen Versuch, die Probleme und Herausforderungen der umgekehrten Zweidrittelgesellschaft auf *andere Weise* anzupacken. Darin gründet die überregionale (zumindest für ganz Ostdeutschland bestehende) Bedeutung des 1998 in Schwerin erstmals eingeschlagenen Weges und der dabei gewonnenen Erfahrungen.

Über jene andere Weise des Herangehens an Probleme einer gespiegelten Zweidrittelgesellschaft, die rot-rote Koalitionen idealtypisch verheißen, lässt sich immerhin so viel sagen: Für eine rot-rote Koalition ist die Frage des Zusammenhalts der Gesellschaft (d.h. der in ihren Lebensmöglichkeiten auseinander driftenden Drittel) ein zentrales Thema. Freilich steht auch eine rot-rote Koalition vor dem Problem der Haushaltssanierung. Und sie kann nur dann sozialer agieren als andernorts, wenn sich der Anspruch auf eine sozial gerechtere Politik auf eine entsprechende Wertschöpfung gründet, für die sie mit *ihren* Möglichkeiten mit zu sorgen hat.

Sollte dies gelingen, dann empfehlen sich rot-rote Koalitionen als die *optimale Koalitionsarchitektur* für die Probleme der umgekehrten Zweidrittelgesellschaft.

Die Probleme einer solchen Gesellschaft – und das zeigen unsere Erkundungen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich – lassen sich allerdings nicht in zwei und auch nicht in vier Jahren, sondern nur mittel- und längerfristig lösen bzw. produktiv bewegen. Das spricht für eine Fortsetzung der SPD-PDS-Koalition nach 2002 in Schwerin, wenn die Wahlergebnisse es hergeben und die Chemie zwischen den Koalitionären eine Fortsetzung zulässt.

Von daher sollen nun die Landesparteien SPD, PDS und CDU aus einer *vergleichenden Perspektive* betrachtet werden. Dabei wird in Anlehnung an Schneider¹¹ in verschiedenen Zusammenhängen auf die drei Segmente abgehoben, aus denen die Parteien bestehen (bei der CDU sind es nur zwei) – *Parteien als Landesverbände, Parteien im Parlament (Fraktionen) und Parteien in der Regierung (Ministerratsmannschaft)*.

1.2 Die Landesverbände in der ersten Hälfte der dritten Wahlperiode (1998-2000): nichts Neues in der Mitgliederentwicklung

Der CDU-Landesverband ging aus entsprechenden organisatorischen Gliederungen der CDU der DDR und Teilen der Bauernpartei (DBD) hervor. Wie auf dem Landesparteitag der CDU

10 Vgl. Ich bin da mehr Pragmatiker. Interview mit Manfred Stolpe, Neues Deutschland vom 02.01.2001, S.3.

11 Vgl. Herbert Schneider: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss (Hg): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 408.

im Mai 2000 in Rostock zu erfahren war, sind 2/3 ihrer heutigen Mitglieder nach 1990 in die Partei eingetreten. Als CDU-Hochburg gilt Vorpommern. Die SPD ist hingegen im mecklenburgischen Landesteil stärker verankert als in Vorpommern. Die mitgliederstärksten Kreisverbände der PDS befinden sich in der Hansestadt Rostock, in Neubrandenburg, Schwerin, Anklam-Greifswald und Güstrow: Während es sich bei der SPD um eine Neu- bzw. Wiedergründung handelt, ging der Landesverband der PDS vornehmlich aus einer politischen, sozialdemographischen und kulturellen Selektion der SED-Mitgliedschaft der drei Nordbezirke hervor.

Wird der Landesverband der SPD von Ministerpräsident Harald Ringstorff geführt und der der PDS bislang¹² vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Helmut Holter, so entschied sich die CDU nicht für die Funktionsbündelung, sondern für das Modell der Doppelspitze mit Eckhardt Rehberg (Oppositionsführer, Stellvertretender Landesvorsitzender) und Steffie Schnoor (MDL) als Landesvorsitzende. Bis Mai 2000 stand Angela Merkel an der Spitze des Landesverbandes.

Sowohl die Einfach- als auch die Doppelspitze haben ihre Vor- und Nachteile. Liegt die Führung in einer Hand, *können* Reibungsverluste zwischen der Partei als Landesverband und der Partei im Parlament (Fraktion) gering gehalten werden. Allerdings besteht bei der Amtsbelastung der Inhaber und angesichts der Herausforderungen, vor denen sie stehen, die latente Gefahr, die Partei in ihrer Existenzform als Landesverband den Bedürfnissen und Zwängen der Regierungsarbeit unterzuordnen.¹³ Die Doppelspitze ermöglicht zwar eine bessere Pflege der Mitgliedschaft, sie *kann* aber auch zu ausufernden Konflikten zwischen Fraktion und Landesverband führen (vgl. 1.6).

Die rot-rote Koalition konnte sich bei ihrer Bildung im November 1998 zwar auf eine Wechselstimmung im Bund und im Lande stützen, jedoch auf keine gesellschaftliche Bewegung und Stimmung an der Küste, die eine grundsätzlich andere Politik eingefordert und getragen hätte.

Das Entstehen und Operieren der rot-roten Koalition markiert für alle drei Landesverbände und ihre Landtagsfraktionen einen erheblichen Einschnitt. Die Koalitionsbildung ist zu recht als eine Richtungsentscheidung öffentlich wahrgenommen worden. Gewöhnlich polarisieren Richtungsentscheidungen und sie mobilisieren deren Gegner wie Befürworter.

Bei der Koalitionsbildung in Schwerin handelte es sich indes um eine Richtungsentscheidung mit eher begrenzter polarisierender und mobilisierender Wirkung auf Anhänger wie Gegner.

Es hat bei *keiner* der Parteien dramatischen Veränderungen¹⁴ in der Mitgliedschaft gegeben (Tabelle 1). Weder die Regierungsparteien noch die Opposition haben seitdem nennenswerte Mitgliedergerinne oder Mitgliederverluste zu verzeichnen. Wenn man die problematische Altersstruktur der Mitgliedschaft der PDS mitdenkt, gilt das auch für die PDS. Ihre Mitgliedschaft verringerte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht durch Austritte, sondern

12 Die PDS wird mit den nächsten Vorstandswahlen im Jahr 2001 die Kopplung auflösen (vgl. 1.6).

13 Die Ämterhäufung wird indes nicht nur in der PDS kritisch reflektiert. Auf dem jüngsten SPD-Landesparteitag im Mai 2001 wurde Harald Ringstorff immerhin mit dem bislang schlechtesten Ergebnis (62%) seiner inzwischen elfjährigen Amtszeit zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

14 Im Umfeld der Koalitionsentscheidung hat es allerdings bei der SPD einige Austritte und bei der CDU Mitgliederzuwächse im Sinne von Pendelausschlägen gegeben.

durch den Tod von Mitgliedern. Die Mitgliederentwicklung aller drei Landesparteien insgesamt stagniert bzw. ist rückläufig.

Tabelle 1: Die Entwicklung der Mitgliederzahlen von CDU, PDS und SPD in MV 1990-2000

	1. Wahlperiode		2. Wahlperiode			3. Wahlperiode		
	1990 ¹	1992 ¹	1994 ¹	1996 ¹	1997 ¹	1998	1999	2000
CDU	17.000	12.300	10.600	9.200	8.854	8.304 ²	8.499 ²	8.499 ²
SPD	14.000	5.800	3.500	3.900	3.585			3.500 ⁴
PDS	38.800	18.000	14.200	12.300	11.099			9.630 ³

Quellen: ¹ = Norddeutsche Neueste Nachrichten, 16.1. 1997 für 1990-1996 u. Auskünfte der Landesgeschäftsstellen, zit. n. Werz/Schmidt (Hg.) 1998:97f; ² = www.cdu-mv.de Presseberichte vom 18.02.2000; ³ = 6. Landesparteitag der PDS/ 3. Tagung, Arbeitsmaterialien S. 20 mit dem Stand vom 30.09.2000, ⁴ =Auskunft der Landesgeschäftsstelle (Oktober 2000).

Die SPD-PDS-Koalition hat also weder bei ihren Befürwortern noch bei ihren Gegnern Schübe in der Mitgliederentwicklung ausgelöst, die die bislang waltenden Regularien, sich in Parteien zu engagieren, außer Kraft gesetzt, modifiziert oder ergänzt hätten. Alle drei Landesverbände verbindet, dass sie nach neuen und aktiven Mitgliedern suchen.

Wie Ingrid Reichart-Dreyer explizit am Beispiel der neuen Bundesländer gezeigt hat, ist die Mitgliedschaft in Parteien auch heute nicht nur an ideelle, sondern auch an materielle Voraussetzungen gebunden ist, die am ehesten Angehörige der Mittelschichten bestimmter Altersstufen „bei kontinuierlichen Lebensverhältnissen“(!) erfüllen.¹⁵ Daher kann in einer „gespiegelten Zweidrittelgesellschaft“ nicht erwartet werden, dass die Trägerparteien der Koalition oder ihre Widersacher vorerst auf nennenswerte Zuwächse hoffen dürfen.

Für die Position von SPD, PDS und CDU im Parteienwettbewerb hat dieser Trend freilich unterschiedlich Folgen. Obwohl die SPD seit zwei Wahlperioden das Land regiert, ist der SPD-Landesverband der kleinste geblieben. Unter sonst gleichen Bedingungen zeichnet sich – unabhängig davon, ob die PDS mitregiert oder opponiert – ab, dass die PDS demnächst ihren Status als mitgliederstärkste Landespartei an die CDU verlieren könnte.

1.3 Die Parteien im Parlament

1.3.1 Mandatverteilung und Sozialprofile der Landtagsabgeordneten nach Wahlperioden

Über wichtige Seiten der Sozialprofile der Mitglieder des Landtages geben die nachfolgenden Tabellen 2-5 Auskunft. Sie beziehen sich auf den jeweiligen Beginn der Wahlperioden.

15 Vgl. Ingrid Reichart-Dreyer: Parteireform, in: Gabriel/Niedermayer/Stöss (Hg.) Parteidemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 352 f.

Tabelle 2: Mandatverteilung nach Wahlperioden im Landtag

	1. Wahlperiode 1990-94: Sitze	2. Wahlperiode 1994-98: Sitze	3. Wahlperiode 1998-02: Sitze
Gesamtzahl der Abgeordneten	66	71	71
CDU	29	30	24
SPD	20	23	27
PDS	12	18	20
FDP	4	0	0
fraktionslos	1	-	-
Koalitionsregierung aus:	CDU-FDP	CDU-SPD	SPD-PDS

Quellen: Landtagshandbücher MV 2. und 3. Wahlperiode, versch. Ausgaben

Zwischen 1990 und 1998 hat sich die Mandatsverteilung im Landtag verändert (vgl. Tabelle 2). Seit der 2. Wahlperiode sind nur noch drei Parteien im Landtag vertreten. In der dritten Wahlperiode sind die Unterschiede in der Stärke der Fraktionen geringer geworden. Nach den in dieser Hinsicht freilich lückenhaften Daten der Landtagshandbücher haben sich auch die Sozialprofile der Abgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns im Verlaufe der Wahlperioden erheblich gewandelt.

Bei einem Vergleich der Sozialprofile der Abgeordneten mit den sozialen und demographischen Merkmalen der Wahl-Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns finden sich sowohl Übereinstimmungen als auch – vor allem in den ersten beiden Wahlperioden – bemerkenswerte Abweichungen. Die Landtagsabgeordneten rekrutieren sich mit überwältigender Mehrheit aus Personen, die zwischen 1961 und Ende 1989 in der DDR gelebt haben. In der 3. Wahlperiode beträgt der Anteil der Zuwanderer aus den Altländern unter den Abgeordneten mit 7 Personen knapp 10% (vgl. Tabelle 4). Davon gehören 5 Abgeordnete der CDU-Fraktion und 2 der SPD-Fraktion an.

Zwar hat sich der Anteil der weiblichen Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode stetig erhöht (vgl. Tabelle 3), doch sind die Frauen – in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung – im Landtag zu Schwerin noch immer unterrepräsentiert. In der CDU Fraktion der 3. Wahlperiode sind 20% der Abgeordneten weiblich, in der SPD-Fraktion 32,4% und in der PDS-Fraktion 50%.

In den ersten beiden Wahlperioden waren mehr als 50% der Abgeordneten konfessionell gebunden. Erst in der 3. Wahlperiode dominieren im Landtag – wie in der Wählerschaft – die Konfessionsfreien.

Tabelle 3: Die Landtagsabgeordneten nach Alter, Geschlecht und Konfession

	1. WP		2. WP		3. WP	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Geschlecht						
männlich	55	83,3%	51	71,8%	48	67,6%
weiblich	11	16,7%	20	28,2%	23	32,4%
Altersgruppen						
20-29	-	-	1	1,4%	1	1,4%
30-39	13	19,7%	14	19,7%	7	9,8%
40-49	31	47,0%	22	31,0%	40	56,3%
50-59	19	28,8%	30	42,2%	20	28,2%
60+	3	4,5%	4	5,6%	3	4,2%
Alterdurchschnitt in Jahren	45,9		48,5		47,6	
Konfession						
Evangelisch	28	42,2%	30	42,2%	21	29,5%
Katholisch	7	10,6%	8	11,3%	6	8,4%
Konfessionsfreie/Atheisten/ohne Angaben	31	47%	33	46,5%	44	61,9%
Gesamt	66		71		71	

Quellen: Schmidt, J. (1998), in: N. Werz/J. Schmidt (Hg.), S. 113, Landtagshandbücher MV, 2. und 3. Wahlperiode, versch. Ausgaben; eigene Berechnungen

Tabelle 4: Sozial-geographische Herkunft der Abgeordneten

	1. WP		2. WP		3. WP	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Abgeordnete, die zwischen 1961 und 1989 in der DDR gelebt haben	65	98,5%	66	93%	64	90,1%
Zuwanderer aus den alten Bundesländern unter den Abgeordneten	1	1,5	5	7%	7	9,8%
Gesamt	66		71		71	

Quellen: Landtagshandbücher MV, versch. Ausgaben; eigene Berechnungen

Der 1. Landtag war zwangsläufig ein „Parlament der engagierten Laien“¹⁶, eine Versammlung von Parlamentariern mit einem vielfältigem, bereiteren beruflichen Hintergrund als ihn die Landesparlamente der Altländer kennen:

- 35 Abgeordnete verfügten über einen beruflichen Hintergrund als Naturwissenschaftler, Ingenieur sowie in den veterinär- und humanmedizinischen Berufen
- 10 Abgeordnete hatten Lehrberufe
- 20 Abgeordneten rekrutierten sich aus dem (hauptamtlichen) Apparat der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der Vor-Wende-DDR (6 Abgeordnete) bzw. Nach-Wende-DDR und aus Gebietskörperschaften verschiedener Ordnung (14 Abgeordnete).

Wenngleich einige Abgeordnete auf Erfahrungen in der letzten, frei gewählten Volkskammer oder/und gar aus Parlamenten der Alt-Länder verweisen konnten, ist es gerechtfertigt, sie

16 Diese Charakteristik und Bezeichnung geht auf Experteninterviews zurück.

durchweg als „Parlamentsneulinge“ (vgl. Tabelle 4) zu bezeichnen, weil ihre aus einem Zentralparlament oder aus dem westdeutschen sozialen Raum stammenden Erfahrungen nur bedingt für die parlamentarische Arbeit in einem sich neu konstituierenden Bundesland mit erheblichen Krisenlagen verwendbar waren. Im Verlaufe der Wahlperioden ist eine Routinisierung eingetreten und prägte sich ein eigener politischer Stil aus (siehe dazu 3.3). Es vollzog sich ein Wandel von einem Parlament der „engagierten Laien“ aus eher politikfernen Berufen (die diese zunächst noch nicht aufgaben und partiell Teilzeitregelungen suchten) hin zu einem Parlament, dessen Abgeordneten ihr Amt überwiegend als Vollzeitbeschäftigung ausüben und sich mehrheitlich aus den den jeweiligen Parteien eigenen Apparaten, Vorfeldorganisationen, aus Landesbehörden und Gebietskörperschaften rekrutieren. Dieser Vorgang war zum einen mit einer erheblichen Fluktuation verbunden und zum anderen – bei den dabei gebliebenen Personen – mit einer intensiven und raschen politischen Sozialisation.

Setzte sich der 1. Landtag zu 100% und der 2. Landtag noch zu etwas mehr als 50% (bei der CDU-Fraktion sogar zu 62%) aus Parlamentsneulingen im skizzierten Sinne zusammen, so dominieren in der 3. Wahlperiode erstmals in allen Parteien die Mandatsfortführer (Tabelle 5).

Das Parlament der 3. Wahlperiode setzt sich überwiegend aus Abgeordneten, zusammen, die zwischen 1990 und 1998 bzw. 1994 und 1998

- in den jeweiligen Parteiapparaten, Vorfeldorganisationen, den verschiedenen Parteien nahen Verbänden sowie als Abgeordnete oder Mitarbeiter von Abgeordneten und Minister /Staatsekretäre tätig waren (etwa 50)
- vor der Mandatsübernahme 1998 (sowie bei Mandatsfortführern vor 1994 bzw. vor 1990) waren beschäftigt: in Bundes-, Landes- bzw. Kommunalbehörden: 21 Abgeordnete, als Freiberufler, Selbständige: 3 Abgeordnete, als Betriebs(teil)leiter, Geschäftsführer sowie in Leitungsfunktionen von Industrie und Landwirtschaftsbetrieben: 12 Abgeordnete.

Für den Großteil der Abgeordneten ist Landes-Politik Beruf geworden bzw. stellt den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit dar. Knapp 10 Abgeordnete geben indes eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit als ihren gegenwärtigen beruflichen Schwerpunkt an. Für etwa die Hälfte der Landtagsabgeordneten weist das Landtagshandbuch der 3. Wahlperiode aus, dass sie zugleich Mandate in Kommunen und Gebietskörperschaften wahrnehmen.

Tabelle 5: Relation zwischen Parlamentsneulingen und Mandatsfortführern nach Wahlperioden

	1. WP		2. WP		3. WP	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Neueinsteiger	66	100%	36	50,7%	22	30,9%
davon CDU	29	100%	18(29)	62%	4(24)	16,6%
SPD	20	100%	10 (23)	43%	10(27)	37%
PDS	12	100%	8(18)	44%	8 (20)	40%
FDP	4	100%	-	-		
fraktionslos	1	100%				
Mandatfortführer	0	0,0%	35	49,3%	49	69%
Gesamt	66	100%	71	100%	71	100%

Quellen: Landtagshandbücher MV, versch. Ausgaben; eigene Berechnungen

1.3.2 Vom „Parlament der engagierten Laien“ zum Parlament einer sich verstetigenden „(landes-)politischen Klasse“¹⁷

Wenn wir die vorangehenden Abschnitte über die Sozialprofile der Abgeordneten noch einmal Revue passieren lassen, so verdichten sie sich zu folgendem Befund:

In den neuen Ländern, so auch in Mecklenburg-Vorpommern, formiert und verstetigt sich eine Art neuer „(landes-)politischer Klasse“, zu der – neben Kabinettsmitgliedern, Oppositionspolitikern, Spitzenbeamten der Ministerialbürokratie, Leitern landespolitischer Anstalten – eben die hier interessierenden Abgeordneten und Mitglieder der Parteivorstände gehören. Während sich am Prozess der (landes)politischen Willensbildung recht viele Menschen und Gruppen beteiligen, ist „der Bereich staatlicher Entscheidungen die typische Arena der politischen Klasse“.¹⁸ Zu dieser Besonderheit ihrer politischen Funktion gesellen sich bei den Landtagsabgeordneten weitere gemeinsame „Klassen-Merkmale“:

- *die Reproduktion der Zugehörigkeit zur politischen Klasse ist für den einzelnen von vielen unberechenbaren Umständen abhängig.* Ungeachtet dessen, dass der Anteil der Platzhalter unter den Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode gewachsen ist und zudem zwischen den verschiedenen Gliedern der „landespolitischen“ und überregionalen „politischen Klasse“ Rotationen stattfinden, befinden sich die Landtagsabgeordneten auf einem „Schleudersitz“, wie Arnold Schoenenburg¹⁹ treffend bemerkte. Ähnlich wie im Falle des „neuen Mittelstandes Ost“ hat man sich die Angehörigen der neuen „landespolitischen Klasse“, soweit es sich um Abgeordnete handelt, als Insassen eines stets mit Fahrgästen mehr oder weniger besetzten, fahrenden Busses vorzustellen. Der Bus bleibt voll, aber die Mitfahrenden wechseln an den Haltestellen. Man steigt zu, fährt eine geraume Zeit mit und steigt dann aus oder um;
- *die Landtagsabgeordneten als Mitglieder der neuen landespolitischen Klasse verfügen über ein bestimmtes politisches Kapital, über ein Set von Kompetenzen und Wissensbeständen,* das sie im Verlaufe politischer Karrieren und ihres insgesamt erheblichen Engagements im vorpolitischen Raum akkumuliert haben und über das Angehörige andere Berufsgruppen in der Regel nicht verfügen. Der Abgeordnete Caffier hat dessen Konturen wie die damit verbundenen Statusinkonsistenzen, auch Verhaltenszumutungen in der Debatte über die Diäten der Landtagsabgeordneten sehr anschaulich umrissen.²⁰ Dazu gehören Organisations- und Personenkenntnisse, das Wissen um vergangene und gegenwärtige Problemlagen und der für ihre Bearbeitung erforderlichen machtpolitischen Konstellationen, eine spezifische Vertrautheit mit Fördertöpfen, Subventionsmitteln, öffentlichen Finanzen, Regelwissen in verschiedenen Politikfeldern, darunter nicht zuletzt in Sozialangelegenheiten, Kompetenzen als Akquisiteure, Vermittler ...;
- *Zustand permanenter Überforderung.* Die Angehörigen der „neuen landespolitischen Klasse“ sind (mehrheitlich) nicht unter politischen Normalbedingungen rekrutiert und sozialisiert worden, sondern wurden und werden seit 1989/90 mit der Notwendigkeit kon-

17 Zum Begriff der „politischen Klasse“ siehe Lexikon der Politik, herausgegeben von Dieter Nohlen: Bd. 7. Politische Begriffe, herausgegeben von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer, München 1998, S. 498f.

18 Lexikon der Politik: Bd. 7. Politische Begriffe, S. 498f (Anmerkung 17).

19 Landtagnachrichten MV 10 (2000)4, S. 12.

20 Ebenda, S. 10 f.

- frontiert, unter einer Kette von Ausnahmebedingungen und in mehr oder weniger unübersichtlichen Krisenlagen zu handeln. Das ohnehin schwierige Geschäft der inner- und zwischenparteilichen Kompromiss- und Mehrheitsbildung wird dadurch nicht einfacher. Vor allem aber wird von dem politischen Personal die Bewältigung drängender Sachprobleme erwartet. Diese gestaltet sich indes objektiv – unabhängig von den handelnden Personen und ihren Qualitäten – als recht schwierig. Insofern befinden sich die Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen wie der Opposition in einem Zustand permanenter Überforderung²¹;
- *Negatives Image*. Die Angehörigen der „politischen Klasse“ – ob auf Bundes- oder Länderebene – haben in der Öffentlichkeit einen eher schlechten Ruf. Ihnen wird zunehmend vom Wähler und Bürger weniger Gemeinwohlorientierung, Problemlösungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit zugebilligt. Und dieses (sachlich nicht gerechtfertigte) Image, das geringe Vertrauen in politische Institutionen und Politiker, der Ansehensverlust der „politischen Klasse“ wird von den Landtagsabgeordneten sehr wohl wahrgenommen und reflektiert.²² Freilich ist Politik(er)verdrossenheit als Alltagsgestus bundesweit populär.

Es spricht einiges dafür, jene Politik(er)verdrossenheit auch als Ausdruck einer Gefahr zu werten. Unübersehbar ist in Bund und Ländern die Tendenz zu einer „Zuschauerdemokratie lediglich anpolitisiertem Voyeur...“, die mit ihren Kommentaren und ihrer demoskopisch folgenreichen Kritik weit über den Verhältnissen ihrer politischen Bildung und Partizipationsbereitschaft leben“.²³ Im Osten kommt wohl noch hinzu, dass „im Grunde bis heute... das neue System oberhalb der ostdeutschen Gesellschaft (schwebt) und... mit ihr erst lose vertäut (ist)“.²⁴ Im negativen Image der Landtagsabgeordneten aller Parteien und der Kritik an ihrer vermeintlichen Abgehobenheit drückt sich mithin ein Gefälle zwischen diesen und vielen ihrer Wähler aus: die Landtagsabgeordneten sind mit den Regeln, Revieren und Ritualen der politischen Ordnung, unabhängig von ihrer politischen Haltung, zwangsläufig vertraut(er), sie sind ihr Metier.

Die *These von der raschen Geburt einer neuen „(landes-)politischen Klasse“*, zu der auch die Landtagsabgeordneten gehören, zielt auf *gemeinsame, fraktionsübergreifende „Klassen-Merkmale“* wie die Zuständigkeit für staatliche Entscheidungen auf dem Felde der Landespolitik, die für den einzelnen Abgeordneten von vielen Unwägbarkeiten abhängig Reproduktion der Zugehörigkeit zur (landes-)politischen Klasse, politisches Kapital, ein Set bestimmter Kompetenzen und Wissensbestände, Überforderung und negatives Image ab. In *dieser Hinsicht* sind die Unterschiede zwischen den drei Fraktionen nicht sehr groß. Allerdings fällt differenzierend ins Gewicht, dass der prozentuale Anteil der Parlamentsneulinge (d.h. derjenigen Personen bei denen die skizzierten Merkmale geringer ausgeprägt sind) in der 3. Wahlperiode bei der PDS- und der SPD-Fraktion weit über dem der CDU-Fraktion liegt (Tabelle 5).

Die These will keineswegs eine „Fehlentwicklung“²⁵ signalisieren. Denn das ist nicht der Fall. Die Genese *einer neuen „(landes-)politischen Klasse“* entspringt der Eigenlogik des Teilsys-

21 Vgl. Heike Lorenz (MdL) „Zur Arbeit der Fraktion in der Koalition“ vom 30.08.00.

22 Vgl. Landtagsnachrichten MV 8(1998)7, S. 5f; Landtagsnachrichten MV 10 (2000)4, S. 10-14.

23 Werner J. Patzelt: Deutsche Politik unter Reformdruck, in: Robert Hettlage/ Karl Lenz: Deutschland nach der Wende. Eine Zwischenbilanz, München 1995, S.89.

24 Ebenda, S. 77.

25 In dieser Hinsicht folge ich von Arnim nicht. Vgl. Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000.

tems Politik und steht für Professionalisierungsschübe gegenüber dem „Parlament der engagierten Laien“. Die These hebt zudem auf mögliche soziale und politische Folgen für den waltenden „Politikstil“²⁶ ab (siehe 3.3).

Es liegt auf der Hand, dass die im Zeitraffertempo erfolgende Genese einer neuer „landespolitischen Klasse“ in den ostdeutschen Bundesländern ihrerseits die sich formierenden Politikstile nachhaltig beeinflusst. Die relativ rasche Geburt bedeutet, dass sich der Aufbau dauerhafter politischer Handlungsmuster der Politikformulierung und des Politikvollzugs unter erheblichen Brüchen, Inkonsistenzen, Ungleichzeitigkeiten und Unsicherheiten vollzieht. Die Rekrutierung des politischen Personals aus ursprünglich verhältnismäßig politikferneren Bereichen und ihre rasche nachholende parteipolitische Sozialisation wie Einbindung in die jeweiligen Apparate, Vor- und Umfeldorganisationen der Parteien sowie der permanente Druck, Krisenlagen zu bewältigen und die Imperative der Wettbewerbsdemokratie sorgen für ein eigenartiges Gemisch aus Pragmatismus, überschüssiger Emotionalisierung und Re- oder Neu-Ideologisierung, das die politischen Auseinandersetzungen färbt und überraschende Wendungen nicht ausschließt.

1.3.3 Verankerung der Parteien und ihrer Landtagsabgeordneten im sozialen Raum

Alle drei Landtagsfraktionen sind über ihre Abgeordneten im sozialen Raum verankert. Einen anschaulichen, wenn auch unvollständigen Überblick vermittelt das Landtagshandbuch für die 3. Wahlperiode. Die Verhaltensregeln für die Mitglieder des Landtages sehen unter anderem vor, dass die Abgeordneten über folgende Bindungen und Verpflichtungen Angaben machen:

- „Vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Organs einer Gebietskörperschaft, eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats, einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt öffentlichen Rechts“
- „Vergütete und ehreamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen“.²⁷

Tabelle 6: Gesamtheit vergüteter und ehrenamtlicher Gremienmitgliedschaften, Organisationsbindungen im Sinne der Verhaltensregeln für Abgeordnete des Landtages außerhalb der eigenen Partei

SPD-Fraktion: 27 Abgeordnete – 84 Nennungen = 3,1 Bindungen pro Mitglied des Landtages
PDS-Fraktion: 20 Abgeordnete – 33 Nennungen = 1,65 Bindungen pro Mitglied des Landtages
CDU-Fraktion: 24 Abgeordnete – 79 Nennungen = 3,29 Bindungen pro Mitglied des Landtages

Quelle: Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern Handbuch der 3. Wahlperiode, Rheinbreitenbach 2000, S. 12-83, eigene Berechnungen

Auffällig ist zunächst, dass sowohl die Landtagsabgeordneten der SPD als auch der CDU in *weit mehr Gremien, Aufsichtsräten, Verbänden, Vereinen, Stiftungen etc.* vertreten sind als die der PDS.

Während Abgeordnete des Landtages aller drei Parteien in etwa vergleichbarem Maße zugleich Abgeordnete in Kommunalparlamenten sind (12 mal bei der SPD/ 9 mal bei der PDS und 15 mal bei der CDU), differieren erwartungsgemäß die *Profile* der ausgewiesenen sozia-

26 Lexikon der Politik, herausgegeben von Dieter Nohlen. Bd. 7: Politische Begriffe, , herausgegeben von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer, München 1998, S. 491f.

27 Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Handbuch 3. Wahlperiode, Rheinbreitenbach 2000, S.12.

len Bindungen der Landtagsabgeordneten der drei Parteien. Das Spektrum der von den SPD- und CDU-Abgeordneten angegebenen Bindungen ist insgesamt breiter als das der PDS-Parlamentarier. Dazu gehören unter anderem Rotary-Clubs, Siedlerbünde, Sport-, Bildungs-, Kunst-, Kulturvereine, Fördervereine für bestimmte Fachhochschulen oder Wissenschaftsgebiete, Gremien der Kirchen, Beiräte für Museen und Justizvollzugsanstalten, Kreisbauernverbände, Tourismusverbände.

Die Abgeordneten der SPD und der PDS sind im Unterschied zu denen der CDU stark in Gewerkschaften und in Sozialverbänden ähnlichen Typs verankert. Abgeordnete der CDU sind in anderen Sozialverbänden beheimatet, in Gremien landeseigener Gesellschaften, Unternehmen und in der freien Wirtschaft.

Neben Profilunterschieden wirken sich (Un)Bedenklichkeiten aus. Für Sozialisten wie für Sozialdemokraten ist es beispielsweise moralisch wie politisch unzulässig, einen Aufsichtsratsposten bei der „IG Farben Industrie AG i. L.“ anzustreben oder gar zu besetzen. Landtagsabgeordnete der CDU kennen solche Skrupel offenbar nicht. Das Engagement bei der „IG Farben Industrie AG i. L.“ ist anscheinend problemlos mit der Mitgliedschaft in der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs vereinbar. Umgekehrt kommt etwa für CDU-Parlamentarier aufgrund ihres staatstragenden Selbstverständnisses wie ihrer im Landtag wiederholt demonstrierten Wertschätzung der Bundeswehr und ihres ungebrochenen Verhältnisses zur NATO eine Mitgliedschaft in der „Deutsche(n) Friedensgesellschaft – vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e. V.“ nicht in Frage.

Und die unterschiedlichen Profile wie Quantitäten stehen durchaus auch für *qualitative Unterschiede*.

Tabelle 7: Vorsitz oder Mitgliedschaft der Parlamentarier in Aufsichtsräten nach Parteien

Abgeordnete der SPD	10 mal
Abgeordnete der PDS	3 mal
Abgeordnete der CDU	13 mal

Quelle: Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern Handbuch der 3. Wahlperiode, Rheinbreitenbach 2000, S. 12-83

Man könnte mit Blick auf die 1,65 Bindungen, die durchschnittlich auf jeden PDS-Abgeordneten und die drei Aufsichtsratsposten, die auf die PDS-Fraktion insgesamt entfallen, annehmen, dass bei einer mitgliederstarken Landespartei wie der PDS Ämter, Funktionen, Mitgliedschaften in Gremien eben breiter gestreut sind als bei anderen Parteien. Das ist insofern durchaus zutreffend, als in den Angaben der Landtagsabgeordneten der PDS Organisationen und Verbände gar nicht auftauchen, in denen die PDS stark verankert ist. Die Verhaltensregeln für Abgeordnete sehen auch nur Angaben zu den oben umrissenen Tätigkeiten/Mitgliedschaften vor. Auf der anderen Seite setzt bereits die Altersstruktur der Landespartei PDS (im Unterschied zu der ihrer Landtagsabgeordneten) beim Besetzen bestimmter Ämter und Funktionen Grenzen. Zudem gehören die bloße individuelle Bereitschaft und das Verfügen über die Ressource Zeit zwar zu den notwendigen, aber keineswegs hinreichenden Bedingungen, die über die personelle Besetzung einflussreicher Gremien entscheiden. Aus diesem Grunde könnte man folgern, dass gerade die Parlamentarier der PDS einen Großteil derjenigen vergüteten und ehrenamtlichen Positionen und Funktionen besetzen, auf die die Verhaltensregeln für Abgeordnete zielen und die diese Partei überhaupt besetzen kann. Die Tabelle 6

zeigt jedoch, dass pro Abgeordneten der PDS nur halb so viel Gremienmitgliedschaften entfallen wie auf die der SPD und CDU.

Wenn wir zudem die in der Tabelle 7 zusammen gefassten Daten über die Mitgliedschaft der Landtagsabgeordneten in Aufsichtsräten zu den Befunden von Günter Pollach über die Präsenz der PDS in den *Funktionalorganen ostdeutscher Kommunen* in Beziehung setzen, dann zeigt sich hier wie dort das gleiche Bild: die PDS ist in institutionellen Bereichen, die mit exekutiven oder Machtpositionen verbunden sind auf kommunaler²⁸ wie auf Landesebene (hauptamtliche Bürgermeister, Landräte, Dezernenten, Wahlbeamte, Leiter bzw. Geschäftsführer in kommunalen wie landeseigenen Gesellschaften und Unternehmen) – gemessen an ihrem Wähleranteil – unterrepräsentiert. Die mitregierende PDS ist nach ihrem Wähleranteil ein politischer Riese – hinsichtlich ihrer Teilhabe an Exekutiv- und Entscheidungspositionen auf kommunaler wie auf Landesebene noch immer ein politischer Zwerg. Das liegt unter anderem daran, dass Wahlergebnisse keineswegs auf direktem Wege in Exekutivpositionen konvertierbar sind.²⁹

In diesem Sinne steht die Tabelle 7 exemplarisch für *reale Asymmetrien* in der sozialen Verankerung der Parteien, die mit Vor- bzw. Nachteilen im Parteienwettbewerb verbunden sind. Aus dieser Perspektive sind zudem im politischen wie sozialwissenschaftlichen Diskurs verbreitete Annahmen³⁰ über die soziale Verankerung der einzelnen Parteien („westliche Hohlkörper“ versus „PDS als einzige Volkspartei im Osten“) zu korrigieren.

Wie ist diese Disproportionalität insgesamt bei der Besetzung von Gremien, Ämtern, Funktionen zwischen den Abgeordneten der drei Parteien zu erklären?

Auf Länderebene besteht generell ein nur mühsam unter parlamentarische Kontrolle zu bringendes Verwaltungsübergewicht. Daher ist es mehr als nur rational, dass die Parteien versuchen sich darauf „...in Form von fachbezogenen Vereinigungen und Ämterpatronage einzustellen, was wiederum das Bemühen der Landtagsabgeordneten... erleichtern mag... das Ermessenshandeln der Verwaltung zu beeinflussen.“³¹ Für „Ämterpatronage“ hatten die acht Jahre lang das Land regierende CDU und die seit 6 Jahren in Regierungsverantwortung agierende SPD nicht nur weit bessere Chancen als die PDS. Zudem wurden und werden über das Normalmaß des Parteienwettbewerbs hinaus offenbar moralische Kategorien – die SED-Vergangenheit der PDS bzw. die mangelnde kritische Distanz von Kandidaten für bestimmte

28 Günter Pollach stellt für die kommunale Ebene fest: „Nur knapp 8% der über 200 befragten PDS-Fraktionsvorsitzenden vermelden in ihrer Kommune Bürgermeister- bzw. Landratspositionen ihrer Partei, nur 6 Prozent Dezernenten bzw. Wahlbeamte und über 96 Prozent vermerken keinerlei Leiter- bzw. Geschäftsführerpositionen im kommunalen Betrieben und Unternehmungen, die durch Persönlichkeiten der eigenen Partei besetzt sind. Damit steht die PDS weit hinter der FDP und auch noch den Bündnisgrünen“ (Günter Pollach: Die PDS im kommunalen Parteiensystem, in: Biss public 10(2000)29, S.43).

29 Mitte Mai 2001 war die PDS zwar mit drei Ministern in der Landesregierung präsent, aber nur in zwei (!) Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns (Saßnitz und Plau am See) stellt die PDS den *hauptamtlichen* Bürgermeister. Im Zuge der Direktwahlen 2001 siegte die PDS in Ostvorpommern und stellt erstmals eine Landrätin. Auf Rügen besteht immerhin eine reale Chance, dass eine zweite Landkreise von einer PDS-Kandidatin gewonnen werden könnte.

30 Vgl. die Debatte zwischen Lothar Probst (Universität Bremen) und Bernhard Boll (Universität Halle-Wittenberg) auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2000.

31 Herbert Schneider: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss (Hg): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 420 (Hervorhebung von mir – T.K.).

Positionen zur SED-Diktatur im Rückblick³² – eingesetzt, um deren Zugangschancen zu minimieren.

Um die Asymmetrie in der sozialen Verankerung der Landtagsabgeordneten in Abhängigkeit von ihrer Fraktionszugehörigkeit zu erklären, ist sodann der historisch (bezogen auf den Zeitraum seit 1990) und aktuell unterschiedliche *Grad der grundsätzlichen Identifikation der Parteien mit den Regeln, Revieren und Ritualen der Bundesrepublik* und ihrer Verbändelandschaft, ihren Interessengruppen in den Blick zu nehmen. In dieser Hinsicht besteht ebenfalls ein Gefälle von der CDU über die SPD zur PDS. In der PDS artikulieren sich die insgesamt recht differenzierten Haltungen zur Bundesrepublik als Staat, Gesellschaft und System einmal in der Debatte um das „Ankommen in der Bundesrepublik“ und sie finden zum anderen Ausdruck in der von Spitzenpolitikern (auch im Lande) erhobenen Forderung an die Partei, sich gegenüber der „Gesellschaft zu öffnen“. Die Problematik des Ankommens in der Bundesrepublik fand ihren Niederschlag im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns in einer Reihe von Ordnungsrufen bzw. zurückgewiesenen „unparlamentarischen Äußerungen“, in der zweiten Wahlperiode (1994-1998).³³ Mithin fallen nicht nur Ausgrenzungseffekte ins Gewicht. Zumindest partiell mögen sich wohl auch – vermittelt über politisch-kulturelle Fremdheitserfahrungen – Momente des Selbstausschlusses ausgewirkt haben.

Auf der anderen Seite haben die Landes-SPD wie die Landes-CDU die innerparteilichen Gliederungen ihre jeweiligen Mutterpartei nachgebildet und zugleich eher und schneller als die PDS es vermochte, ein Verhältnis zu – aus parteipolitischer Sicht – wichtigen Gremien, Ämtern ausgebildet.

Schließlich lassen sich die Abgeordneten der drei Landtagsparteien bei der Übernahme von Verpflichtungen wohl auch von einem je unterschiedlichen *Verständnis ihrer Rolle und Aufgaben als Parlamentarier* leiten. Die Abgeordneten der PDS erheben den Anspruch, das Regierungshandeln nicht allein zu unterstützen, sondern durch eigenen Initiativen zu stimulieren und zu beeinflussen.³⁴ Das Einlösen eines solchen Anspruchs ist aber unter anderem an einen entsprechenden Zeithaushalt ebenso gebunden wie „... an die... Verantwortung jedes Abgeordneten im Entscheidungsprozeß“. Er sieht sich gefordert, „eigene Konzepte, Aktivitäten“ zu entwickeln und unterliegt „hohe(n) Anforderungen an Disziplin, Arbeitseinsatz und Verantwortungsbewusstsein hinsichtlich der Gesamtaufgaben der Fraktion“.³⁵

32 In jüngster Zeit (November 2000) sollte auf diese Weise die Wahl von Heike Lorenz (PDS) zur Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern verhindert werden.

33 Dazu gehören etwa folgende: „Das ist doch auch ein Scheißdeutschland“ (1996)/ „Scheißgesellschaft“ (1996)/ „Scheißdeutschland“(1996)/ „Welche Werte werden denn in dieser scheiß Gesellschaft vermittelt?“(1996) (vgl. Ordnungsrufe. Zurückweisung unparlamentarischer Äußerungen – § 53 Abs. 1 GOLT - in alphabetischer Reihenfolge 2. Wahlperiode).

34 Vgl. Bericht der AG Bilanz zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript 2000, S. 4.

35 Ebenda, S. 4.

1.4 Programmarbeit

1.4.1 Von „Zukunftsoffensiven“, „Programmkongressen“, Bilanzierungen und „Denkwerkstätten“

Alle drei Landesparteien befinden sich gegenwärtig in einer Phase recht intensiver konzeptioneller Arbeit, die indes in der Laufzeit dieser Teilstudie noch nicht zu einem relativen Abschluss gefunden hat. Dabei werden von den Parteien erwartungsgemäß unterschiedliche Akzente gesetzt und differente Formen präferiert.

Die konzeptionellen Weichenstellungen in den drei Landesparteien fallen zeitlich und inhaltlich zudem mit Programmdiskussionen der jeweiligen Bundespartei zusammen. Diese Gleichzeitigkeit der Programmarbeit auf der Ebene der Bundes- wie der Landesparteien hat man sich nicht nur als wechselseitige Inspiration und Übernahme vorzustellen, sondern sie sorgt auch für Irritationen.

Zur Programmarbeit auf Landesebene gehört das Erarbeiten umfangreicher Wahl- und Parteiprogramme ebenso wie die intensive Beschäftigung mit Einzelproblemen der Landespolitik – von der Schule über Theater, Strafvollzug, Fragen der Entwicklung des ländlichen Raums oder der Gemeindegebietsreform usw. Diese Seite der Programmarbeit geschieht häufig über fachbezogene Arbeitskreise, Tagungen und Kongresse.

Bezogen auf den *öffentlichkeitswirksamen* Ausarbeitungsstand (Gradmesser ist allein die aus der Perspektive der jeweiligen Partei befundene Öffentlichkeitsreife der von ihr erarbeiteten Leitideen) programmatischer Positionen für 2002 verfügen CDU und SPD gegenwärtig über einen zeitlichen Vorsprung gegenüber der PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Am weitesten voran geschritten ist die Programmarbeit bei der CDU.

Ziel der nachfolgenden Abschnitte ist es, über programmatische Positionen der drei Parteien in der Landespolitik mit Blick auf die Landtagswahlen 2002 (soweit sie erkennbar sind) und Wege der Programmarbeit zu informieren.

1.4.2 „Zukunftsoffensive der CDU“

Die CDU strebt die Rückkehr in die Regierungsverantwortung im Lande *über die Kommunen* an (Strategiepapier des Schweriner Parteitages im Mai 1999). Auf dem Rostocker Landesparteitag der CDU (Mai 2000) hat die designierte Landesvorsitzende die drei Herausforderungen, vor denen der CDU-Landesverband steht, umrissen: zuerst die Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte 2000/2001 zu meistern. Dabei wurde das erfolgreiche Abschneiden der CDU bei den Kommunalwahlen im Jahr 1999 zum Vorbild für die Direktwahlen 2000/2001 auserkoren.

Sodann gelte es, die Landtagswahlen im Jahre 2002 inhaltlich und strategisch vorzubereiten und schließlich dafür zu sorgen, dass die finanzielle Schlagkraft der Partei gewährleistet bleibt (Die finanziellen Folgen der CDU-Parteispendenaffäre hat auch der Landesverband mit zu tragen).

Wenngleich Frau Schnoor bei ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden als einzige Kandidatin nur 73% der Stimmen erhielt, symbolisiert sie doch in ihrer Person und politischen Biographie programmatische Essentials des Landesverbandes und seines Selbstverständnisses. Indem der ostdeutsche Landesverband eine aus den *alten* Bundesländern zugewanderte *Politikerin* zur

Landesvorsitzenden wählt, präsentiert sich die Landes-CDU als C-Partei, als „Partei der Einheit“ und zudem erneut als frauenfreundlicher Landesverband. Zuvor stand Angela Merkel an der Spitze des Landesverbandes. Da Frau Schnoor überdies ausgewiesene Bildungspolitikerin ist, ist ihre Wahl zugleich geeignet, den Stellenwert, den die Landes-CDU künftig Bildungsfragen zuweist, zu signalisieren.

Damit die Partei sich 2002 als klare Alternative präsentieren könne, sollen Konzepte für die einzelnen Politikbereiche entwickelt und diskutiert werden. Dies soll in und über die Landesfachausschüsse geschehen.

„Ich möchte deshalb, dass wir als CDU eine Zukunftsoffensive für Mecklenburg-Vorpommern starten“. Diese Zukunftsoffensive soll als Dach über den einzelnen Politikbereichen stehen. „Wir brauchen eine Vision, wie Mecklenburg-Vorpommern in 10 Jahren aussehen soll.“³⁶

Wichtigstes Ziel sei es, die Abwanderung junger Leute zu stoppen, vernünftige Politik von der Bildung bis zur Wirtschaft zu entwickeln, die der Jugend Chancen und Perspektiven bietet. Verwaltungsabbau müsse oben beginnen. Wo sei das Konzept der Landesregierung gegen „politischen Extremismus“. „Wir brauchen ein Bündnis für Demokratie“.³⁷

Im November 2000 wurde das Papier „Zukunftsoffensive“ im Entwurf³⁸ vorgelegt, die Diskussion zum Wahlprogramm der CDU in den Gliederungen der Partei und in der Öffentlichkeit für das Jahr 2002 eröffnet.

Als programmatischer Akzent verdient durchaus Beachtung, dass die CDU den Kontakt zur „Freiheitsunion“ der polnischen Nachbarwojewodschaft aufgenommen hat.

Die nachfolgende Tabelle 8 präsentiert auf der Basis der Textfassung von Ende November 2000 (vgl. Anmerkung 38) wesentliche programmatische Positionen der Landes-CDU. In einem anschließenden Kommentar werden ausgesprochene wie unausgesprochene Implikationen reflektiert. Leitend für die Kommentierung ist, dass jede positive programmatische Bestimmung immer zugleich Verneinungen enthält. Die Tabelle 8 bezieht sich freilich auf einen Entwurf, der durch die öffentliche Diskussion angereichert und auch modifiziert werden soll.

36 Steffie Schnoor, Rede auf dem Landesparteitag der CDU, am 20.05.2000 in Rostock.

37 Steffie Schnoor, Rede auf dem Landesparteitag der CDU, am 20.05.2000 in Rostock.

38 Die Zukunftsoffensive der CDU: Politik gestalten – Mecklenburg-Vorpommern voranbringen, 27.11.2000, 16 Seiten unter <http://www.cdu-mv.de/htm/zukunft.htm>.

Tabelle 8: Zukunftsoffensive der CDU im Überblick

	Position der Landes-CDU	Kommentar des Autors: (unausgesprochene) Implikationen/ Negationen/ Ausschlüsse der jeweiligen Orientierung
1. Leitbild/Vision	MV – zukunftsfähige Region im Zentrum Europas	
2. Haltepunkte: worauf man bauen kann	a)starke regionale Identität b)positive Entwicklung in Wirtschaft/ Unversitäten/ Kultur c) Flexibilität/ Kreativität der Menschen	a) auch als Alternative zu Ostidentität favorisiert b) bis 1998, dann nach Meinung der CDU „Politik des Stillstandes“
3. Was soll/ muss anders werden? (allgemein)	a) Weiterentwicklung innerer Strukturen plus stärkere Vertretung der Interessen nach außen (gegenüber Unternehmen und Institutionen des Bundes/ EU /Nachbarregionen) b) Die finanziellen Spielräume des Landes nehmen ab: Einsparungen bei Investitionen nicht möglich. Nötig sind Lösungen, die im Einzelfall schmerzhaft sein können	b) Konsumtive/ sozialstaatliche Ausgaben, die nicht Investitionen sind, werden mehr oder weniger zur Disposition gestellt, soweit Recht und Gesetz dies überhaupt zulassen
3.1 Korrektur der demographischen Entwicklung ist zur zentralen Aufgabe für unser Land geworden	a) Fokus: junge Leute und Familien (Landeserziehungsgeld/ Eigenheimförderung/ Perspektiven) b) Zuwanderung fördern	a) Keine Gratifikation für mittlere und ältere Jahrgänge angedacht. Für die über Fünfzigjährigen ist allein die Aktion 55 plus vorgesehen. Danach soll ehrenamtliche Tätigkeit mit 200 DM im Monat gefördert werden b) Einwanderung von Ausländern ist <i>nicht</i> vorgesehen
3.2 Rahmenbedingungen für Wirtschaft verbessern	a) Ansiedelungsoffensive und Förderung Mittelstand b) Aufwertung der Leistungsträger durch Anerkennung in Bildungspolitik und Verwaltung c) Förderprogramme des Landes überschaubar gestalten: Ersatzinvestitionen/Aus- und Existenzgründungen aus Hochschulen sowie in Hoch-, Bio- und Informationstechnologien...	a) Das tun alle Regionen, interregionale Konkurrenz um Investoren sehr hoch. Die Trümpfe des Landes in diesem Nullsummenspiel werden nicht näher identifiziert b) Setzt klare Scheidung voraus: wer gehört zu den Leistungsträgern und wer nicht? Offenbar die „Leistungsempfänger“ c) Ressortegoismus und Koalitionsparteienegoismus waren vor 1998 und seit 1998 unüberwindliche Schranke
3.3 „Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik“	Fokus: 1. Arbeitsmarkt Umbau der Arbeitsverwaltung Kombi-Lohn diskutieren	a) CDU will keine arbeitsmarktpolitischen Experimente wie zw. 1998 und 2002, die ja gerade wegen der Schwierigkeiten auf dem 1. Arbeitsmarkt Arbeitsplätze zu schaffen, Sinn machen
3.4 Schule	a) Bildung schafft Voraussetzung für Teilhabe an wirtschaftlicher Entwicklung b) Staatliche Bildung und Erziehung als „notwendige Ergänzung“ des Engagements der Eltern c) Anpassung der Schule an demographischen Faktor als Chance fassen d) Schule soll umfassende Allgemeinbildung gewährleisten e) Auseinandersetzung mit Sozialist. Vergangenheit f) Religionsunterricht unverzichtbar auch für Konfessionsfreie g) Für Differenzierung der Schulträger: Zugang zu privaten, freien, kirchlichen Schulen erleichtern und fördern (für alle) h) Toleranz einüben und Grenzen aufzeigen (Kopfnoten und Ordnungsmaßnahmen ins Schulgesetz aufnehmen)	a) Unterstellt einen Zusammenhang, der nur bedingt greift b) funktioniert nur bei den Mittelschichten f) unterstellt wird im Unterschied zu früheren Deutungen vom Juni 1998 einmal ein existierender Wertekonsens. Ferner wird unterstellt, dass der „Wertekonsens unserer Gesellschaft seine Wurzeln im Christentum hat“. g) bei begrenzten Mitteln ist das nur auf Kosten der staatlichen Schule möglich i) Die Landes-CDU revidiert damit seit 1990

	<p>i) Abitur nach 12 Jahren/ Zentralabitur/ zentrale Prüfungsvorgaben für Real und Hauptschulen</p> <p>j) junge Lehrer verbeamteten und Lehrer aus anderen Bundesländern anwerben /Image des Berufsbildes des Lehrers heben</p>	<p>verfolgte bildungspolitische Positionen</p> <p>j) die Abwerbung von Lehrern aus anderen Bundesländern ist ein unfreundlicher Akt</p>
3.5 Hochschule und Wissenschaft	<p>Sie sind Impulsgeber für regionale Wirtschaft</p> <p>a) volle Unterstützung des Landes: weitgehende Autonomie, um Entscheidungen unabhängig vom Haushaltsrecht des Landes zu ermöglichen</p> <p>b) Zahl der Studienplätze beibehalten/ausbauen</p> <p>c) Austausch zw. Wissenschaft und Wirtschaft verbessern</p> <p>d) Land soll Patentgebühren übernehmen</p> <p>e) Stiftung eines Landespreises für wiss. Ergebnisse, die zur Wertschöpfung beitragen</p> <p>f) Steuerlich wirkende Innovationszulage, um Beschäftigung in Forschung und Entwicklung von Unternehmen zu fördern</p>	<p>a) und b) der Trend in anderen ostdeutschen Bundesländern weist vielfach in eine andere Richtung, siehe Hochschulpolitik des für die Landes-CDU sonst maßgeblichen Sachsens</p>
3.6 Kommunal-/Innenpolitik	<p>a) Kommunen wieder an den Steuermehreinnahmen des Landes beteiligen</p> <p>b) Mitspracherechte vor Ort verbessern</p> <p>c) Gemeindefusionen nur auf freiwilliger Basis</p> <p>d) Stärken des Ehrenamtes</p> <p>e) Gerechte Verteilung der Landesmittel auf Vereine nach Mitgliederzahl</p>	<p>a) Position drückt Verankerung in kommunalpolitischen Verbänden und Kommunen aus und ist sicher berechtigt</p> <p>Thematisiert werden Ansprüche <i>der</i> Kommunen, <i>nicht</i> aber Ansprüche an die Kommunen aus landespolitischer Sicht</p> <p>e) Maßstab honoriert Organisationsfähigkeit von partikularen Interessen und Wertbindungen, die leichter zu organisieren sind als allgemeine und allgemein verbreitete Interessen</p> <p>f) keine Aussage zu Vorpommern oder anderen Teilträumen</p>
3.7 Recht und Gesetz	<p>a) Präsenz der Polizei vor Ort erhöhen, daher kein Personalabbau zulässig. Vergleichszahlen aus westlichen Ländern sind im Bereich der Polizei keine sinnvolle Orientierungsgröße</p> <p>b) Bagatelldelikte ahnden</p> <p>c) Konsequente Anti-Drogenpolitik</p> <p>d) Staatliche Repression plus Werben für die Werte der Verfassung. Letzteres muss Anliegen aller am Prozess der Erziehung und Wertebildung Beteiligten sein</p> <p>e) Bei Gewaltdelikten von Personen ab 18 Jahren Erwachsenenstrafrecht anwenden</p> <p>f) Rechtsextremistisch motivierte Straftaten ahnden, aber Kampf gegen linksextremistische Gewalttaten gegen Sachen darf nicht in Hintergrund treten</p> <p>g) Für handlungsfähigen Verfassungsschutz</p> <p>h) Aufruf zu mehr Engagement für die Demokratie</p> <p>i) Justiz in die Lage versetzen, ihre Aufgaben schneller zu erfüllen</p>	<p>a) Polizei genießt besondere Fürsorge</p> <p>b) bis e) Nicht thematisiert werden die Konsequenzen von mehr staatlicher Repression (Gefängniswesen/ Resozialisierung der Weggesperrten)</p> <p>f) Die Ungereimtheiten der Äquidistanz gegenüber dem Rechts- und dem Linksextremismus und der formalen Gleichbehandlung der Gewalt gegen Menschen und der Gewalt gegen Sachen werden nicht reflektiert</p>
3.8 Umbau der Landesverwaltung	<p>a) Grundlegende Verschlinkung. Auf der Basis eines klaren Konzepts und bei einer Zeitschiene kann Umbau weitgehend ohne Entlassungen erfolgen</p> <p>b) Klare Verantwortungen, keine Dopplungen</p> <p>c) MV braucht nicht mehr als 7 Ministerien, aber mit anderen Zuschnitten als bisher</p>	<p>Landesverwaltung gehört offenbar im Unterschied zur Polizei nicht zur Klientel der CDU. Eine Verschlinkung der Landesverwaltung – weitgehend ohne Entlassungen – ist nicht möglich</p>

Mit ihren landespolitischen Vorstellungen stellt sich die CDU wesentlichen Herausforderungen – allerdings aus der Perspektive des oberen und mittleren Drittels der umgekehrten Zweidrittelgesellschaft (siehe 1.1). Das zeigt sich deutlich in der Maxime „Investieren statt Konsumieren“, in der Orientierung auf die „Leistungsträger“, in einigen der bildungspolitischen Vorstellungen und leitenden Annahmen, in der Absage an arbeitsmarktpolitische Experimente, im Programm zum Ausbau der inneren Sicherheit. Die Handschrift des Sozialstaats- und Arbeitnehmerflügels der Union ist noch nicht recht erkennbar geworden. Die Probleme des unteren Drittels der regionalen Gesellschaft finden im Entwurf der „Zukunftsoffensive“ keine angemessene Berücksichtigung. Dessen ungeachtet enthalten die landespolitischen Vorstellungen der CDU eine Reihe interessanter Ideen.

1.4.3 „Programmkongresse“ der Landes-SPD

Die Landes-SPD hat im Jahr 2000 in drei „Programmkongressen“ darüber diskutiert, „welchen Herausforderungen wir uns nach den Wahlen in zwei Jahren stellen müssen“.³⁹ Aus diesem Verständigungsprozess soll das Regierungsprogramm 2002-2006 hervorgehen. Die Programmkongresse fanden am 26.02.2000 in der Hansestadt Greifswald („Mecklenburg-Vorpommern – eine europäische Region“), am 01.07.2000 in Güstrow („Mecklenburg-Vorpommern: ein soziales Land“) und am 07.10.2000 in Gägelow bei Wismar („Mecklenburg-Vorpommern: ein modernes Land“) statt.

An der programmatischen Debatte waren Bundes-Verkehrsminister Klimmt (über die Herausforderungen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung), Bundesministerin Dr. Bergmann („...stellt sich für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die zentrale politische Frage, wie wir soziale Gerechtigkeit auch im 21. Jahrhundert herstellen und erhalten können“), Bundestagspräsident Thierse („Solidarische Politik für eine offene und tolerante Gesellschaft“) und der Bundesgeschäftsführer der SPD, Matthias Machnig, aktiv beteiligt.

Die Programmarbeit der Landes-SPD befindet sich mithin noch in einem anderen Stadium als die der CDU, die ja der Öffentlichkeit ihre Vorstellungen bereits in einem „partei-offiziellen“ Entwurf vorgelegt hat. Basis der Übersicht sind nur einige dem Verfasser vorliegende Redebeiträge auf den Programmkongressen, insbesondere die des Landesvorsitzenden. Sie bieten aber immerhin ausschnitthaft Einblick in laufende, noch nicht abgeschlossene Verständigungsprozesse über die sozialdemokratische Antwort auf Herausforderungen, vor denen das Land steht.

Auffällig ist eines: die (ausgewerteten) Positionsbestimmungen im Rahmen der Landes-SPD heben sehr stark auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen, auf Lernprozesse ab. Bei einem Vergleich der Tabellen 8 und 9 werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Problemwahrnehmung und in den Lösungsansätzen von SPD und CDU deutlich.

39 Rede des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Harald Ringstorff anlässlich des II. Programmkongresses des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern am 01. Juli 2000 in Güstrow. „Mecklenburg-Vorpommern: ein soziales Land“, S. 2.

Tabelle 9: Positionen auf den „Programmkongressen“ der Landes-SPD

	Position der Landes-SPD	Kommentar des Autors: (unausgesprochene) Implikationen/ Negationen/ Ausschlüsse der jeweiligen Orientierung
1. Leitbild/Vision	MV als soziales Land, als modernes Land, als europäische Region, als offene und tolerante Gesellschaft	
2. Herausforderungen	Frage nach dem Zusammenhalt und der Zukunft der Arbeit in unserer Gesellschaft//wie gewinnen wir die Menschen dafür, das moderne MV selbst mitzugestalten	
3. Haltepunkte: worauf man bauen kann	Politik der Reformfähigkeit und Identität: Reformfähigkeit als Ausweis der Modernität, das Land und seiner Strukturen weiterzuentwickeln. Reformfähig ist aber nur, wer feste Wurzeln hat (Identität) Modernisierungserfolge der letzten 10 Jahre Arbeit der Landesregierung kann sich sehen lassen „Wir Sozialdemokraten sind die politische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern, die Tradition und Moderne, Identität und Reformfähigkeit verbindet“	
4. Was soll/muss anders werden? (allgemein)	In unserem Lande wird noch zu viel gemurmelt	Leitfolie ist die Position vom „aktivierenden Staat“, die Einsicht in Grenzen des Politischen und der selbstbewusste Einsatz politischer Gestaltungsmöglichkeiten
„Bildung, Bildung, Bildung“ Schule	„Die Zukunft der Arbeit beginnt im Klassenzimmer“. Ziel: im Berufsleben konkurrenzfähig zu sein Für Konzentration der bildungspolitischen Debatten auf die Frage, wie die Schulqualität verbessert werden kann Weichen für Abitur nach 12 Jahren stellen Abbrecherquote von fast 25% in Berufsschulen: Berufsfrühorientierung verbessern: Unternehmen an die Schulen Auch die Kommunen sind beim Thema Schulen gefragt: sie müssen bei kommunalen Investitionen Prioritäten bei der Schulbausanierung setzen	b) zu enge Bestimmung f) Nicht Ansprüche der Kommunen, sondern Ansprüche an die Kommunen werden formuliert
Berufsausbildung	Ausbildungspakt 2000 Plus (großer Schritt, um jedem Ausbildungswilligen Ausbildungsplatz zu garantieren) Unternehmer schaden sich selbst, wenn sie nicht selbst ausbilden. Das Klagen über fehlende qualifizierte Facharbeiter führt zu nichts	
Abwanderung von Spezialisten (Absolventen)	Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen fördern Unternehmen werden darüber nachdenken müssen, was ihnen gut ausgebildete Fachleute wert sind (niedrigere Bezahlung in Unternehmen als in alten Ländern)	Nicht thematisiert wird die Abwanderung junger Leute aus MV wie auch aus den meisten anderen Gebieten Ostdeutschlands

Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Nicht- oder schlecht Ausgebildete	für diese Zielgruppen brauchen wir auch den zweiten Arbeitsmarkt und zielorientierte Qualifizierung, um sie für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Das Land wird sich auf diesem Sektor engagieren Druck entwickeln, um Arbeitslose zu motivieren, wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzusteigen: „Es gibt nicht nur eine Verantwortung der Politik, Arbeit zu schaffen. Es gibt auch eine Verantwortung der Arbeitslosen..., vorhandene Arbeitsplätze zu besetzen“	b) „aktivierender Sozialstaat“
Ehrenamt und Bürgergesellschaft	„Aber angesichts der andauernden Forderungen, einerseits die Steuern zu senken, andererseits immer mehr vom Staat zu verlangen, brauchen wir eine Debatte, was der einzelne bereit ist, uneigennützig für das Gemeinwesen zu tun“ Die Landesregierung möchte die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessern, aber nicht aus ehrenamtlicher teilbezahlte Arbeit machen	a) eine solche Debatte wird möglicherweise in den Mittelschichten Früchte tragen b) ohne Gratifikationen kein Durchbruch möglich
Politik muss und kann günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen	Aber nicht die Politik, sondern die Wirtschaft selbst entscheidet, wo neue Arbeitsplätze entstehen Die Politik erweist sich als konstruktiver Partner der Wirtschaft. Wenn es um die Ansiedelung von Investoren geht, hat das Parteibuch in der Tasche zu bleiben. Nichts ist schädlicher als das Schlechtreden des Landes Nicht nur Landespolitiker sind gefragt, auch die Politiker in den Kommunen. Es ist letztlich nicht entscheidend, ob sich ein Investor in Wismar oder Lubmin ansiedelt. Wichtig ist, dass Arbeitsplätze entstehen: Lokalegoismus zurückstellen Das Umfeld für einen potentiellen Investitionsstandort muss stimmen: kann man mit seiner Familie da sicher leben? Können wir genug qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte bieten? Werden Investoren kompetent betreut? Wie gut sind die Schulen, die Verkehrsverbindungen?	
Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	Die Menschen in MV haben einen Anspruch darauf, dass die von ihnen finanzierte Verwaltung Dienstleister ist	Orientiert wird auf Qualität und Effizienz, von Verschwendung keine Rede (bei der CDU ist es umgekehrt)
Kommunen	Das Land braucht starke Kommunen und die Kommunen brauchen ein starkes Land Die Gemeindegebietsreform sichert, dass wir leistungsfähige kommunale Strukturen bekommen. Für Gemeindefusionen	Spiegelverkehrte Position im Vergleich zur CDU
Vorpommern/ andere Teilräume	Keine dezidierte Aussage	
eine offene und tolerante Gesellschaft in MV	Eine offene und tolerante Gesellschaft ist ohne jedes Schielen auf wirtschaftliche und demographische Interessen ein Wert an sich Wer nur im eigenen Saft schmort, der sorgt nicht nur für Stillstand, der leitet Rückschritt ein	

In den skizzierten landespolitischen Vorstellungen der SPD drückt sich die Perspektive jener „spezifisch ostdeutschen Mitte“ (siehe 1.1) aus, die eine deutliche Sensibilität für die Probleme des unteren Drittels erkennen lässt und auch den Schulterschluss mit dem oberen Drittel sucht.

1.4.4 Zur Programmarbeit der Landes-PDS

Die Landes-PDS praktiziert und profitiert in der konzeptionellen Arbeit von einer Mehrwege-Strategie. Zum einen hat der 6. Landesparteitag/1. Tagung (Mai 1999) den Landesvorstand beauftragt, im Jahr 2000 eine Bilanz der bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit vorzulegen. Zu diesem Zwecke wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die sowohl Befürworter als auch Gegner der Regierungsbeteiligung vereinte.

Für die Programmarbeit der PDS (wie auch aller anderen Parteien) dürfte zum anderen die vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der PDS, Helmut Holter, installierte „Zukunftswerkstatt“ hilfreich sein. Sie führt externe wie im Lande tätige Experten verschiedener Bereiche zusammen, um Herausforderungen und mögliche Lösungen mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren.

Die AG Bilanz übernahm faktisch zwischen Juni 1999 und November 2000 mit ihrer bilanzierenden Tätigkeit zugleich für wichtige Seiten der Programmarbeit der Landes-PDS Verantwortung. Die AG Bilanz legte dem 6. Landesparteitag der PDS/3. Tagung (25. November 2000) einen Bericht, der „mehrheitliche Positionen und Auffassungen der Kommissionsmitglieder wiedergibt“⁴⁰ und umfangreiche Einschätzungen und analytische Materialien enthält, zu folgenden Themen vor:

1. Positionen und Ansprüche der PDS und deren Umsetzung durch Regierungsbeteiligung
2. Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern mit PDS-Politik. Wie wird Rot/Rot bewertet?
3. Erfahrungen der PDS mit der Regierungsbeteiligung in M-V und Schlussfolgerungen für den Landesverband und die Bundespartei.

Die AG Bilanz, die sich überdies auf eine Mitgliederbefragung zur Regierungsbeteiligung stützen kann, empfahl, die Regierungsbeteiligung fortzusetzen.

Dem PDS-Landesverband wird ferner für seine Programmarbeit empfohlen, „eigene Leitlinien für die perspektivische Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zu erarbeiten“ und seine Politikangebote durch langfristige konzeptionelle Arbeit inhaltlich zu untersetzen und vorzubereiten.⁴¹

Mehr noch als der Bericht der Arbeitsgruppe zur Bilanz der Regierungsbeteiligung der PDS selbst spiegeln untersetzende Texte die innerhalb der Landes-PDS geführte Debatte über das Ob und das Wie der Regierungsbeteiligung wider. Wenn man die Ergebnisse der AG Bilanz (Bericht wie Teilstudien und Einschätzungen) unter dem hier interessierenden Aspekt der Programmarbeit betrachtet, dann verdient auch einige Beachtung, dass eine kleine Minderheit der Kommissionsmitglieder die PDS auf „Systemopposition“ verpflichten möchte. Diese In-

40 Bericht der AG Bilanz zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript 2000, S. 1. Offenbar finden sich in den mehrheitlichen Auffassungen der Kommissionsmitglieder weder die dezidierten Gegner einer Regierungsbeteiligung angemessen wieder noch deren aktive Träger und Befürworter (vgl. Kein Politikwechsel mit der PDS. Kommission beklagt Konzentration der Parteiarbeit auf Regierungstätigkeit, ND vom 22. November 2000, S.4).

41 Siehe ebenda S. 7.

tention trifft sich zumindest partiell mit dem Bestreben nicht weniger Mitglieder, die von der PDS erwarten, dass sie ihrem alternativen Anspruch deutlicher als bisher gerecht werden soll. Ferner werden die landespolitischen Gestaltungsspielräume von den Akteuren der Regierungsverantwortung in der PDS und den Betroffenen unterschiedlich hoch veranschlagt. Und so werden im Bericht und in den Materialien der AG Bilanz durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt. Bereits im Vorfeld des Parteitages hatte Helmut Holter bekannt, dass der Bericht der AG Bilanz nicht seiner Meinung entspricht.⁴²

Während im Leitantrag des Landesvorstandes an den 6. Parteitag lediglich von der Kenntnisnahme des Berichts der AG Bilanz die Rede war, wurde auf dem Parteitag beantragt, den Bericht zum Beschluss zu erheben. Mit 47 gegen 35 Stimmen konnte sich der Landesvorstand mit seiner Formulierung („Der Bericht der AG Bilanz wird zur Kenntnis genommen“) durchsetzen. Das relativ hohe Votum von 35 Stimmen für den unterlegenen weitergehenden Antrag ist jedoch nicht so zu verstehen, dass sich in einer den Kurs der Landespartei betreffenden zentralen Frage fast zwei gleichstarke Blöcke gegenüberstehen würden. Die Regierungsbilanz wird überwiegend positiv bewertet. Viele Delegierten haben für den weitergehenden Änderungsantrag allein deshalb gestimmt, weil sie meinten, die Ergebnisse der AG Bilanz verdienten mehr Beachtung als bloße Kenntnisnahme.

Für die Programmarbeit der Landes-PDS dürften (neben jenen Schlussfolgerungen, die sowohl das Bilanzpapier der AG als auch der Antrag des Landesvorstandes zur Regierungsbilanz nahe legen) folgende Richtungen wichtig sein, in die sich die PDS profilieren will:

- als Partei der sozialen Gerechtigkeit, gegründet auf soziale und Wirtschaftskompetenz,
- als Partei des Friedens, der Freiheit und der Solidarität,
- als Partei der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit,
- als Partei der Kultur und schließlich
- als Zukunftspartei.⁴³

Die inhaltliche Ausfüllung dieser programmatischen Maßgaben durch die Landes-PDS ist noch zu leisten. Soviel wird aber immerhin deutlich: Die Maßgaben sind auf die Problemkonstellationen einer gespiegelten Zweidrittelgesellschaft bezogen. Sie zielen auf gesellschaftliche wie Einstellungs- und Verhaltensänderungen, darunter nicht zuletzt in der PDS selbst.

1.4.5 Fazit zur Programmarbeit

Gemessen am Kriterium der Öffentlichkeitsreife ihrer landespolitischen Programmarbeit, über das jede Partei selbstverständlich selbst entscheidet, lassen die Parteien ein unterschiedliches Tempo erkennen. Die CDU suchte schon Ende 2000 die Diskussion in der Partei und mit den Bürgern über ihre landespolitischen Vorstellungen. Die Landes-SPD wird ihr darin bald folgen.

Mit Blick auf die laufende, noch nicht abgeschlossene Programmarbeit der drei Landesparteien zeichnen sich schon jetzt einige Felder künftiger *landespolitischer* Auseinandersetzung ab:

42 Vgl. ND vom 22.11.2000, S.4.

43 Vgl. Helmut Holter: Referat und Begründung des Antrages des Landesvorstandes zur Regierungsbilanz auf dem Landesparteitag in Greifswald am 25.11.2000.

- Visionen, Leitbilder und Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern werden im Parteienwettbewerb einen zentralen Stellenwert einnehmen, weil alle drei Parteien ihre Programmarbeit darauf ausgerichtet haben.
- Alle drei Parteien werden auf ihre Weise das Thema soziale Gerechtigkeit besetzen und die Deutungsmacht darüber zu erlangen suchen, was als gerecht oder ungerecht zu gelten habe. Dies wird sich einmal an den gesetzten politischen Prioritäten erweisen. Zum anderen ist mit grundsätzlichen und politikfeld-abhängigen Auseinandersetzungen über Geltungsanspruch wie Interpretation der sogenannten Lincoln-Doktrin („Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt“) zu rechnen.
- Die Bildungspolitik (Zugang zu und Chancengleichheit in der Bildung/zu sichernden Rahmenbedingungen für Bildung/Bildungsinhalte) lässt sich als weiteres zentrales und noch dazu originär landespolitisches Thema des Parteienwettbewerbs identifizieren. Dabei wird es unter anderem darum gehen, inwieweit Bildung auf Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes auszurichten ist. Der Stellenwert der Bildungspolitik resultiert nicht allein daraus, dass die Parteien bildungspolitische Angebote vorlegen werden und einen Handlungsbedarf erkannt haben. In der Bevölkerung besteht für bildungspolitische Angebote zumindest insofern ein beträchtlicher Resonanzboden, weil Bildung als die vielen Eltern einzig zugängliche und in Grenzen beeinflussbare Ressource erscheint, die über den künftigen sozialen Status, die Erwerbs- und Karrierechancen ihrer Kinder entscheidet.⁴⁴
- Zu den Feldern der landespolitischen Auseinandersetzung werden die Leitlinien für eine Verwaltungs- und Gemeindegebietsreform gehören.
- Mit Blick auf die erkennbare Programmarbeit der Parteien ist davon auszugehen, dass alle drei Parteien ihrer je eigenen Klientel und der übrigen Bevölkerung sowohl differente Denk- und Verhaltensänderungen zumuten als auch unterscheidbare Haltepunkte offerieren werden.
- Die bevorstehende EU-Osterweiterung mit ihren Chancen wie mit ihren Risiken und Problemen und ihren Konsequenzen für das Land wird im Parteienwettbewerb ebenso eine exponierte Rolle spielen wie die Frage nach den Wegen und Mitteln, die geeignet sind, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und soziale Ausgrenzung zu überwinden.

1.5 Mobilisierungsstrategien und Kommunikation mit der Bürgerschaft unter der rot-roten Koalition

Gegenstand dieses Abschnittes sind die Möglichkeiten und Grenzen, Erfolge und Schwierigkeiten der Koalitionsparteien wie der Opposition, die eigenen Mitglieder und die Bürger für ihre jeweiligen politischen Ziele zu mobilisieren.

⁴⁴ Weil das so ist, konnte auch für das Projekt einer „schulartenunabhängigen Orientierungsstufe“ nicht die erforderliche politische Unterstützung mobilisiert werden.

1.5.1 „Zerstreute“ und „programmierte Öffentlichkeit(en)“

In der Pilotstudie⁴⁵ hatten wir in verschiedenen Zusammenhängen ein Postulat von Rainer Land aufgegriffen: „Die Entwicklung einer selbständigen und unabhängigen politischen Öffentlichkeit ist der wichtigste Schritt zu einer wirksamen Reformpolitik.“⁴⁶

Dieser – im allgemeinen Sinne – durchaus zutreffende Gedanke hat zugleich etwas Überirdisches an sich, lässt er sich doch nicht so ohne weiteres als Meßlatte und Orientierungsgröße auf die politische Szene in Mecklenburg-Vorpommern übertragen. Denn in Mecklenburg-Vorpommern wie auch andernorts haben wir es nicht allein oder so sehr mit einer schwachen Öffentlichkeit, sondern mit gleichermaßen „zerstreuten“ wie „programmierten“ Öffentlichkeiten zu tun.⁴⁷

Öffentlichkeit ist eine historische Kategorie. In der Gegenwart, noch dazu in einer gespiegelten Zweidrittelgesellschaft zerfällt „Öffentlichkeit“ einmal in verschiedene organisationsinterne Öffentlichkeiten von Parteien, Verbänden und Interessengruppen, ferner von Szenen und Milieus, eine Öffentlichkeit der publizistisch wirkenden Institutionen (wie Parlament, Regierung, Verwaltung) und eine durch die elektronischen und Printmedien vermittelte Öffentlichkeit. Insofern haben wir es mit fragmentierten, zerstreuten, in mancher Hinsicht von einander abgeschotteten Öffentlichkeiten zu tun. Zugleich präsentieren sich diese Öffentlichkeiten nicht einfach als neutrale Arenen, in denen Angelegenheiten von allgemeinem Interesse als solche verhandelt werden. Die verschiedenen Teilöffentlichkeiten bilden vielmehr jeweils ein bestimmtes soziales, politisches und kulturelles Profil aus und erweisen sich insofern als „programmierte Öffentlichkeiten“. Das gilt insbesondere, aber nicht nur für organisationsinterne Öffentlichkeiten von Parteien, Verbänden und Interessengruppen.

Öffentlichkeit entwickeln, heißt mithin, zerstreute Öffentlichkeiten zu bündeln und programmierte Öffentlichkeiten gleichsam zu überschreiben. Diese Leistung ist von der Koalition und den sie tragenden Parteien aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten. Dazu sind jedoch auch ihre Widersacher nicht in der Lage.

Die Chance, zerstreute Öffentlichkeiten zu bündeln und die Programmierungen von Öffentlichkeiten zu löschen, ist nur in Krisenzeiten oder bei allgemeinem Krisenbewusstsein gegeben. Es bestand weder bei der Bildung der rot-roten Koalition eine „revolutionäre Situation“ noch hat sie sich gegenwärtig eingestellt.⁴⁸ Die Koalition hat von ihren Wählern kein Mandat für Systemwandel, wohl aber für gesellschaftliche Veränderungen erhalten.

Obwohl die Parteien, auch die Koalitionsparteien insgesamt von ihrer Ressourcenausstattung wie von ihrer Organisations- und Konfliktfähigkeit her keineswegs bloße Papiertiger sind, besitzen sie unter den Bedingungen einer gleichermaßen zerstreuten wie programmierten Öff-

45 Vgl. Frank Berg/ Thomas Koch Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt, Berlin 2000

46 Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte Initial, 4/5/ 1999, S. 18.

47 Vgl. www.zerstreute-oeffentlichkeiten.de; vgl. Knut Ebeling: Im Gleichschritt der Ökonomie. Sind Öffentlichkeit und Gemeinsinn programmierbar geworden? – Eine Berliner Tagung, Berliner Zeitung vom 5. Oktober 2000, S. 17.

48 Dies lässt die jüngste Emnid-Umfrage vom Dezember 2000 erkennen. Wolfgang Rex kommentierte im ND: „Im Prinzip sind die 1000 Anfang Dezember befragten Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern mit ihrem Land, mit ihrer Regierung und ihrem Leben zufrieden ... Dagegen beurteilen die Befragten die Zukunft ihres Landes eher pessimistisch“ (Neues Deutschland vom 20.12.2000, S. 5).

fentlichkeit noch nicht einmal die Deutungshoheit über ihre je eigene Politik. Diese ist weitgehend an die Medien übergegangen. Erst das Internet bietet eine Chance, die verlorene Deutungsmacht über die eigene Politik ein Stück weit zurückzuerobern. Und es ermöglicht auf neue Weise die Kommunikation mit Mitgliedern und interessierten Bürgern (Aus diesen Gründen wird das Internet von allen drei hier interessierenden Landesparteien weidlich genutzt).

Die Handlungsarena der Koalition ist die Landespolitik. Diese erfreut sich aber bei den Bürgern nur eines verhaltenen Interesses⁴⁹ und begrenzter Publizität in den Medien. Von daher stehen die Parteien auf Landesebene vor dem Problem, wie sie überhaupt öffentliche Aufmerksamkeit erringen, wie sie ihre landespolitischen Vorstellungen an die Bürger vermitteln und wie sie die politische Unterstützung der Bürger für ihre Ziele gewinnen können. Bei der Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit stehen den Parteien verschiedene Wege und Mittel zu Gebote. Öffentlichkeit reduziert sich keineswegs auf Medienöffentlichkeit. Es liegt indes auf der Hand, dass bei der Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeit die Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk, Presse) für politische Akteure besonders interessant sind.

Die Agenda-Setting-Forschung lehrt: Die Medien bestimmen keineswegs ‚was wir denken, sondern worüber wir (nach)denken. Und diese Forschungsrichtung zeigt auch, dass die Medien bei der Thematisierung von Problemen einer Eigenlogik folgen. Ein Problem muss, um überhaupt berichtenswert zu erscheinen, gewisse Merkmale aufweisen – Personalisierung, Negativismus und Prominenz. Ferner muss es zu den (jeweiligen) Medienformaten passfähig sein.⁵⁰

Dieser Konstellation sind alle drei Landesparteien unterworfen.⁵¹ Hinzu kommt noch, dass die Landesparteien in verschiedener Gestalt existieren – als Parteien in der Regierung (Ministermannschaft), als Partei im Parlament (Fraktion) und als Landesverband. Diese drei Segmente der Parteien auf Landesebene erfreuen sich unterschiedlicher medialer Aufmerksamkeit. Für das Tun und Lassen der Landesverbände interessieren sich die Medien am wenigsten. Eine weitere Variable kommt ins Spiel, wenn nach dem Vermögen und der Bereitschaft von Parteiengliederungen gefragt wird, die Medienöffentlichkeit bewusst zu suchen.

49 Ministerpräsident Harald Ringstorff ist zwar der bekannteste und bei weitem populärste Landespolitiker Mecklenburg-Vorpommerns. Im Mai 2001 gaben immerhin fast 10% der Befragten in Mecklenburg-Vorpommern an, dass er ihnen unbekannt sei. In weit höherem Maße gilt das für alle anderen Spitzenpolitiker des Landes. Das geht aus einer im Mai 2001 von Emnid im Auftrag der Schweriner Volkszeitung besorgten Untersuchung hervor.

50 Vgl. Barbara Pfetsch: Öffentliche Aufmerksamkeit, Medien und Realpolitik. Zum Management von Themen in der politischen Kommunikation, in: R. Engelland (Hg.): Utopien, Realpolitik und politische Bildung, Opladen 1997, S. 45-62.

51 Dies lässt sich im Lichte einer Studie zur Rolle der Lokalpresse zwar bezweifeln, dennoch ist es sinnvoll, an der These von der Eigenlogik der Medien festzuhalten. In einer sehr kritischen Untersuchung zur Rolle der lokalen Ausgabe der Ostseezeitung in Wismar wird der (Lokal)Presse jede eigenständige Rolle abgesprochen: „Die Wismarer Lokalpresse. Sprachrohr der Exekutive, spiegelt eine repräsentative Öffentlichkeit. Sie reproduziert die realen Verhältnisse, indem sie die inhaltliche Orientierung und kritische Reflexion des kommunalpolitischen Handelns vernachlässigt.“ (vgl. Hans-Gerd Kästner: Kommunalpolitik im Spiegel lokaler Medien. Eine empirisch-analytische Studie zur Politikvermittlung in einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Deutschland Archiv 6/2000, S. 934-940, Zitat . S. 940). Ferner weist der Autor in Anmerkung 22, ebenda S. 939, darauf hin, dass es in der Wismarer Öffentlichkeit kaum einen politischen Dialog gibt. Soweit er gelegentlich geführt wird, geht er von den Bürgerschaftsfraktionen aus, nicht aber von den Medien.

Regelmäßig, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, berichten die drei großen Regionalzeitungen „Schweriner Volkszeitung“ (SVZ), „Ostseezeitung“ (OZ) und „Nordkurier“ (NK) über Landespolitik.

Tabelle 10: Die wichtigsten Regionalzeitungen

Titel	Eigner im Jahr 2000	Auflage in 1000: 1989	Auflage in 1000: IV/2000
Ostseezeitung (Rostock)	Lübecker Nachrichten/ Axel Springer (je 50%)	295,2	191,2
Schweriner Volkszeitung	Burda Verlag (100%)	202,9	122,5
Nordkurier (Neubrandenburg)	Augsburger Allgemeine/ Kieler Nachrichten/ Schwäbische Zeitung, Leutkirch (je 33,3%)	204,0	121,2

Quelle: Berliner Zeitung vom 12. / 13. April 2001, S. 16.

Dabei kommt der Nordkurier den Intentionen landespolitischer Akteure – von seinen Formaten (relativ ausführliche Berichterstattung mit Foto) – vergleichsweise am meisten entgegen. Während andere überregionale Tageszeitungen gelegentlich über das landespolitische Geschehen in Mecklenburg-Vorpommern berichten, geschieht dies in „Neues Deutschland“ seit der Bildung der Koalition regelmäßig. Zwar steht das Agieren der PDS im Zentrum, doch kommen auch Politiker anderer Parteien im ND zu Worte. Auch über Aktionen und Sichten von Interessengruppen wird berichtet. Die Berichterstattung der regionalen und überregionalen Presse selbst war nicht Gegenstand dieser Studie. Hier lautet die Frage vielmehr, was tun die Parteien, um ihre landespolitischen Vorstellungen an die Bürger heranzubringen bzw. ihre Sorgen, Probleme aufzunehmen? Welche Mittel stehen ihnen zu Gebote?

Die Medienöffentlichkeit ist keineswegs die einzige oder gar wichtigste Form der Kommunikation mit der Bürgerschaft. In den Blick gehören aus dieser Perspektive auch eigene Publikationsorgane, Sprechstunden der Abgeordneten, Unterschriftenaktionen, das Instrument der Meinungsumfrage, Infostände, Demonstrationen, Anhörungen, Konferenzen, die der Erörterung landespolitisch relevanter Sachfragen dienen, die Präsenz im vorpolitischen Raum. Eine beachtliche und wachsende Rolle für die Kommunikation der Parteien mit den Bürgern spielt das Internet.

Obwohl die Parteien all diese Möglichkeiten nutzen, stehen sie bei der Mobilisierung politischer Unterstützung sowohl vor ähnlichen wie auch jeweils spezifischen Problemen:

- Skepsis, weit verbreitetes Desinteresse an Landespolitik bzw. Über- oder Unterschätzung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten, Informationsdefizite über deren Inhalte und Regularien
- (De)Mobilisierende Effekte aus der Verschränkung von EU-, Bundes- und Landespolitik
- die dritte Schwierigkeit, die das reale Vermögen der Parteien tangiert, politische Unterstützung zu mobilisieren, resultiert aus dem Umbruch der Soziallagen seit 1990, der Wertorientierungen und der Ausdifferenzierung von Interessen.

1.5.2 Mobilisierungsprobleme der Landesparteien und die von ihnen gefundenen Antworten

Begrenztes Interesse der Bürger an Landespolitik

Wie aus einer Repräsentativumfrage vom Anfang der 1990er Jahre in Nordrhein-Westfalen hervorgeht, nehmen die Bürger zwar die verschiedenen Ebenen von EU, Bund, Land und Kommune in mancher Hinsicht wahr und sind in der Lage zwischen ihnen zu unterscheiden. Aber nur *ein Fünftel der Befragten* interessierte sich in dem urbanisierten Bindestrichland für Landespolitik. Entsprechend hoch sind die Informationslücken über die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten, über die Inhalte und Verfahrensregeln der Landespolitik.⁵² Es spricht einiges dafür, dass es sich in dem neuen und noch dazu dünn besiedelten Flächenland Mecklenburg-Vorpommern nicht grundsätzlich anders verhält. Die Informationsdefizite dürften eher noch größer sein.⁵³

Mobilisierende Effekte gehen von emotionsgeladenen Grundsatz- oder Richtungsentscheidungen oder Skandalen aus. Charakteristisch für Landespolitik im allgemeinen sind eher detailversessene Problemlösungen, die indes in den Medien selten größere Publizität erlangen.

Bezogen auf den Zeitraum vom September 1998 bis heute war in Mecklenburg-Vorpommern wohl die einzig öffentlich wahrgenommene wirkliche Richtungsentscheidung die Entscheidung für die Bildung der SPD-PDS-Koalition selbst. Für diese *Zurückhaltung der Koalitionäre*, für ihr *ent-dramatisierendes Regierungshandeln* lassen sich verschiedene Gründe anführen, darunter auch die Einsicht, dass Richtungsentscheidungen nicht nur die eigenen Reihen, sondern auch die Gegenkräfte mobilisieren.

Die Koalition hat mit mehreren Novellierungen nicht zuletzt die demokratischen Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten junger Leute gestärkt. Es lässt sich aber nicht sagen, dass die erweiterten Partizipationsmöglichkeiten von den Betroffenen bei den Kommunalwahlen 1999 sonderlich gewürdigt und in Anspruch genommen worden wären. Anders verhält es sich mit dem geplanten „Bildungsfreistellungsgesetz“ und der vorgesehenen Einführung des Rechts der Verbandsklage im Umweltschutz. Hier kann die Koalition auf die Unterstützung der Gewerkschaften wie Verbände ebenso bauen wie auf den Widerstand der Wirtschaft.

Praktiziert die Koalition, insbesondere der Seniorpartner SPD eine dezidierte landespolitische Entdramatisierungsstrategie, so liegt der Akzent bei der PDS eher in *Lernprozessen*. Im Umfeld der PDS war bislang ein Denken, das auf die Spezifika der politischen Gestaltung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene abhebt, nicht sonderlich verbreitet. Hinsichtlich der Zwänge und Anlässe, sich auf die Modalitäten der verschiedenen Politikebenen einzulassen, besteht zudem eine Gefälle innerhalb des PDS-Landesverbandes. Vor allem die Repräsentanten der PDS in der Regierung und im Parlament sowie ihre Mitarbeiter⁵⁴ erschließen sich die für sie

52 Vgl. Herbert Schneider: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 420.

53 Sie äußern sich unter anderem in der Debatte zur Zwei-Jahresbilanz der PDS in der Regierungsverantwortung in der Erwartung, dass die Koalition einen Politikwechsel herbeiführt, der sich für die Mehrheit der Bevölkerung in spürbaren substantiellen gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegelt (Vgl. ND vom 22.11.2000, S. 4).

54 Unter Einbeziehung der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter sind ca. 60 Personen (0,6% der Mitglieder des Landesverbandes der PDS) unmittelbar in das Regierungshandeln involviert. Beim Koalitionspartner SPD liegt die Anzahl der in die Regierungsarbeit unmittelbar einbezogenen Mitglieder des Landesverbandes (in

neuen Möglichkeiten und Grenzen der landespolitischen Gestaltung und versuchen zudem mit dem Koalitionspartner, politische und soziale Innovationen im Lande durchzusetzen.

Die Koalition legt verständlicherweise Wert darauf, öffentlich darzustellen, dass und wie die Koalition das Land voranbringt. Das Herausstellen, dass der Weg der Koalition richtig ist, die Entdramatisierungsstrategie der SPD wie auch die Lernprozesse bei der PDS sind jeweils wohl begründet und unumgänglich. Nur: diese Praktiken, die sich auch als Strategie der un-aufgeregten positiven Sacharbeit beschreiben lassen, sind der Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise *für* die Koalition vorerst nicht besonders zuträglich. Vor allem der kleinere Koalitionspartner PDS gerät dadurch zuweilen in eine nahezu paradoxe Lage: obwohl die PDS agile und kompetente Minister stellt und über eine sehr lebendige Fraktion mit dezidiertem Gestaltungsanspruch verfügt, sah sich der jüngste Landesparteitag (im November 2000) dennoch veranlasst, die Minister und Abgeordneten der PDS aufzufordern, in der Koalition „mehr Profil“ zu zeigen.

Mobilisierungserfolge der Koalition sind in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 bei der gesellschaftlichen Ächtung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu verzeichnen.

Die CDU-Opposition praktizierte hingegen schon bei der Koalitionsbildung eine *Dramatisierungs- und Skandalisierungsstrategie*. Dazu tendiert sie auch weiterhin angesichts des insgesamt vorsichtigen Agierens der Koalition.⁵⁵ Zwei Jahre rot-rote Koalition werden als zwei für die Landesentwicklung „verlorene Jahre“ verbucht. Um die eigenen Mitglieder und die Bürger gegen die Koalition zu mobilisieren, werden tatsächliche oder auch nur vermeintliche Skandale angeprangert oder es wird dieser oder jener detailbehafteten landespolitischen Problemlösung bzw. Personalentscheidung eine grundsätzliche Dimension zugewiesen. Zu den Nebeneffekten der Dramatisierungsstrategie gehört, dass die in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete unzutreffende Vorstellung von den landespolitischen Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten auf den Gang der Dinge nicht korrigiert, sondern genährt wird.⁵⁶

Bei vergangenheitspolitischen Themen (Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit), Weltanschauungsfragen (Anerkennung des Interessenvereins Jugendweihe als Freier Träger der Jugendhilfe) und Personalentscheidungen (von der Entlassung des Generalstaatsanwaltes bis zu Kandidatur von Heike Lorenz [PDS] als Bürgerbeauftragte) kommt es regelmäßig zum Schulterschluss zwischen CDU-Opposition, Boulevardpresse und Kirchenleitungen. Die Entrüstung dieser programmierten Teilöffentlichkeit bleibt jedoch sozial folgenlos, weil sie zu einer zerstreuten Öffentlichkeit keinen Zugang findet.

absoluten Zahlen wie relativ zur Gesamtmitgliedschaft) weit höher. Denn SPD ist in ganz anderer Weise als die PDS in den Ministerien und den landeseigenen Gesellschaften verankert.

55 Dies gilt freilich nicht bei der Thematisierung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Auf diesem Feld bezichtigen Bundes- wie Landes-CDU als Parteien ihre Konkurrenten der Dramatisierung (vgl. CDU-Kritik an Debatte über Rechte, Berliner Zeitung vom 4.12.2000, S.5.). In „Die Zukunftsoffensive der CDU: Politik gestalten – Mecklenburg-Vorpommern voranbringen“ heißt es: „Weil in jüngster Zeit rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten gegen Personen die öffentliche Diskussion bestimmten, darf der Kampf gegen linksextremistische Gewalttaten gegen Sachgüter nicht in den Hintergrund rücken.“ (<http://www.cdu-mv.de/htm/zukunft.htm>, 27.11.2000, S. 13 f).

56 Vgl. Steffie Schnoor: Zwei verlorene Jahre für Mecklenburg-Vorpommern, Pressemitteilung vom 26.09.2000: <http://www.cdu-mv.de/htm/presse.htm>.

Beim Bildungsfreistellungsgesetz und bei der Verbandsklage thematisiert die CDU die aus ihrer Sicht übermäßige Belastung der Wirtschaft und Investitionshemmnisse.

Die Dramatisierungspraxis der Opposition gründet in den Regularitäten der Wettbewerbsdemokratie und ist zudem ein legitimes Mittel jeder Opposition. Freilich hat sie unter den gegebenen Bedingungen unerwünschte Nebeneffekte, nämlich dann, wenn sie als bloßes Parteiengezänk wahrgenommen wird, das Politikverdrossenheit und Demokratieverachtung nährt. Diese Gefahr ist von CDU-Politikern selbst erkannt und reflektiert worden.⁵⁷ Daher ergänzt die Opposition ihr Instrumentarium. Zur Dramatisierungsstrategie tritt die Praxis der positiven Sacharbeit. In diesem Sinne enthält sich der der Öffentlichkeit Ende November 2000 vorgelegte Entwurf der „Zukunftsoffensive der CDU: Politik gestalten – Mecklenburg-Vorpommern voranbringen“ fast jeder Polemik. Allerdings sind rationale Erwägungen im politischen Alltag schwer durchzuhalten

Geflecht zwischen Bundes- und Landespolitik als (De)Motivator

Bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder und Anhänger können die Parteien die Schranken, die das begrenzte Interesse in der Bevölkerung für Landespolitik setzt, in gewisser Hinsicht durchbrechen, wenn sie auf die Verflechtungen zwischen Bundes- und Landespolitik abheben.

Die Landes-CDU muss in ihrer Oppositionsarbeit weder auf die Regierung in Berlin noch die in Schwerin besondere Rücksicht nehmen. Diese *Konstellation ist für die Landes-CDU vergleichsweise günstig*. Denn sie kann umstrittene, unpopuläre und problematische Maßnahmen der Bundesregierung als solche wie in ihren Auswirkungen auf das Land zum Thema machen und für die eigene Profilierung nutzen. Dies ist der Landes-CDU vor allem bei den Kommunalwahlen im Juni 1999 gelungen. Sie profitierte von der Enttäuschung und Ernüchterung über die rotgrüne Koalition im ersten Jahr ihres Bestehens ebenso wie von den Anlaufschwierigkeiten der rot-roten Koalition. Von der Mobilisierungsfähigkeit der CDU zeugen sowohl die Kandidatengewinnung – 5800 Kandidaten, darunter nicht wenige Parteilose starteten für die CDU – als auch die Wahlergebnisse selbst.

Tabelle 11: Ergebnisse der drei großen Parteien bei den Kommunalwahlen 1999 im Vergleich zu 1994

Partei	Ergebnis 1999 in %	Ergebnis 1994 in %	Gewinne/ Verluste in % 1999 gegenüber 1994
CDU	39,9	30,6	+9,3
SPD	24,0	25,6	-1,6
PDS	21,9	24,3	-2,4

Sie erzielt auch bei Meinungsumfragen Stimmenzuwächse (vgl. Tabelle 12). Die CDU bezeichnet sich seitdem nicht ganz zu Unrecht als „*die Kommunalpartei*“. Von den politischen Kräfteverhältnissen präsentiert sich das Land seither mit „*rotem Kopf und schwarzen Füßen*“.

In einer anderen Lage als die CDU befinden sich beide Koalitionsparteien hinsichtlich der Möglichkeit, aus der Verschränkung von Bundes- und Landespolitik Mobilisierungsgewinne zu erzielen. Zwar erzielt die SPD-PDS-Landesregierung in Umfragen die höchste Zustim-

57 Vgl. Steffie Schnoor: Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2001 sollen fair ablaufen! Pressemitteilung vom 27.09.2000, <http://www.cdu-mv.de/hm/presse.htm>.

mung⁵⁸, auf die je eine Regierung in Mecklenburg–Vorpommern verweisen konnte. Doch von der Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung profitieren nur bedingt oder gar nicht die sie tragenden Parteien SPD und PDS.

Tabelle 12: Wahlabsichten laut Emnid-Umfrage im November 2000 für Mecklenburg-Vorpommern (Landtagswahlen)

Partei	Ergebnis Landtagswahl 1998	Votum laut Emnid-Umfrage Nov. 2000
CDU	30,2%	37 %
SPD	34,3%	33%
PDS	24,4%	20%

Quelle: Emnid, zit. nach ND vom 25./26.11.2000, S. 3

Die Landes-SPD sieht sich mehrheitlich⁵⁹ in der Pflicht, für die Politik und die Konzepte der rotgrünen Regierung in Berlin in den eigenen Reihen wie in der Bevölkerung um Verständnis zu werben und sie politisch zu unterstützen (vom Kosovo-Krieg über die Steuer- und Rentenreform bis zur Ökosteuern). Die Unterstützungsleistungen der Landes-SPD für problematische oder unpopuläre Aktionen der Bundesregierung wirken sich zumindest partiell auf Mitglieder und Sympathisanten demobilisierend aus bzw. beanspruchen soziale Energien des Landesverbandes. Aber im Grunde *hat sich die Verschränkung von Bundes- und Landespolitik nicht negativ auf das Abschneiden der Landes-SPD bei den Kommunalwahlen 1999 und in Umfragen ausgewirkt.*

Die PDS befindet sich nur formal im Hinblick auf die Bundesregierung in einer ähnlich vorteilhaften Position wie die CDU. Zweifelsohne werden negative Effekte der Bundespolitik auf das Land hervorgehoben. Da indes der Koalitionspartner der PDS in Schwerin sich zur Bundesregierung loyal verhält bzw. sich mit ihrer Politik mehr oder weniger identifiziert, ist der Spielraum der Landes-PDS gegenüber Herausforderungen und Zumutungen, die die Politik der Bundesregierung mit sich bringt, begrenzt. Überdehnt sie ihn, setzt sie die Koalition aufs Spiel. Unterschreitet sie ihn, gefährdet sie den Schulterchluss mit der eigenen Basis. Führungskräfte der PDS tendieren von daher zuweilen zu einer Art zwei Welten-Theorie, die Bundes- und Landespolitik auseinander hält. Daher konnte die Koalition auch den Kosovo-Krieg überstehen.

Die PDS kann aber auch nur partiell ihren Anteil am gemeinsamen Erfolg der Koalition gebührend herausstellen, weil die Maßstäbe für Erfolg oder Misserfolg der Regierungsbeteiligung innerhalb der Mitgliedschaft und unter den Sympathisanten der PDS strittig sind. Die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung des Landesverbandes der PDS zur Regierungsbeteiligung vermitteln einen Einblick in die Kräfteverhältnisse, doch handelt es sich weder um eine Totalerhebung, noch um eine repräsentative Stichprobe. Danach bewerteten Ende 2000 74,3% der befragten PDS-Mitglieder die Regierungsbeteiligung der PDS im Lande „eher positiv“, 1,8% „eher negativ“ und 23,9% waren „sektisch“.⁶⁰

58 Nach einer Emnid-Umfrage vom November 2000 sind 47% der Befragten mit der Regierungsarbeit in Mecklenburg –Vorpommern zufrieden, zit. nach Neues Deutschland vom 25./26. 11. 2000, S. 3. Das ist rein rechnerisch zwar nur eine Minderheit der Befragten, doch in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Arbeit von Schweriner Landesregierungen seit 1990 sind 47% ein Spitzenwert.

59 Der linke Flügel macht seinen Dissens durchaus geltend, aber ist relativ klein.

60 AG Bilanz Themenkreis Rot/Rot: Ergebnisse der Auswertung der Fragebogen – landesweite Zusammenstellung –, Rostock 2000, Manuskript S. 3.

Im Vergleich der Parteien *befindet sich die PDS hinsichtlich ihres Vermögens, ihre Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren und zu halten, in der ungünstigsten Situation*. Die PDS hat real bei der Kommunalwahl 1999 Stimmenanteile verloren wie auch in der jüngsten Meinungsumfrage vom November 2000. Vor diesem Hintergrund hat die sogenannte Demobilisierungsthese im Bericht der AG Bilanz an den 6. Landesparteitag/ 3. Tagung der PDS (November 2000 in Greifswald) zumindest einen rationalen Kern:

„Die... Aktivität der Basis, ist bei aller Differenziertheit im Landesverband, schwächer geworden. Es gibt einerseits Tendenzen der Selbstzufriedenheit mit dem Erreichten, passive Erwartungshaltung und Autoritätsgläubigkeit, andererseits Tendenzen der Resignation infolge der Orientierung in der Regierungstätigkeit auf das Machbare und kaum als PDS-Politik Erkennbare.“⁶¹

Die Demobilisierungsthese greift aber insofern zu kurz, als sie die Einbindung in die Regierungskoalition als Ursache und Folge in das Zentrum der Argumentation stellt. Sicher sind die Minister, Abgeordneten und ihre Mitarbeiter stärker als vor 1998 in die Parlaments- und Regierungsarbeit eingebunden und stehen so für manche außerparlamentarische Aktivitäten der PDS als Impulsgeber, Organisatoren weniger zur Verfügung. Und sicher gibt es Kommunikationsdefizite, die dazu führen, dass an der Parteibasis die Schwierigkeiten, Widersprüche des Regierungshandelns und der Abstimmungen im Parlament nicht immer nach vollzogen werden können. Zumal es in der Landespolitik um detailreiche Problemlösungen, zuweilen sehr sperrige Materien geht, die sich einer breiteren Politisierung zu entziehen scheinen. Die Demobilisierungsthese blendet aber die problematische Altersstruktur der Partei und den Alterungsprozess der Mitglieder (einen Zustrom hat es seit 1998 nicht gegeben) aus. Schließlich tangiert der Umbruch der Sozillagen, Wertorientierungen und Interessen seit 1990 das Mobilisierungsvermögen aller politischen Parteien, auch der PDS.

Der Umbruch der Sozillagen, Werte und Interessen

Die Rede von der gespiegelten Zweidrittelgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (siehe 1.1) stellt ja nicht zuletzt heraus, dass Probleme der Existenzsicherung die psychischen und sozialen Energien sehr vieler Menschen binden. Das gilt auch partiell für die eigentlich abgesicherte Großeltern-Generation, die über ihre Kinder oder Enkel an den Problemen der Existenzsicherung beteiligt wird. Darunter leidet die Bereitschaft zu politischer und sonstiger Partizipation. Daran wird eine Kampagne für ehrenamtliches Engagement, wie sie die Landes-SPD initiieren will (vgl. 1.3.3), allein wenig ändern. Politische Partizipation ist – neben ideellen – eben auch an materielle und zeitliche Freiraume und Voraussetzungen wie Arbeit und Eigentum gebunden. Spürbare Fortschritte in dieser Hinsicht sind kurzfristig nicht zu erwarten.

Sodann wirkt sich die schwache Verankerung der übernommenen, neu geschaffenen oder wieder belebten Institutionen in der Gesellschaft aus. Oft sind die Möglichkeiten, die sie bieten, Bürgern nicht hinreichend bekannt oder/und sie werden von ihnen ausgeschlagen, suboptimal genutzt. Skepsis, Desinteresse an Landespolitik bzw. Über- oder Unterschätzung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten, Informationsdefizite über deren Inhalte und Regularien sind weit verbreitet.

Schließlich ist es seit 1990 zu einer erheblichen Ausdifferenzierung der Interessen sowohl bei den Mitgliedern der Parteien als auch bei ihren Sympathisanten gekommen. Daher ist Kon-

61 Bericht der AG Bilanz zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript 2000, S. 3.

sens für oder gegen bestimmte Vorhaben, Investitionen, Projekte wie etwa den Bau der A20 oder die Privatisierung von Stadtwerken schwerer herzustellen. Die Interessenwidersprüche und divergierenden Koordinatensysteme in der Gesellschaft werden von den Parteien nicht nur mit ausgetragen, sondern sind in ihnen selbst zu finden. Das zeigt sich nicht nur, aber auch darin, dass die alten und neuen bildungspolitischen Vorstellungen der Parteien von den Bürgern neu bewertet werden. Eine PDS-Politikerin aus Sachsen-Anhalt bekannte, für die ansatzweise „Umsetzung unserer programmatisch fixierten bildungspolitischen Vorstellungen werden wir gelegentlich von den Bürgern und Teilen der Basis regelrecht geschlachtet“. Denn auch im Umfeld der PDS ist die Zahl derer spürbar gestiegen, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken oder für einen frühzeitigen Übergang auf das Gymnasium plädieren.

Angesichts der Ausdifferenzierung der Soziallagen, Werte und Interessen fällt es allen drei Parteien schwer, sich parteiintern auf politische Ziele zu verständigen, die einigermaßen kohärent und konsistent sind und für sie breite politische Unterstützung zu gewinnen. Das ist freilich keine Besonderheit Mecklenburg-Vorpommerns, sondern gilt generell.

Konsistenz- und Kohärenzprobleme der politischen Angebote Parteien erwachsen zunächst aus der Abnahme der finanziellen Spielräume des Landes. Daher sind tatsächliche oder intendierte Umverteilungen, Gratifikationen zugunsten jeweils bestimmter Interessen schwieriger, in höherem Maße begründungsbedürftiger. Und sie tangieren zudem die bisherigen sozialen Balancen zwischen Wirtschafts- und Sozialstaatsflügel bei der CDU, zwischen Sozialstaats, Gewerkschafts- und Kleinunternehmerinteressen bei der SPD und PDS. Probleme der Konsistenz und Kohärenz entstehen für die Parteien nicht zuletzt dadurch, dass sie bestimmte Ziel- oder Wählergruppen gewinnen und ansprechen wollen. Sowohl CDU als auch SPD wollen der PDS in Mecklenburg-Vorpommern wie auch anderenorts so viel wie möglich Wählerstimmen abjagen⁶² (Gleiches gilt natürlich auch umgekehrt für die PDS). Wenn man von den unter quantitativen Gesichtspunkten zu vernachlässigenden echten politischen, weltanschaulichen und sozialen Konversionen einmal absieht, ist eine Gewinnung von PDS-Wählern ohne entsprechende Politikangebote oder zumindest symbolische Aktionen schwer möglich. Selbst rein symbolische Politik tangiert aber ihrerseits Interessen und Wertvorstellungen von Teilen der „traditionellen“ Mitgliedschaft und der Stammwähler.

Ähnliche Probleme zeigen sich bei der PDS: In der PDS wird neuerdings auf Bundes- wie auf Landesebene die sogenannte Leistungsträgerdebatte⁶³ geführt. Die Initiatoren dieser Debatte benennen eine folgenreiche Diskrepanz und suchen sie zugleich zu wenden. Leitend ist die Einsicht, dass die PDS zwar in beachtlichem Maße von Leistungsträgern und „Funktionseliten“ in Ostdeutschland (Entscheidern verschiedener Ebenen, Beamten, Unternehmern, Wissenschaftlern, Künstlern) gewählt wird, doch diese sind in der PDS kaum organisiert, mithin in ihrem unmittelbaren politischen Willensbildungsprozess wenig präsent. Die PDS müsse nicht nur ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um auch die Interessen jener Teile der

62 E. Rehberg hat auf dem Landesparteitag der CDU im Mai 2000 diese Absicht geäußert. Für die SPD hat der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Volker Schlotmann, sich dazu bekannt (vgl. „Diese Experiment hat mehr als vier Jahre verdient“. ND-Gespräch mit Volker Schlotmann, SPD-Fraktionschef im Landtag, Neues Deutschland vom 25. 10. 2000, S. 5).

63 Vgl. Gregor Gysi: Ich wollte ein Stück Vernunft in die Linke bringen (Rede am 2. Oktober 2000 von Abgeordneten und Mitarbeitern der PDS-Fraktion; vgl. Klettertour ins Wahlgebirge, ND vom 27.11.2000; vgl. Rede Helmut Holters auf dem 6. Landesparteitag der PDS/3. Tagung; vgl. Gregor Putensen (Leserbrief), ND vom 27.11.2000, S. 12.

Funktionseliten zu vertreten. Der Schulterschluss mit Entscheidungsträgern sei für die PDS zudem unverzichtbar, weil sie ohne deren Know-how und Kenntnis der Eingriffsmöglichkeiten in das gesellschaftliche Gefüge keine substantiellen gesellschaftlichen Veränderungen zugunsten der sozial Schwachen vorschlagen und herbeiführen kann. Diese Argumentation ist zwingend, freilich nur dann, wenn man akzeptiert, dass der frühere sozialistische Lösungsansatz (Eroberung der politischen Macht und Vergesellschaftung aller wesentlichen Produktionsmittel) 1989/90 historisch gescheitert ist. Die Kontrahenten bezweifeln die Notwendigkeit einer Hinwendung zu den Leistungsträgern, sehen darin eher eine unzulässige Anpassung an die CDU-Rhetorik und befürchten eine Verschiebung der sozialen Koordinaten der PDS-Politik. Der Widerspruch wurde aber auch durch eine missverständliche Formulierung der PDS-Vorsitzenden Gabriele Zimmer geradezu provoziert.⁶⁴

Die erkennbaren Politikangebote der Parteien verlieren schließlich auch an Konsistenz, wenn sie direkt oder indirekt dem Lokalismus oder/und Klientelismus übermäßig Tribut leisten. Offensichtlich fühlt sich die CDU der Polizei und den Kommunalverbänden besonders verpflichtet (vgl. 1.3.2), weniger hingegen der Landesverwaltung. Bei der SPD (vgl. 1.3.3) verhält es sich genau umgekehrt. Sie formuliert dezidiert Ansprüche an das Handeln der Kommunen. Die Koalition, insbesondere die SPD, orientiert sich in der Frage des Stellenumfanges der Landesverwaltung an vergleichbaren westlichen Flächenländern und stellt nicht so sehr den Stellenabbau, sondern dem Umbau der Verwaltung ins Zentrum der Verwaltungsreform ab 2002.⁶⁵ Bei der PDS, die auch für eine Verwaltungsreform eintritt, besteht hingegen große Skepsis, ob eine Verwaltungsreform ohne Entlassungen bewerkstelligt und der Arbeitsmarkt die aus der Verwaltung freigesetzten Menschen aufnehmen könnte.

Sind in den vorangehenden Passagen allgemeine und besondere Probleme der Mobilisierung von politischer Unterstützung umrissen worden, so stellt sich die Frage, ob sich diese behaupteten Schwierigkeiten der Parteien, und zwar aller drei Parteien, auch intersubjektiv überprüfbar nachweisen lassen.

1.5.3 Die Direktwahlen der Landräte und Bürgermeister – konzentrierter Ausdruck der allgemeinen Mobilisierungsschwäche

In Mecklenburg-Vorpommern wurden 2000/2001 erstmals die Landräte und Bürgermeister größerer Städte auf dem Wege der Direktwahl gekürt. In 11 Landkreisen fanden bzw. finden Landratswahlen, in 3 kreisfreien Städten Oberbürgermeisterwahlen und in 28 Städten die Wahlen der hauptamtlichen Bürgermeister statt. Nach den Kommunalwahlen im Jahr 1999 sind die Direktwahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister für die Koalitionsparteien wie für die Opposition ein wichtiger Gradmesser dafür, ob ihre jeweilige Politik vom Wähler honoriert wird. Dass SPD, PDS und CDU allesamt *häufig Abgeordnete verschiedener Ebenen* nominiert haben, ja selbst der Landtagspräsident kandidierte, zeugt von der Bedeutung, die die Koalitionsparteien und die Opposition diesen Wahlen beimessen. Deutlich wird aber auch die Personalnot der drei Parteien.

64 Gelänge es nicht, die Leistungsträger der Gesellschaft für eine Mitarbeit in der PDS zu gewinnen, werden man immer nur eine Politik machen, die „mit den Realitäten der Gesellschaft wenig zu tun“ habe.

65 Vgl. Rede des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Harald Ringstorff anlässlich des III. Programmkongresses des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern am 07. Oktober 2000 in Gägelow. „Mecklenburg-Vorpommern: ein modernes Land“, S. 5.

Die Direktwahlen sind gleichsam die letzte Abstimmungs-Feuerprobe vor den nächsten Landtagswahlen 2002. Die erste dieser Direktwahlen fand im August 2000 im Landkreis Demmin statt. Von beiden Seiten wurde dem Auftakt in Demmin einige Bedeutung beigemessen.

Die CDU stellte sich das Ziel („Vorpommern bleibt schwarz“), auch künftig den Landrat zu stellen und ihre Hochburgen in Vorpommern zu behaupten. Getreu ihrer Strategie, die Regierungsverantwortung über die kommunale Ebene zurück zu erobern, sucht(e) sie ihren Kommunalwahlerfolg bei den Direktwahlen zu wiederholen und zu verstetigen.

Umgekehrt musste und muss es den Koalitionsparteien, die indes Partner und Konkurrenten zugleich sind, darum gehen, die starke Stellung der CDU auf kommunaler Ebene in den Direktwahlen zu brechen.

Demmin zählt freilich zu den Kreisen, in denen die CDU mit absoluter Mehrheit regiert. Dennoch waren die Koalitionsparteien nicht ohne Chance, hatte doch eine Emnid-Umfrage von Anfang Juli 2000, also kurz vor der Landratswahl, beträchtliche Unzufriedenheit mit der Arbeit der CDU-Opposition im Lande signalisiert. „Kaum eigene Vorschläge für Politiklösungen, eine blasse Wahrnehmung der Oppositionsrolle und vor allem der Finanzskandal ...“, kommentierte Stefan Koslik in der SVZ das Umfragetief der Landes-CDU.⁶⁶ Es war nicht auszuschließen, dass der Punktverlust der Landes-CDU auch im Landkreis Demmin Spuren zeigen würde. Zumal der frühe Wahltermin in Demmin deshalb notwendig wurde, weil der bisherige Amtsinhaber von der CDU wegen Vorwürfen zu seiner Arbeit hatte aufgeben müssen.

Tabelle 13: Ergebnis der Direktwahl des Landrates im Landkreis Demmin August 2000

Wahlbeteiligung	Ergebnisse für die Kandidaten der drei Parteien	
Erstwahl am 13.08.2000 31,9%	CDU	41,6%
	SPD	16,4%
	PDS	21,1%
Stichwahl am 27.08.2000 26,1%	CDU	59,9%
	PDS	40,1%

Zwar wurde der Kandidat der CDU, Frieder Jelen, für die nächsten neun (!) Jahre zum Landrat gewählt. Aber erst in der Stichwahl erzielte er die erforderliche Anzahl von mehr als 50% der abgegebenen Stimmen.

Erklärungsbedürftig ist die geringe Wahlbeteiligung. Ist sie Ausdruck von „Politikverdrossenheit“, „Demokratieverachtung“, „Systemfeindschaft“ oder nur von politischer Indifferenz im ländlichen Raum bzw. eine Folge des sommerlichen Wetters? Auch bei den Oberbürgermeisterwahlen in Köln, einem urbanen, verdichteten Raum war die Wahlbeteiligung zwar höher, aber nicht gravierend höher. Über die Gründe lässt sich hier keine gesicherte Aussage treffen.

Eines aber ist sicher: Die überregionale und regionale Bedeutung, die die Parteien aufgrund der skizzierten Konstellation der Direktwahl des Landrates beigemessen haben, teilte sich der überwältigenden Mehrheit der Wahlberechtigten nicht mit. An der Stichwahl beteiligten sich

66 Stefan Koslik: Große Emnid-Umfrage, SVZ-online (Juli 2000).

noch weniger als am vorangegangenen Wahlgang. Keine der Parteien vermochte ihr Wählerpotenzial auszuschöpfen. Eben darin zeigt sich deren allgemeine Mobilisierungsschwäche.

Dass der SPD-Vorstand keine Wahlempfehlung für den PDS-Kandidaten in der Stichwahl gegeben hat, wirft ein Schlaglicht auf den Unterbau der rot-roten Koalition im Landkreis Demmin. Dennoch konnte der Kandidat der PDS seinen prozentualen Stimmenanteil in der Stichwahl etwa verdoppeln. Vermutet wird, dass er die Stimmen zweier Einzelbewerber plus von SPD-Wählern erhielt. Sollte das zutreffen, dann haben letztere sich von den Erwägungen des SPD-Vorstandes im Landkreis wenig beeindruckt lassen.

In mancher Hinsicht hat sich der Auftakt der Direktwahlen im Landkreis Demmin als exemplarisch für die Serie erwiesen. Zwar sind diese Wahlen noch nicht abgeschlossen und ihre bisherigen Ergebnisse verdichten sich für beide Koalitionsparteien SPD und PDS noch nicht zu einem klaren Trend. Durchbrüchen und Zuwächsen der SPD wie der PDS stehen andernorts jeweils Einbrüche und Verluste gegenüber.

Soviel lässt sich aber immerhin festhalten: Die Wahlbeteiligung fällt unterschiedlich, aber insgesamt gering aus. In einigen Landkreisen wie Ludwigslust und Nordvorpommern setzten sich die Anwärter der SPD bzw. der CDU auf Anhieb durch. Die Wahlergebnisse differieren deutlich zwischen Mecklenburg und Vorpommern. In der bisherigen CDU-Hochburg Vorpommern schneidet die Landes-SPD relativ schwach ab. Für die Stichwahlen qualifizierten sich in der Regel Kandidaten der CDU und der PDS (wie schon in Demmin 2000, so im Mai 2001 in Ostvorpommern, auf Rügen und in der Stadt Stralsund). In Ostvorpommern wurde die PDS-Frau Barbara Syrbe zur Landrätin gewählt. Auf Rügen hatte sich Kerstin Kassner (PDS) weit vor dem CDU-Kandidaten für die Stichwahl qualifizieren können. Durch einen Trick hat die CDU die Wahl einer zweiten PDS-Landrätin vorerst verhindern können.⁶⁷ In Mecklenburg verhält es sich eher umgekehrt. Für die Stichwahlen placierten sich dort in der Regel Bewerber der SPD und der CDU, in einem Falle von SPD und FDP.

In großen Städten wie Neubrandenburg und Greifswald setzten sich CDU-Bewerber in der Stichwahl gegen ihren Konkurrenten von der PDS bzw. SPD durch. In der Stadt Güstrow entschieden sich die Wähler für den aus der SPD ausgetretenen Amtsinhaber. Im Landkreis Güstrow kam es hingegen zu einem Wahlbündnis von CDU und PDS bei der Stichwahl gegen den SPD-Kandidaten, der dennoch knapp gewann. In einigen Städten Mecklenburgs wie Plau oder Hagenow fiel oder die Entscheidung zwischen PDS- und SPD-Kandidaten.

Tabelle 14: Relationen zwischen den Parteien im Ergebnis der Direktwahlen (Stand Mai 2001)

Partei/Anzahl der gewählten Bewerber	SPD	CDU	PDS
Landräte	5	5	1
Oberbürgermeister kreisfreier Städte	3	3	0

⁶⁷ Indem sie den CDU-Kandidaten zum Verzicht bewog, musste die PDS-Bewerberin allein die Stichwahl bestreiten. Das Wahlgesetz verlangt in diesem Falle, dass der ohne einen Gegenkandidaten antretende Bewerber mindestens 25% der Stimmen der Wahlberechtigten des Landkreises auf sich vereint. Gelingt ihm das nicht, so muss die Wahl neu angesetzt werden. Darauf spekulierte die CDU. Und diese Spekulation ist auch aufgegangen. Sie kann (wie alle anderen Parteien) einen neuen Kandidaten für die im September angesetzte Landratswahl nominieren.

1.6 Zum Verhältnis zwischen Landesverbänden und Fraktionen

Allgemeine Befunde der Parteienforschung als Tableau

Das Verhältnis zwischen Landesverbänden und Fraktionen hat man sich grundsätzlich und bei allen Parteien und in allen Regionen der Bundesrepublik als Spannungsverhältnis vorzustellen. Diese Spannungen können teils latent sein, teils offen ausbrechen und ausgetragen werden. Die Parteienforschung hat allgemeine, typische und sich wiederholende Spannungsfelder zwischen Landesverbänden und Fraktionen bestimmt. Diese Erkenntnisse sind als objektivierendes Tableau nützlich, um die in Mecklenburg-Vorpommern erkennbaren Konstellationen abbilden zu können.

Zunächst besteht bei allen Parteien ein Ressourcengefälle zwischen Fraktionen und Landesverbänden. Erstere sind in der Regel mit hauptamtlichem Personal, Geld, Logistik, Informationen besser ausgestattet und erfreuen sich zudem größerer öffentlicher Aufmerksamkeit. Dies ist unter sonst gleichen Bedingungen und der Gesetzeslage auch kaum zu ändern, allenfalls können Asymmetrien gemildert werden.

Zu diesem Ressourcengefälle tritt auf Landesebene eine „doppelte Ungleichgewichtigkeit“⁶⁸. Zum einen die zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien, zum anderen zwischen den Regierungsfractionen und den Landesverbänden der Regierungsfractionen. Trotz aller eigenen Anstrengungen werden die Landesverbände vom Wähler nach dem Zustand der von ihnen gestellten Regierung beurteilt bzw. nach der Leistung der jeweiligen Minister und dem Erscheinungsbild der Fraktion. Schneider spricht von einer „Gefangenschaft“ mit Blick auf die Landesverbände.⁶⁹ Dabei kommt es gelegentlich zu regelrechten Aufständen der Basis, die vor Ort in Haft genommen wird für Koalitionsentscheidungen oder aus Koalitionswängen erfolgende Maßnahmen, die die jeweilige Basis nicht nachvollziehen kann oder als Verstoß gegen die je eigene Parteipolitik empfindet.

Schließlich verdient ein strukturelles Problem Beachtung: über die Stimmabgabe im Bundesrat entscheiden allein die Landesregierungen und allenfalls noch die an der Regierung beteiligten Parlamentsfraktionen. Auch hier bleiben die Landesverbände selbst der Regierungsparteien außen vor.

Diesen skizzierten Konstellationen sind alle drei großen Parteien Mecklenburg-Vorpommerns unterworfen, doch sind sie nicht nur nicht in gleicher Weise davon betroffen, sie gehen damit auch jeweils anders um.

Im relativen Gleichschritt: CDU-Fraktion und CDU-Landesverband

Die CDU-Fraktion leidet natürlich an der Ungleichgewichtigkeit zwischen den Regierungsfractionen und der Oppositionsfraction. Aber zwischen CDU-Fraktion und CDU-Landesverband bestehen gegenwärtig keine größeren, öffentlich wahrnehmbaren Spannungen. Der Landesparteitag der CDU im Mai 2000 demonstrierte „Einheit und Geschlossenheit“, wengleich die Finanzbeschlüsse in Folge der Spendenaffäre keineswegs einstimmig gefasst wurden. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes sind Abgeordnete des Land-

68 Herbert Schneider: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss (Hg): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S 425.

69 Ebenda, S.426.

tages oder des Bundestages. Die Bestrebungen von Fraktion wie Landesverband sind darauf gerichtet, in die Regierungsverantwortung 2002 zurückzukehren. Ferner besteht ein Schulter-schluss in der Abwehr von Kampagnen, die sich tatsächlich oder auch nur vermeintlich gegen die politische Handlungsfähigkeit der Union richten. Dazu gehört vor allem der Komplex der CDU-Spendenaffäre und die Thematisierung der rechtsextremistischen Gefahr. Aus Unionskreisen ist immer wieder die Befürchtung zu hören, letztere existiere so nicht und in Wahrheit solle zulasten der Konservativen die „Mitte nach links“ verschoben werden.

Bedürfnisse der Regierungsarbeit haben die Priorität: SPD-Fraktion und SPD-Landesverband

Im Berichtszeitraum ist das Verhältnis der Ministermannschaft der SPD, der SPD-Fraktion und des SPD-Landesverbandes durch eindeutige Prioritäten bestimmt. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stehen Verantwortung und Erfordernisse des Regierungshandelns. Daher tendiert die von Volker Schlotmann geführte SPD-Fraktion stärker als die PDS-Fraktion zu einem Verständnis ihrer Rolle, primär die Regierungspolitik zu unterstützen, zu verteidigen und zu vertreten. (Dies schließt freilich das Setzen eigener Akzente durchaus ein. So haben beide Regierungsfaktionen in den Haushaltsberatungen für 2001 sich für politische Schwerpunktsetzungen stark gemacht und dafür gesorgt, dass die Ressorts Bildung und Soziales von weiteren Pauschalkürzungen ausgenommen werden.).

Die SPD-Fraktion stimmt überwiegend einheitlich und geschlossen ab.

Gut die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes sind Mitglieder des Landtages. Der SPD-Landesverband steht gleichsam im Schatten der Regierungspolitik, ohne indes sich – wie etwa der PDS-Landesverband, dem es nicht anders geht – daran besonders zu stoßen. Dies wird auch an der allerdings noch im Aufbau befindlichen Internet-Seite deutlich: wer Presseerklärungen des SPD-Landesverbandes sucht, wird auf die Presseerklärungen der Landesregierung verwiesen.

Der Landesverband der SPD ist unter den hier interessierenden Landesverbänden der *kleinste* (siehe Tabelle 1), er stellt aber in Übereinstimmung mit dem Wählerwillen die *größte Fraktion* im Landtag. Bei einem Vergleich der drei Landesverbände untereinander ist zunächst einmal zu konstatieren, dass bei der SPD der *prozentuale Anteil der Mitglieder* – in Relation zur Gesamtmitgliedschaft *des Landesverbandes* –, *die unmittelbar in die Regierungsarbeit involviert sind* (als Minister und Abgeordnete, als Mitarbeiter von Abgeordneten, als Staatssekretäre, als Bedienstete der Landesverwaltung) *am höchsten ist*. Diese Relation allein bietet zwar keine Gewähr dafür, dass die Bedürfnisse der Regierungsarbeit im Landesverband oben an stehen. Immerhin ermöglichen die im Vergleich zur PDS ungleich günstigeren Proportionen zwischen den unmittelbar an der Regierung beteiligten und den übrigen Mitgliedern, dass die Widersprüche, Zwänge, Implikationen der Regierungsarbeit der Basis leichter vermittelt werden können.

Nach Einschätzung des Landesvorsitzenden sind etwa 15% der Mitglieder des SPD-Landesverbandes gegen die Koalition mit der PDS. Von Spannungen im SPD-Landesverband zeugt auch der Sachverhalt, dass Harald Ringstorff mit dem bisher schlechtesten Ergebnis (62%) auf dem jüngsten Landesparteitag zum Landesvorsitzenden wiedergewählt wurde. Entscheidend ist jedoch, dass sich der SPD-Landesverband nach außen eher als relativ einheitlich und geschlossen präsentiert.

Offene und öffentlich ausgetragene Spannungen: PDS-Landesverband und PDS-Fraktion/PDS-Minister

Die PDS ist in Mecklenburg-Vorpommern noch immer die mitgliederstärkste Partei. Sie stellt im Schweriner Landtag mit 20 Abgeordneten die kleinste Fraktion. In der Landesregierung ist die PDS mit drei Ministern vertreten. Bei der PDS sind nur etwa 0,6% der *Mitglieder des Landesverbandes unmittelbar in die Regierungsarbeit einbezogen*. Daher hat die PDS weit aus größere Schwierigkeiten als die SPD, ihren Mitgliedern die Widersprüche, Fallstricke, Logiken und Herausforderungen der Regierungsbeteiligung zu vermitteln und transparent zu machen.

Die PDS verfügt im Landtag über eine sehr lebendige, von Angelika Gramkow engagiert geführte Fraktion. Die PDS-Fraktion erhebt im Landtag den Anspruch, eine eigenständige und aktive Rolle bei der Verwirklichung der Koalitionsvereinbarung zu spielen. Mithin will sie sich nicht auf die bloße Verteidigung und Vertretung der Regierungspolitik im Parlament beschränken.

Dieser Anspruch spricht auch aus der Kritik von PDS-Fraktionsvize Ritter, der im Dezember 2000 zu Protokoll gab, dass im Landtag zu wenig Anträge der Regierungskoalition behandelt werden. Entsprechende Vorschläge der PDS befänden sich in der Warteschleife. Daher habe die oppositionelle CDU mit ihren Themen die Landtagswoche im November beherrscht.⁷⁰

Der Anspruch an die eigene Arbeit als Koalitionsfraktion setzt sowohl Maßstäbe für das Mannschaftsspiel als auch für die Arbeit der einzelnen Abgeordneten. Daher ist die Mehrheit der Fraktionsangehörigen im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Fraktion dafür, dass die PDS-Minister nicht zugleich Abgeordnete sein sollten. Die beiden PDS-Minister mit Abgeordnetenmandat hingegen legen Wert auf ihre Einbindung in die Fraktion, um ihre Regierungsarbeit erfolgreich leisten zu können.

In der PDS Mecklenburg-Vorpommerns hat es vor der Koalitionsbildung Auseinandersetzungen um das Ob und das Wie einer Regierungsbeteiligung gegeben. Und diese Auseinandersetzungen begleiten auch die Praxis der Koalition wie der in ihr tätigen PDS-Minister seit 1998. Im Kern geht es dabei um die Konturen gestaltender linker Politik. Die „Frontlinien“ verlaufen hier allerdings nicht zwischen Landesvorstand, Landesverband und Fraktion, sondern innerhalb dieser Gremien. Das fand in jüngster Zeit seinen Ausdruck in einem wiederholt gesplitteten Abstimmungsverhalten der Fraktion⁷¹, im (End-)Bericht der Arbeitsgruppe Bilanz zur Regierungsbeteiligung der PDS und den ihn untersetzenden Diskussionspapieren und Zuarbeiten, auf der Klausurtagung der PDS-Fraktion im August 2000, auf der Basiskonferenz der PDS in Teterow im September 2000, auf dem 6. Landesparteitag der PDS/3. Tagung in Greifswald (November 2000) sowie in den Befunden der Mitgliederbefragung.

Unter dem hier vornehmlich interessierenden Aspekt des Verhältnisses von Ministermannschaft/ Fraktion und Landesverband ist nicht so sehr das breite und in sich differenzierte

70 Vgl. Sanfte Erinnerung an die Ketten einer Koalition, in: Neues Deutschland vom 13.12.2000, S. 5.

71 Die beachtliche Neigung von Parlamentariern der PDS zu einem nicht einheitlichen Abstimmungsverhalten zeigte sich im Beobachtungszeitraum etwa beim Standardöffnungsgesetz wie bei der Haltung zur Steuerreform der Bundesregierung (die Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat zur Steuerreform der Bundesregierung setzte voraus, dass auch die PDS-Fraktion dieses Votum mehrheitlich mittrug) oder bei der Abstimmung über die Erhöhung der Diäten.

Spektrum der Positionen innerhalb der Landes-PDS wesentlich, sondern vielmehr der Sachverhalt, dass sich diese Positionen über Rolle und Funktion der PDS *in einem Kontinuum zwischen zwei gegensätzlichen Polen* verorten lassen.

Ist für den einen Pol ein Verständnis leitend, das die PDS „*als Partei mit Oppositionsanspruch und als gestaltende Reformkraft*“ sieht, so wird ihr auf dem Gegenpol die Rolle der „*Systemopposition*“ zugewiesen. Damit sind auch jeweils gegensätzliche Auffassungen darüber verbunden, wie die Beziehungen zwischen Landesverband /Fraktion/ Ministern aussehen sollten.

Der erste Dissens betrifft den Wählerauftrag und die Deutung der politischen Lage. Diejenigen, die sich als gestaltende Reformer verstehen weisen zu recht darauf hin, dass weder die Koalition noch die PDS von ihren Wählern ein Mandat für wirkliche Systemopposition erhalten hat, immerhin aber für gesellschaftliche Veränderungen. Für die Gegenposition ist hingegen das Erzeugen einer „*Aufbruchstimmung*“ und einer „*außerparlamentarischer Massenbewegung*“ angesagt.

Gegensätzlich wird auch die Frage beantwortet, ob die Regierungsbeteiligung die Handlungsmöglichkeiten der PDS eher erweitert oder reduziert. Daher werden auch jeweils andere Optionen der PDS-Mitgliedschaft für 2002 im Lande nahegelegt. Eine breite Mehrheit ist für die Fortsetzung der Koalition, 6% der befragten Mitglieder sprachen sich für einen oppositioneller Wahlkampf und den Gang in die Opposition aus.

Solange aber die PDS nun mal an der Regierung beteiligt ist, müsse der Landesverband im Verein mit anderen Kräften, die Koalition unter Druck setzen, ist aus systemoppositioneller Perspektive zu vernehmen. „*Es kann nicht Aufgabe der PDS sein, eine Gegenbewegung gegen die eigene Koalition zu organisieren*“, lautet die Antwort der Gegenseite. Es komme vielmehr darauf an, Bedeutung und Angemessenheit der PDS-Positionen öffentlichkeitswirksam darzulegen.

Aus systemoppositioneller Perspektive ist es schließlich ein Unding, dass in der öffentlichen Wahrnehmung PDS-Landespolitik weitgehend auf Regierungspolitik bzw. das Agieren der Landtagsfraktion reduziert wird.

Dies ist tatsächlich der Fall, aber nicht weil Helmut Holter zugleich Landesvorsitzender ist, sondern aufgrund des oben skizzierten Ressourcengefälles zwischen Ministern, Fraktionen und Landesverbänden und der doppelten „*Ungleichgewichtigkeit*“ in der Landespolitik. Ein Austausch der Personen an der Spitze des Landverbandes verändert mithin dessen Existenz im Schatten der Ministermannschaft und der Fraktion nicht.

Vom Standpunkt des „*systemoppositionellen*“ Ansatzes ist jedoch nicht allein die Personalunion, die Ämterhäufung problematisch. Von der Gewissheit geleitet (die „*gestaltenden Reformer*“ teilen sie nicht), mit einer Regierungsbeteiligung könne nie wirklich PDS-Politik durchgesetzt werden, avanciert der Landesverband zum Ort und Hort authentischer PDS-Politik, da er nicht wie die an der Regierung beteiligten PDS-Minister und auch die Landtagsfraktion zwangsläufig viele Kompromisse eingehen müsse. Um den Oppositionscharakter zu wahren, müsse der Landesvorstand gestärkt und der Einfluss von Mitgliedern, die in die Regierungsarbeit involviert sind, reduziert werden. Letzteres würde aber bedeuten, dass wichtige Erfahrungen und Kompetenzen in Entscheidungen des Landesvorstandes keine angemessene Berücksichtigung finden könnten.

„Gestaltende Reformer“ und die Freunde des systemoppositionellen Ansatzes unterscheiden sich auch im Verständnis von Zielen und Mitteln, die PDS-Politik verfolgen soll. Letztere unterstellen, dass es ein Set relativ klar umrissener, abrufbarer sozialistischer Ziele gäbe, an denen sich PDS-Politik zu orientieren habe. Erstere teilen diese Sicht zwar in bestimmter Hinsicht, verweisen aber auf Defizite in der Umsetzung durch Strategien und inhaltliche Konzepte.

Das parteiinterne Umbauprogramm der Freunde des systemoppositionellen Politikverständnisses kulminiert nicht zuletzt in zwei Forderungen:

- zum einen dürfe der von der PDS gestellte Stellvertretende Ministerpräsident nicht länger zugleich der Landesvorsitzende sein. Diese Forderung richte sich nicht gegen die Person, heißt es ausdrücklich, sondern trage einer Konstellation Rechnung, unter der der Landesvorsitzende als Minister und Stellvertretender Ministerpräsident wenig Distanz zum Regierungshandeln ausbilden könne und die ihm zugleich wenig Zeit und Kraft für die Arbeit im Landesverband lasse. Es dürfte aber allen Beteiligten völlig klar sein, dass politische Konzepte durch Personen repräsentiert werden und dass das politische Programm, für das Helmut Holter steht, wenig mit dem „systemoppositionellen“ Ansatz kompatibel ist. Die Personalunion von Ministeramt und Landesvorsitz ist zweifellos nicht unproblematisch, sie hat indes auch nicht zu unterschätzende Vorteile für die Arbeit der Koalition und das öffentliche Erscheinungsbild der Partei. Diese Vorteile sind freilich nur aus der Perspektive derer auf der Hand liegende Vorteile, die die PDS zur gestaltenden Reformkraft machen wollen
- zum anderen könne es nicht angehen (wenn wirkliche PDS Politik durch Regierungsbeteiligung stets verwässert werde), dass die PDS-Minister und die Landtagsfraktion das eigentliche Schaltzentrum seien. Vielmehr müsse die zentrale Leitung zur Durchsetzung der PDS-Programmatik und auch der Koalitionsvereinbarungen in der Regie des Landesvorstandes liegen.

Sicher ist es sinnvoll und unumgänglich, den Landesvorstand zu stärken. Aber die Intention, den Landesvorstand zum Entscheidungszentrum zu machen, würde sich selbst bei einer rigorosen Umverteilung der eher begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der PDS zugunsten des Landesvorstandes nur sehr bedingt realisieren lassen. Eine solche Umverteilung wird aber zumindest von manchen Freunden des systemoppositionellen Ansatzes auch gar nicht gewollt:

„Bei der bevorstehenden Strukturreform sind unbedingt die Kreise gegenüber einer Mitarbeiterausweitung im Landesvorstand ... zu begünstigen, um das Basisdemokratische in der PDS zu stärken“, heißt es in einem der Diskussionspapiere der AG Bilanz.

Diejenigen, die die Landes-PDS auf Systemopposition verpflichten wollen, waren und sind freilich im Landesverband eine zwar aktive, aber verschwindend geringe Minderheit. Dennoch verdient diese Minderheit Beachtung, weil die Koordinaten der PDS-Landespolitik im Spannungsfeld zwischen gestaltenden Reformern und den Trägern eines systemoppositionellen Politikverständnisses bestimmt werden. Eine gewisse Vorstellung von den Kräfteverhältnissen im Landesverband vermitteln folgende Angaben:

- Am 31. Oktober 1998 stimmten 100 von 106 Delegierten auf einem PDS-Landesparteitag in namentlicher Abstimmung der Koalitionsvereinbarung zu.⁷²
- Nach dem Kosovo-Krieg der NATO (1999) entschied die Landes-PDS mit Mehrheit, die Koalition in Schwerin nicht aufzukündigen.
- Eine Basiskonferenz im September 2000 in Teterow „...begann wie eine Abrechnung mit Landeschef Helmut Holter Aber: „...Dem Beifall nach zu urteilen, unterstützte eine große Mehrheit der in Teterow versammelten Basis den bisherigen Landesvorsitzenden.“⁷³
- In einer Mitgliederbefragung der AG Bilanz vom Herbst 2000 bewerteten 74,3% der Befragten die Regierungsbeteiligung der PDS „eher positiv“, 1,8% „eher negativ“ und 23,9% waren „skeptisch“. Die Regierungsinitiativen der PDS hielten 75,3% der Befragten für „realpolitisch“, 17,9% für „unausgewogen“ und 7,9 % für „populistisch“. Und auf die Frage, „sollte die PDS im Wahlkampf für die nächste Landtagswahl ihre Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu tragen, von der Durchsetzung politischer Projekte abhängig machen?“, antworteten 67,1% der Befragten mit „ja“, 26,3 mit „nein“, für einen „oppositionellen Wahlkampf“ votierten 6,1%.⁷⁴

Die insgesamt verschwindend geringe Minderheit der Mitglieder des PDS-Landesverbandes, die für ein systemoppositionelles Politikverständnis steht, kann sich indes bei Abstimmungen durch zeitweilige Allianzen mit Personen und Gruppen, die aus verschiedenen anderen Gründen mit dem Erscheinungsbild ihrer Partei oder mit bestimmten Praktiken nicht zufrieden sind, optisch zu einer beachtlichen Minderheit entwickeln. Das zeigte sich auf dem jüngsten Landesparteitag der PDS in der Abstimmung zu der Frage, wie der Bericht der AG Bilanz zu bewerten sei. Sollte der Bericht der AG Bilanz zur Kenntnis genommen (Antrag des Landesvorstandes) oder zum Beschluss erhoben werden (Alternativantrag auf dem Parteitag)? Der Landesvorstand setzte sich mit seiner Formulierung auf dem Parteitag (47 Stimmen) gegenüber dem Alternativantrag (35 Stimmen) durch.

Der Landesparteitag hat allerdings auch die PDS-Minister und die Landtagsfraktion beauftragt, mehr Profil zu zeigen und die eigenen Politikansätze in der Koalition stärker geltend zu machen.

Bereits im Vorfeld des Parteitages hatte Helmut Holter angekündigt, dass er 2001 nicht erneut für den Landesvorsitz kandidieren werde. Um den Landesvorsitz wollen sich Peter Ritter (MdL und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und André Zabel (Mitglied des Landesvorstandes) bewerben.

72 Vgl. Helmut Holter: Erfahrungen der PDS M-V auf dem Weg zur und in der Koalition mit der SPD, in Materialien der AG Bilanz, 28.02.2000, S. 6.

73 Vgl. Pro und Kontra zum Schweriner Regierungsmodell, Neues Deutschland vom 25. September 2000, S. 5.

74 Vgl. AG Bilanz Themenkreis Rot/Rot: Ergebnisse der Auswertung der Fragebogen – landesweite Zusammenstellung -, Rostock 09.10.2000. Grundlage der Auswertung waren 1536 Fragebogen. Es handelt sich mithin um keine Totalerhebung und auch nicht um eine Stichprobe mit Anspruch auf Repräsentativität.

1.7 Konflikte im „Prima-Klima-Klub“

Präsentierte sich die Koalition längere Zeit als „Prima-Klima-Klub“, so mehrten sich vor allem in der zweiten Hälfte der Wahlperiode die Spannungen und Konflikte zwischen den Koalitionspartnern.

Konfliktträchtig war und ist zunächst die Auslegung und Umsetzung der Koalitionsvereinbarung.

Die fixierten Vorhaben sind in unterschiedlichem Maße durch konkrete Maßgaben und Teilschritte untersetzt. Während etwa der Kurs der Haushaltssanierung glasklar festgehalten wurde und sich auch in der Praxis der Koalitionsarbeit als *die* durchgängige Linie erkennen lässt, sind andere Vorhaben, nicht zuletzt jene, die der PDS besonders am Herzen liegen, weit weniger eindeutig formuliert worden. Der PDS fehlte es bei der Abfassung der Koalitionsvereinbarung an Erfahrung. Hier hat die Landes-PDS zweifellos Lehrgeld zahlen müssen, aber durch die Regierungsbeteiligung auch an Know-how gewonnen.

Sodann erweist es sich auch in Mecklenburg-Vorpommern als schwierig, Kräfte und Mittel ressortübergreifend zu bündeln. Denn ein solches Unternehmen könnte die Machtbalancen zwischen den Koalitionspartnern oder/und deren öffentliche Wahrnehmung verändern.

Die PDS ist zudem der kleinere Koalitionspartner. Das Kräfteverhältnis in der Koalition entscheidet letztlich darüber, ob und wie selbst relativ klar formulierte Ziele tatsächlich umgesetzt werden. So rückte die SPD von der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Einführung der „schulartenunabhängigen Orientierungsstufe“ ab. Die PDS hingegen vermochte für dieses Vorhaben auch nicht die nötige außerparlamentarische Unterstützung zu mobilisieren. Selbst im Umfeld der PDS fand das Projekt keineswegs einhellige Zustimmung. Für die PDS lag es daher näher, ihre bildungspolitischen Vorstellungen in der Kommunikation mit den Bürgern zu präzisieren als den Bruch des Koalitionsvertrages mit der Aufkündigung der Koalition zu beantworten.

Der Sparkurs der Landesregierung wird von SPD und PDS mitgetragen, er führt indes immer wieder auch zu Konflikten zwischen den Koalitionsparteien sowie zwischen den Regierungsfractionen und der Regierung.

In einigen Fällen hatte die SPD Schwierigkeiten, die Personalvorschläge des Koalitionspartners zu akzeptieren und politisch zu unterstützen. Zudem verdient durchaus Beachtung, dass die rot-rote Koalition in Schwerin nicht einfach nur Annäherungen zwischen beiden Parteien in den Landkreisen und Kommunen krönte, sondern mancherorts eher vorweg genommen hat. Mittlerweile ist auch der Unterbau der Koalition fester geworden. Doch wie die Direktwahlen 2000/2001 zeigen, ist es für die Akteure beider Parteien vor Ort keineswegs zwingend, in den Stichwahlen den jeweils am besten placierten Kandidaten aus dem „Koalitionslager“ zu wählen. In etlichen Fällen konnten sich die lokalen SPD-Vorstände dazu nicht durchringen. Und im Landkreis Güstrow ist es sogar zu einem Bündnis von CDU und PDS gegen den SPD-Kandidaten gekommen (siehe 1.5.3).

Konflikte zwischen den Koalitionspartnern erwachsen nicht zuletzt aus bundespolitischen Entscheidungen, die von der Landes-SPD mehrheitlich mitgetragen werden, von der Landes-PDS hingegen nicht. So belastete 1999 die unterschiedliche Haltung von SPD und PDS zur NATO-Intervention im Kosovo die Koalition. Da aber die Beteiligung der Bundesrepublik an

diesem Unternehmen Bundessache ist und von der Bundesregierung verantwortet werden muss, zerbrach die Koalition an diesem Dissens nicht.

Zudem gehört das Abstimmungsverhalten von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zu den handfesten oder potentiellen Konfliktfeldern zwischen den Koalitionspartnern, wenn sie sich in der zur Abstimmung anstehenden Frage nicht einigen können.⁷⁵

Zweimal seit 1998 hat das Abstimmungsverhalten Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat – bei der Steuerreform (Juli 2000) wie bei der Rentenreform (Mai 2001) – überregionale Aufmerksamkeit erhalten und auch landespolitische Konstellationen verändert. Im ersten Falle fiel die Entscheidung schließlich im Einverständnis beider Koalitionspartner, im zweiten Falle gegen den erklärten Willen der PDS. Damit löste der Ministerpräsident im Mai 2001 mit seinem Alleingang die bislang wohl schwerste Koalitionskrise aus.

Sie gilt inzwischen als beigelegt, nachdem Ringstorff eingeräumt hatte, den Koalitionsvertrag gebrochen zu haben und die SPD sich zur Fortsetzung der Koalition bekannte. Auch die PDS-Fraktion (bei einer Enthaltung) sprach sich ebenso wie der PDS-Landesvorstand (mit 11 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung) dafür aus.⁷⁶

Eine solche Krise kann den Anfang vom Ende der Koalition einleiten. Sie bietet aber auch die Chance, die Koalition auf neue und bessere Grundlagen zu stellen.

75 Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist Sache der Landesregierungen, eigentlich nicht der Landesparlamente (deren Votum freilich berücksichtigt werden *kann*) und schon gar nicht der Landesverbände. Zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat heißt es in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern im „Abschnitt 4: Bundesrat und Kabinett“: „Die Koalitionspartner einigen sich im Einzelfall über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat... Kommt eine Einigung nicht zustande, so enthält sich das Land der Stimme.“ Dieser Passus beschreibt den Normal- und Regelfall. Allerdings haben die Vertreter der Landesregierungen noch eine zweite Option, die bis Mai 2001 weit weniger im öffentlichen Bewusstsein war: Im Bundesrat sind die Landesregierungen nicht so sehr Landesorgane, sondern Mitglieder eines Bundesorgans, mithin laut Grundgesetz frei und nicht an Vorgaben, Instruktionen gebunden. Daher *kann* der Ministerpräsident eines Bundeslandes im Bundesrat durchaus nach seinem Ermessen abstimmen und das Nein seines Koalitionspartners ignorieren.

76 Vgl. Ringstorff räumt Fehler ein, PDS gibt sich zufrieden, ND vom 17. Mai 2001, S.1; PDS sagt Ja zur Koalition, ND vom 18.Mai 2001, S. 1.

2. Politisches Klima und politische Öffentlichkeit: Der Schweriner Landtag als Arena landespolitischer Willensbildung und öffentlicher landespolitischer Kommunikation

Das Kapitel erhebt nicht den vermessenen Anspruch, *das* politische Klima und *die* politische Öffentlichkeit Mecklenburg-Vorpommerns analytisch in den Blick zu nehmen. Dazu ist einmal die mit diesen Begriffen bezeichnete empirische Realität im Lande zu vielgestaltig. Zum anderen stehen „politisches Klima“ und „politische Öffentlichkeit“ zwar für wichtige Phänomene, was den Einsatz dieser Bezeichnungen rechtfertigt, jedoch handelt es sich um keine elaborierten Kategorien, auf die sich ein Untersuchungsprogramm ohne weiteres stützen könnte.

Das Kapitel versucht vielmehr im Anschluss an die vorangehenden Abschnitte der Teilstudie über die Parteien CDU, SPD und PDS *einige wichtige Facetten* des politischen Klimas und der politischen Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu erfassen.

Leitend dabei ist die Einsicht, dass nicht zuletzt *die Parteien* das politische Klima im Lande mitbestimmen und die politische Öffentlichkeit (mit)tragen und (mit)konstituieren (sie besitzen indes in dieser Hinsicht kein Monopol).

Das hier waltende vordergründige Interesse an Parteien entspringt ausschließlich einem pragmatischen Interesse an der Eingrenzung des Gegenstandsfeldes. Weder gründet sich der Fokus auf die stillschweigende Übernahme der einflussreichen Deutung, der zufolge sich die Parteien den Staat und andere Phänomene zur Beute gemacht hätten⁷⁷, noch wird hier die Meinung vertreten, dass die Parteien in manchen Transformationsgesellschaften infolge des Mangels an zivilgesellschaftlicher Strukturen und einer wirklich pluralistischen Presse die rudimentäre politische Öffentlichkeit bestimmten und beherrschten.⁷⁸ Mit dem Interesse an den Parteien wird indes auch ein Dissens zu Lesarten einer Position von Rainer Land⁷⁹ artikuliert, wonach die eigentliche politische Öffentlichkeit jenseits der Parteien, Parlamente und Interessenverbände zu verorten sei. Die Genese von landespolitischen Öffentlichkeiten außerhalb und unabhängig von Parteien, Parlamenten und Interessenverbänden ist schwer vorstellbar.

Die Parteien agieren unter Bedingungen, die sie vorfinden und sich nicht aussuchen können. Zu diesen Bedingungen gehört eine bestimmte Beschaffenheit von „Öffentlichkeit“ wie auch ein bestimmtes „politisches Klima“, die dem jeweiligen parteipolitischen Wirken Möglichkeiten bietet wie auch Grenzen setzt. Daher werden ausgewählte *Deutungen politischer Akteure*

77 Vgl. Hans Herbert von Arnim : Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000.

78 Diese Sicht klang in der zitierten Untersuchung zur Rolle der Lokalpresse in Wismar an. Danach sollen öffentliche Debatten allein von den Bürgerschaftsfraktionen ausgehen, die Wismarer Lokalpresse hingegen würde Sprachrohr der Exekutive sein und allein eine „repräsentative Öffentlichkeit“ spiegeln (vgl. Hans-Gerd Kästner: Kommunalpolitik im Spiegel lokaler Medien. Eine empirisch-analytische Studie über Politikvermittlung in einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Deutschland Archiv 33 (2000)6, S. 934-939.

79 Vgl. Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte Initial 10(1999)4/5, S. 16-18.

über das politische Klima und die Verfassung der politischen Öffentlichkeit im Lande präsentiert. Dabei steht „politisches Klima“ für Merkmale des sozialen Umfeldes bzw. für Kontexte, in denen die interessierenden politischen und sozialen Akteure stehen.

Form, Struktur, Charakter und Gestalt von „Öffentlichkeit“ und „Klima“ werden indes ihrerseits auch durch das Handeln und die Interaktion politischer und sozialer Akteure ausgeformt und beeinflusst.

Um diesen Einfluss abzubilden, empfiehlt es sich, soviel vorab, *Arenen öffentlicher Kommunikation* von einiger Ausstrahlung in das Land in den Blick zu nehmen. Wir gehen davon aus, dass der *Landtag* eine solche Arena ist.

2.1 Exkurs über „politische Öffentlichkeit“

Was ist Öffentlichkeit, was ist unter öffentlicher Meinung zu verstehen? Der Terminus (*Politische*) *Öffentlichkeit* bezieht sich zunächst auf einen allgemein zugänglichen Raum, der als solcher weder geheim noch privat ist. Der Begriff der öffentlichen Meinung verbindet den der Öffentlichkeit mit dem der Meinung. Meinung aber ist eine „Fürwahrhaltung“, welcher die Sicherheit des Wissens fehlt. Öffentlichkeit bezeichnet so:

- a) das Prinzip des *allgemeinen Zuganges* zu Arenen politischer Kommunikation/ Örtlichkeiten usw.⁸⁰
- b) den Grundsatz der *Publizität* als Voraussetzung von Transparenz in Sachen von allgemeinem oder öffentlichem Interesse⁸¹
- c) das *Publikum* als Gesamtheit der zum öffentlichen Diskurs versammelten, der sich an ihm beteiligenden oder/ und angesprochenen Menschen
- d) Öffentlichkeit gilt auch als *Methode der Aufklärung bzw. der Meinungsbeeinflussung* bzw. Vergewisserung über die Gestimmtheit eines interessierenden Publikums oder der Kontaktaufnahme und -suche
- e) Öffentlichkeit ist schließlich Strukturprinzip moderner Demokratien zur *Kontrolle der Ausübung von Herrschaft* in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen.⁸²

Diese Bestimmungen verheißen aber mehr Orientierung als sie tatsächlich bieten. Denn:

80 Mit Blick auf Parteien lassen sich parteiinterne und parteiexterne Arenen politischer Kommunikation unterscheiden. Während die Grenzen zwischen parteiinterner und parteiexterner Kommunikation bei CDU und SPD relativ klar definiert sind, sind bei der PDS selbst Vorstands- und Fraktionssitzungen der Öffentlichkeit in der Regel zugänglich. Die PDS hat sich dafür entschieden, um sich von der konspirativen Praxis ihrer Vorgängerin SED abzuheben.

81 Gegenstand von (partei)politischen Auseinandersetzungen ist indes auch die Frage, wer oder was Publizität bzw. ein öffentliches Podium verdient und wer oder was nicht. So haben politische Akteure im Verein mit der Verwaltung und auf Betreiben der Großkirchen in verschiedenen ostdeutschen Bundesländern durchgesetzt, dass für die zeitgenössische Form der Jugendweihe nicht an den Schulen geworben werden darf. Der Rektor der Universität Rostock, Günther Wildenhain, verbot nach einem Artikel in der „Bild“-Zeitung eine Veranstaltung mit dem ehemaligen SED-Funktionär Werner Eberlein. Er meinte, mit dieser Diskussion würden die Opfer der SED provoziert und die ganze Erneuerung der Rostocker Universität in Frage gestellt. Nach massiven universitätsinternen Protesten fand dann doch noch die Veranstaltung mit Eberlein in anderer als ursprünglich gedachter Form (als rein wissenschaftliche Runde, ohne Gäste, Presse und ohne Signierstunde) statt (Vgl. Eberlein-Disput hinter verschlossener Tür, Neues Deutschland vom 19.10.2000, S.2).

82 Vgl. Bernhard Schäfers (Hg): Grundbegriffe der Soziologie 4. Auflage, Opladen 1995, S. 232-233.

„Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind gesellschaftlich bedeutsame und politisch einflussreiche Phänomene. Aber es ist nicht klar, was sie eigentlich darstellen...“⁸³

Für die Zwecke *dieser auf die drei großen Parteien Mecklenburg-Vorpommerns fixierten Studie* ist es sinnvoll, den Begriff der Öffentlichkeit über drei zusammenhängende Fragen zu diskutieren und zu erschließen:

- *Was vermag politische Öffentlichkeit?* Welche Effekte, Wirkungen löst sie aus?
- *Welche Existenzformen nimmt politische Öffentlichkeit an?* Ist es sinnvoll von *der* Öffentlichkeit (Singular) zu sprechen oder hat man sich Öffentlichkeit als Ensemble, Pluralität großer und kleiner Öffentlichkeiten unterschiedlicher, gegensätzlicher politischer Ausrichtung vorzustellen?
- *Wer oder was sind Träger politischer Öffentlichkeit/ der öffentlichen Meinung* – die Medien, die Parteien, die Zivilgesellschaft, die Öffentlichkeit, die die Umfrage- und Meinungsforschung präsentiert?

(Landes-)Politische Öffentlichkeit als Set einander an- wie einander ausschließender Arenen öffentlicher Kommunikation

Wenn wir noch einmal das 1. Kapitel Revue passieren lassen, so zeigt sich eines: Alle drei Landesparteien verbindet, dass sie sich jeweils auch als *regionale Reformkraft* verstehen, weil und insofern sie (wenn auch unterscheidbare) gesellschaftliche wie auch Einstellungs- und Verhaltensänderungen in Mecklenburg-Vorpommern herbeiführen wollen. Gesellschaftliche Veränderungen (intendierte wie solche, die keiner gewollt hat) erwachsen aus Suchbewegungen für Konflikte und Problemlagen, die von den konkurrierenden Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbänden, Netzwerken, Kirchen usw. getragen werden, indem sie die Möglichkeiten freier, autonomer Artikulation ihrer wertgebundenen (Sonder)Interessen in und quer zu sozialen Gruppen und bestehende Vermittlungsinstanzen nutzen. Die autonome Definition und Artikulation von Interessen wiederum ist stets an die Konstitution autonomer Öffentlichkeiten gebunden. Ohne sie fände jene nicht statt. Von daher ist „Öffentlichkeit“ auch in Mecklenburg-Vorpommern keine Sache, die erst erfunden oder herbeigeführt werden muss, auch wenn aus verschiedenen Perspektiven der Grad ihrer Ausbildung unbefriedigend erscheinen mag.

Für politische und soziale Akteure stellt sich immer auch die Frage, in welchem Maße sie auf die Interessen der Menschen bzw. die öffentliche Meinung *bauen* können, um die von ihnen jeweils intendierten Änderungen durchzusetzen. Der Erfolg politischer und sozialer Akteure für ihre jeweiligen Projekte hängt nicht zuletzt von ihrer Fähigkeit ab, intern Deutungsmuster und Problemlösungen hervorzubringen und auf dieser Grundlage in den Arenen öffentlicher Kommunikation politische Unterstützung zu gewinnen.

Mit dieser Operation werden wir aber auf eine *doppelte Pluralität* verwiesen. Zum einen kommen gesellschaftliche Veränderungen über *eine Pluralität von Projekten und Akteuren* zustande, sie werden schwerlich von einem Zentrum in Gang gesetzt. Zum anderen *besteht „die“ Öffentlichkeit, die gesellschaftliche Veränderungen tragen und stimulieren, hinnehmen und tolerieren soll, aus mehreren/vielen großen und kleinen und noch dazu tendenziell gegensätzlich gestimmten Öffentlichkeiten, aus einer Vielzahl von Arenen öffentlicher (politischer)*

83 Dieter Fuchs u.a. : Öffentliche Kommunikationsbereitschaft. Ein Test zentraler Bestandteile der Theorie der Schweigespirale, in Zeitschrift für Soziologie 21(1992)4, S. 284.

Kommunikation. Diese reduzieren sich nicht auf die Medienöffentlichkeit. Es gibt mithin nicht *die* Öffentlichkeit. Auch der Begriff der „Gegenöffentlichkeit“ verweist uns auf den Plural.

Unter den verschiedenen Arenen landespolitischer Kommunikation in Mecklenburg-Vorpommern gehört hier das Interesse dem Landtag. Der Landtag ist keineswegs die einzige Arena *landespolitischer* Kommunikation, wohl aber die bedeutendste. Als Ort landespolitischer Willensbildung treten im Schweriner Schloss verschiedene programmierte Teilöffentlichkeiten des Landes in ein lebendiges Verhältnis. Hauptakteure sind dabei die Parteien im Parlament.

Öffentliche Meinung und veröffentlichte Meinung

Parteien und andere Akteure greifen häufig auf Befunde der Umfrage- und Meinungsforschung zurück bzw. geben Meinungsumfragen in Auftrag, um die Meinungen und Positionen der (Wahl)Bürger zu bestimmten Themen und Fragen zu erfahren.

Die Meinungsforschung erfasst und summiert Individualmeinungen. Das ist nicht wenig. Doch lässt sich aus den Befunden der Meinungsforschung nicht so ohne weiteres die *öffentliche Meinung* rekonstruieren. Die Befunde der Demoskopie präsentieren eine Ersatzöffentlichkeit, nicht die Öffentlichkeit selbst:

Öffentliche Meinung ist vielmehr sich aus öffentlichen Kommunikationszusammenhängen speisende Meinung. Mithin bieten Meinungsumfragen ein statisches Meinungsbild. Sie sagen nichts darüber aus, wie sich die Meinungen unter dem Einfluss von Informationen und öffentlichen Debatten verändern würden.

Damit Meinungen sich öffentlich kundtun, öffentlich kommuniziert werden können, sind sie zudem nicht nur auf die herkömmlichen Print- und elektronischen Medien angewiesen. Für die Parteien sind letztere dennoch von erheblichem Interesse, schon weil Aufmerksamkeit eine begrenzte Ressource ist. Die Bedeutung der Medien steigt, wenn tatsächlich oder auch nur vermeintlich, andere Arenen der öffentlichen Kommunikation von den Bürgern wie den Mitgliedern der Parteien suboptimal genutzt werden. Daher kommt es immer wieder zu Überhöhungen wie dieser: „Die Medien sind selbst die Öffentlichkeit“⁸⁴. Andererseits ist neuerlich die Bedeutung traditioneller Kommunikationsformen von Parteien und Bürgern über Unterschriftensammlungen, Info-Stände, die Begegnungen zwischen Bürgern und Abgeordneten in den Wahlkreisen usw. ebenso herausgestellt worden wie die Kommunikation über das Internet.⁸⁵

Schon weil der Zugang von Gruppen und Individuen zu den Medien bzw. ihr Einfluss in den Medien ungleich verteilt ist, verbietet sich eine Gleichsetzung von Öffentlichkeit und Medienöffentlichkeit, von öffentlicher Meinung mit der *veröffentlichten Meinung*.⁸⁶ Die Diffe-

84 Elisabeth Noelle-Neumann: Antwort auf Dieter Fuchs...: Öffentliche Kommunikationsbereitschaft, *Zeitschrift für Soziologie* 21(1992)5, S. 386.

85 Vgl. Frank Bösch: Kontinuität im Umbruch. Die CDU/CSU auf dem Weg ins neue Jahrhundert, APZG B5/2000 28. Januar 2000, S. 12-21.

86 Sogar Herrschaftsträger einer Weltmacht haben die Differenz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung herausgestellt und auf sogenannte schweigende Mehrheiten verwiesen, die mit ihrem Schweigen sich von der in den Medien sowie der in anderen Arenen öffentlicher Kommunikation geäußerten Kritik an der herrschenden politischen Praxis distanzieren würden. Der kritische Medientenor einer Minderheit wurde so der öffentlichen Meinung der schweigenden, die herrschende Politik unterstützenden Mehrheit gegenübergestellt.

renz beider war in der Geschichte der DDR erheblich und sie ist auf andere Weise für die heutige ostdeutsche Gesellschaft eklatant.⁸⁷ Wäre der Medientenor gleichbedeutend mit der öffentlichen Meinung, hätte die PDS schwerlich Bundestags- und Landtagsmandate erringen können, wäre die Volksabstimmung über den Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg nicht am Votum der Brandenburger und Ostberliner gescheitert, hätte es keine rot-rote Koalition in Schwerin gegeben und die CDU würde noch heute wegen der Parteispendenaffäre im Büberhemd gehen...

Würden die Medien die öffentliche Meinung tatsächlich beherrschen bzw. die öffentliche Meinung verkörpern, hätten bestimmte Ereignisse nicht stattfinden dürfen. Da sie sich aber ereigneten, ist die leitende Annahme entweder unzutreffend oder aber die „öffentliche Meinung“ ist weit weniger wirkungsmächtig als landläufig unterstellt wird.

Was vermag „die“ Öffentlichkeit / „öffentliche Meinung“?

- Sie ist Medium der Interessenartikulation und Interessendefinition. Die autonome Definition von Interessen und Werthaltungen, Erfahrungen und Weltansichten ist an autonome Öffentlichkeiten gebunden. Dies gilt für alle Akteure. Öffentlichkeit ist mithin das Medium, mittels dessen sich Individuen und Gruppen ihrer wertgebunden und positionsbedingten Interessen und Sichten versichern.

Die Parteien verschaffen zudem Erfahrungen, Sichten und Interessen jener Gruppen Publizität, die in der öffentlichen Wahrnehmung unterbelichtet werden, weil ihre sozialen Träger entweder nicht hinreichend organisationsfähig oder mangels Drohpotential nicht konfliktfähig sind. So versteht sich die CDU oft als Sprachrohr der Opfer der SED und jener, die die Wende herbeigeführt haben. Die PDS thematisiert u.a. Erfahrungen und Interessen der sogenannten Wendeverlierer (Arbeitslose, die große Mehrheit der Alleinerziehenden, Niedriglohn- und Sozialhilfeempfänger, bestimmte Kategorien von Rentnern) sowie von Asylbewerbern; Migranten.

Der Landtag wiederum ist eine, wenn nicht *die* Arena, in der sowohl die landespolitische Bedeutung von Gruppeninteressen verhandelt als auch Landesinteressen bestimmt, interpretiert und exekutiert werden.

- Öffentlichkeit als Medium der Interessen- und Verhaltenstransformation. Insofern alle drei Landtagsparteien in diesem oder jenem Maße (freilich differente) gesellschaftliche wie auch Einstellungs- und Verhaltensänderungen im Lande herbeiführen wollen, können sie nicht einfach nur auf vorhandene und manifeste Interessen und Wertbindungen bauen, weil dann die jeweils politisch gewollten Veränderungen nicht eintreten würden. Sie müssen vielmehr versuchen, gegebene Interessen und Verhaltensweisen zu transformieren. Welche Kräfte, Faktoren aber ermöglichen Interessen bzw. Verhaltenstransformationen?

Bei der Transformation von Interessenlagen/ Verhaltensweisen spielen Einsicht, ethische und moralische Antriebsmomente eine vergleichsweise starke Rolle.

87 Vgl. Dietrich Mühlberg: Über Interessenlagen, kulturelle Differenzen und Öffentlichkeit. In: 3. Ostdeutscher Kulturtag – Medien: Die Ostdeutschen in der kulturellen Öffentlichkeit der Bundesrepublik, Berlin, S. 4-7.

„Politische Öffentlichkeit“ erscheint so als eine Kraft, über die Einsicht, ethische und moralische Antriebskräfte mobilisiert oder überhaupt erst ins Spiel kommen, so dass die von den Akteuren vorgenommene Definitionen ihrer eigenen Interessen verflüssigt, angereichert werden *können*.

Dieser mögliche, auf Lernprozesse abhebende Effekt politischer Öffentlichkeit(en) hat freilich auch repressive Komponenten. Unter dem Einfluss des Konstrukts von der „schweigenden Mehrheit“ hat Noelle-Neumann mit ihrem Konzept der „Schweigespirale“ den von öffentlicher Meinung, insbesondere vom Medientenor ausgehenden Konformitätsdruck (u.a. auf Angehörige der schweigenden Mehrheit) thematisiert:

Danach sind öffentliche Meinungen „Meinungen, die man in der Öffentlichkeit zeigen *muß*, wenn man sich nicht isolieren will; in kontroversen, im Wandel begriffenen Bereichen oder in Spannungszonen in der Öffentlichkeit äußern *kann*, ohne sich zu isolieren“.⁸⁸

„Es war nicht alles schlecht“ – diese viel zitierte, berühmt-berüchtigte Äußerung von Ostdeutschen über die DDR im Rückblick, steht nicht so sehr für mangelndes Reflexions- und sprachliches Artikulationsvermögen, sondern belegt exemplarisch die von Noelle-Neumann aufgestellte These über den von der öffentlichen Meinung ausgehenden Konformitätsdruck und von ihr verursachte Isolationsängste.

Obgleich Noelle-Neumann vornehmlich die *veröffentlichte* Meinung, die Wirkungen des Medientenors meint, vermittelt der zitierte Gedanke u.E. auch eine Vorstellung über Effekte von öffentlicher Meinung schlechthin, die sich in anderen (von den Medien ausgeblendet oder unterbelichteten) Arenen öffentlicher politischer Kommunikation herausbildet.

Ein Klima für gesellschaftliche und Verhaltensänderungen (in welche Richtung auch immer) wird durch die „die“ öffentliche Meinung mithin dadurch begünstigt, dass sie Veränderungsbereitschaft, die Hoffnung auf neue, andere Lebensmöglichkeiten, Selbst- oder/und Krisenbewusstsein im Verein mit Konformitätsdruck und Isolationsfrucht generiert und verstärkt.

2.2 Politisches Klima/ politische Öffentlichkeit – Annäherungen

Das politische Klima im Lande lässt sich als Set relativ konstanter wie auch in Grenzen veränderlicher und neuer Merkmale beschreiben. Der nachfolgende Abschnitt knüpft vornehmlich an Einschätzungen und analytische Befunde aus dem Umfeld der drei Landesparteien an, um auf diese Weise ausgewählte, aber aus der Sicht des Autors durchaus wesentliche Komponenten des politischen Klimas und der politischen Öffentlichkeit im Lande abzubilden.

Ist eingangs (vgl. 1.1.1) Mecklenburg-Vorpommern als „gespiegelte Zweidrittelgesellschaft“ mit auseinanderdriftenden Lebensmöglichkeiten für die Angehörigen des oberen, mittleren und unteren Drittels charakterisiert worden, so findet dieser Sachverhalt zunächst in einer bestimmten Verfasstheit von politischer Öffentlichkeit seinen Niederschlag.

- a) Die politische Öffentlichkeit präsentiert sich als Ensemble teils von einander abgeschotteter und zugleich teils anschlussfähiger, sich überlappender Kommunikationskreise, die für die Botschaften politischer und sozialer Akteure unterschiedlich aufnahmefähig oder gar immun und resistent sind.

88 Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 1980.

- b) Charakteristisch (freilich nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern) ist eine beachtliche Resistenz gegenüber überregionalen und regionalen programmierten Öffentlichkeiten

„... wir Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern – das hat sich längst herumgesprochen – haben unseren »eigenen Kopf«. Manche sagen, wir seien »Dickschädel«. Ich empfinde dieses immer als ein Kompliment. Aber es wird erst dann ein wirkliches Kompliment, wenn dieses nicht nur bedeutet: »Die sind stur!«. Es ist ein Kompliment, wenn es auch bedeutet, »die machen sich einen Kopf« – die denken nach über die Zukunft ihres Landes. Und das tun wir.“⁸⁹

In dieser Passage klingt eine Komponente des politischen Klimas im Lande an, ohne die es die rot-rote Koalition nicht gegeben hätte – die Widersetzlichkeit gegenüber den lautstarken wie den verdeckten Interventionen einflussreicher Öffentlichkeiten innerhalb wie außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Wir finden diese Haltung indes auch bei der Landes-PDS, deren Repräsentanten sich gegen Interventionen oder Ratschläge aus der PDS-Bundesspitze verwarren.

- c) Als Konstante des politischen Klimas verdient allerdings auch die Existenz einer Strömung in Mecklenburg-Vorpommern – freilich nicht nur dort – besondere Beachtung, die sich unabhängig davon, wer jeweils in Schwerin regiert, durch Demokratieverachtung/Rassismus und Sozialdarwinismus auszeichnet

Das politische Klima im 1990 wieder errichteten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern wird keineswegs nur, aber immerhin auch durch eine *Kette* rassistischer, fremdenfeindlicher menschenverachtender Gewalttaten⁹⁰ und die Antworten der regionalen Gesellschaft darauf mitbestimmt.

Es ist *eine Art außerparlamentarischer sozialer Bewegung* gegen das „System“, die Demokratie, gegen die etablierten Parteien (zu ihnen gehört im Lande auch mittlerweile die PDS) entstanden. Für viele Jugendliche ist „links“ gleichbedeutend mit etabliert bzw. Ort der offenen Abweisung und Ausgrenzung. Man selbst verortet sich eher „rechts“ und „deutschnational“.

Aus dieser „rechten“/„deutschnationalen“ Perspektive haben die bundesdeutsche wie die regionale Gesellschaft (wer auch immer in ihr regiert) die Spielregeln verletzt und den Regelbruch provoziert – durch unverständliche Gesetze, Skandale, keine Arbeitsplätze, Korruption, vorsätzlichen Betrug der Bürger, vermeintliche Begünstigung von Sozialschmarotzern und Asozialen oder dadurch, dass sie der Jugend „ein artfremdes Umfeld“ bieten.

Worin äußert sich der Regelbruch und der Protest jener Art außerparlamentarischer sozialer Bewegung von „rechts“? Man zerschneidet Kabel in Telefonzellen, schlitzt Polster in öffentlichen Verkehrsmitteln auf, beschmiert Wände mit rechten Parolen, zündet Wohnheime wie beim weltweit beachteten Auftakt in Rostock-Lichtenhagen⁹¹ oder Kleinunternehmen von Ausländern an. Ausländer und Linke werden gejagt, Obdachlose als „Asoziale“ erschlagen,

89 Rede des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Harald Ringstorff anlässlich des II. Programmkongresses des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern am 01. Juli 2000 in Güstrow „Mecklenburg-Vorpommern: ein soziales Land“, Redemanuskript, S. 2.

90 In der Länderstatistik nimmt Mecklenburg-Vorpommern hinter Sachsen-Anhalt den zweiten Platz im Bundesgebiet ein.

91 Am 22. August 1992 begannen in Rostock-Lichtenhagen vor einem Asylbewerberheim schwere Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher, die fünf Tage andauern sollten. Die Bilder gingen durch die Welt. Der zurückhaltende Einsatz der Sicherheitskräfte stieß im In- und Ausland auf heftige Kritik.

inländische Touristen auf Campingplätzen überfallen, verjagt oder an Erholungsplätzen terrorisiert

Den (meist jugendlichen) Trägerpotenzialen dieser „außerparlamentarischen Bewegung“ im Mecklenburg-Vorpommern ist es freilich weder gelungen, den Nationalsozialismus auf der Straße zu legalisieren noch entsprechende Parteien parlamentarisch zu etablieren. Die linksliberalen und sozialistisch orientierten Angehörigen der Elterngenerationen haben einerseits große Probleme, gegen diese Formen von Protest und nihilistischer Selbstbestätigung zu intervenieren. Sie stehen ihnen einigermaßen hilflos gegenüber. Andererseits können sich die Akteure jener demokratieverachtenden, sozialdarwinistischen und rassistischen Bewegung weniger in ihren Brandstiftungen und Gewalthandlungen als in den dahinter stehenden sozialen Ängsten wie pervertierten Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen zumindest partiell auf ein heimliches Einverständnis ihrer Umwelt berufen. Daran vermochte auch die Bildung der rot-roten Koalition als solche nichts grundlegendes zu ändern. Die Existenz- und Ausdrucksformen der demokratieverachtenden, rassistischen und menschenverachtenden Unterströmung in der regionalen Gesellschaft wurde durch die Koalitionsbildung nicht tangiert.

Dimensionen der rechtsextremistischen Gefahr, Ursachen und wirksame Gegenstrategien waren und sind ein Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung geblieben. Doch im Verlaufe des Jahres 2000 zeichnete sich regional ein neuartiger Konsens der Demokraten innerhalb wie außerhalb des Parlamentes ab, für ein weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern aktiv einzutreten. Unterschwellig wächst die Einsicht, dass sich die drei Parlamentsparteien gegenüber jener Unterströmung in der regionalen Gesellschaft im selben Boot befinden. Noch zu oft wird das aber angesichts der gegenseitigen Polemik nicht bemerkt.

In einem Diskussionspapier der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vom Juni 1998 werden weitere Merkmale des politischen Klimas im Lande umrissen, deren Spuren das politische Klima und die Streitkultur in der dritten Wahlperiode (1998-2002) mit bestimmen:

d) Verschärfende Form der öffentlichen Auseinandersetzung

„Unabhängig von Wahlkampfzeiten hat die verschärfende Form der öffentlichen Auseinandersetzung nach der Wende dominiert. Aktuelle Streitthemen wurden und werden mit immer härteren Bandagen ausgetragen. Beispielhaft kann hier der Konflikt um Enteignungen zwischen 1945 und 1949, die Vergangenheitsbewältigung, der Verteilungskampf und der Erhalt industrieller Kerne sowie die angespannte Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt angeführt werden. Pragmatische Lösungen blieben vor der Übermacht ideologischer Grabenkämpfe immer öfter schon von vornherein auf der Strecke. Systematisch ist das Klima und der Umgangston auf diese Art und Weise vergiftet worden...“⁹²

e) *Der Wertekonsens* im Lande ist relativ schmal

„In einem Land, in dem sich regionale und ostdeutsche Identität die Waage halten, in dem die Erfahrungen aus der Zeit vor und nach der Wende den Lebensalltag der Menschen immer noch stark beeinflussen und die Zukunft unserer Demokratie mit Skepsis betrachtet wird, muss die Frage nach Visionen zwingend mit dem konstruktiven und öffentlichen Streit um die gemeinschaftlichen Fundamente unserer Gesellschaft verbunden werden. Wir brauchen ... nicht nur mutige Perspektiven und Menschen..., wir brauchen auch einen grundlegenden Wertekonsens und ein gesellschaftliches Klima, die uns die Kraft dazu verleihen..., die Courage zum Umdenken...“⁹³

92 Mecklenburg-Vorpommern im Imagewandel. Diskussionspapier der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, Juni 1998, S. 17 – Hervorhebungen von mir – T.K.

93 Ebenda, S. 20.

f) Zu den Kennzeichen des politischen Klimas im Lande gehört freilich auch das in allen Parteien verbreitete *Unbehagen über dessen Beschaffenheit*

Es ist daher kein Zufall, dass die rot-rote Koalition „Versöhnung und Gerechtigkeit“ (neben Arbeit) als eine Grundintention ihrer Regierungsarbeit hervorgehoben hat:

„Ohne sie (Versöhnung – d.A.) wird es uns kaum gelingen, unsere Zukunft positiv zu gestalten. Denn die Kraft, die wir zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und zum Aufbau unseres Landes brauchen, gewinnen wir nicht durch Spaltung und Polarisierung. Kraft gewinnen wir nur, indem wir aufeinander zugehen und uns gemeinsam an die Arbeit machen“.⁹⁴

Für die Opposition hat sich der Alterpräsident Herbert Helmrich (CDU) in der konstituierenden Sitzung des Landtages der 3. Wahlperiode (26.10.98) für eine Wende ausgesprochen:

„Unser Streit darf nicht zum Glaubenskrieg entarten und nicht mit Vernichtungswillen geführt werden“.⁹⁵

Abschließend plädierte er für eine Tugend, mit der die Parlamentarier zu innerem Frieden, Konsens der Demokraten und zum besseren Ansehen der parlamentarischen Institution beitragen könnten:

„Sie besteht darin, dass wir uns gegenseitig zubilligen müssen, dass sich auch der andere um das Gemeinwohl bemüht...“⁹⁶

Doch ungeachtet der zitierten Diagnosen, Mahnungen und Vorsätze zur (Un)Kultur des politischen Streits, die eigentlich alle Seiten mittragen können, ist es auch in der 3. Wahlperiode wiederholt zu massiven Verstößen innerhalb wie außerhalb des Landtages gekommen.⁹⁷

g) Zeichen einer neuen Zurückhaltung gegenüber dem politischen Partner und Konkurrenten sind immerhin erkennbar

Die SPD hat aus der Koalitionserfahrung mit der CDU einiges gelernt: wengleich die Koalition zwischen SPD und PDS keineswegs spannungsfrei ist, gehen die Koalitionspartner insgesamt anders miteinander um als CDU und SPD zwischen 1994 und 1998. Dass Ringstorff ohne Not und im Alleingang im Mai 2001 den Koalitionspartner entschieden brüskierte, relativiert diese Einschätzung freilich beträchtlich. SPD und PDS verstehen sich als Partner und Konkurrenten. Eine Koalition eingehen, heißt für beide Partner, Vertrauen zu gewähren und zu schaffen. SPD und PDS können als Partner und Konkurrenten sehr wohl zu einem produktiven Verhältnis finden. Das zeigen die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre deutlich. Allerdings rückt nunmehr der Landtagswahltermin 2002 stärker in den Blick als in der ersten Hälfte der Legislaturperiode. Und es wird sich erweisen, wie stark die Partnerschaft ist.

94 Ein Jahr nach dem Regierungswechsel in Mecklenburg-Vorpommern. Arbeit Gerechtigkeit Versöhnung. Erste Schritte auf dem richtigen Weg. Leistungsbilanz der SPD-PDS-Koalition in Stichworten, Staatskanzlei 1999, S. 3.

95 Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern 8(1998)7, S. 6.

96 Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern 8(1998)7, S. 6.f. – Hervorhebung von mir – T.K.

97 Dafür steht der Eklat am Ende des 18. Tagesordnungspunktes in der Landtagssitzung am 4. März 1999. „Nach seiner Rede zum Thema " Härtefallkommission " weigerte sich der CDU-Abgeordnete Reinhardt Thomas, eine Frage des PDS-Abgeordneten Monty Schädel zu beantworten. Thomas begründete seine Weigerung damit, dass Schädel nach seiner Meinung Verständnis für Extremisten zeige - womit er auf Äußerungen Schädel zu den Aktivitäten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK anspielte. Die PDS-Abgeordnete Annegrit Koburger reagierte darauf mit dem Zwischenruf. "So redet ein Faschist!" Nach mehreren Beratungsauszeiten, einer Sitzung des Ältestenrates und Diskussionen im Plenum zog die CDU alle ihre bis dahin unbehandelten Anträge zurück und verließ den Plenarsaal Die Sitzung wurde ohne Beteiligung der Unions-Fraktion fortgesetzt. (Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern 9(1999)2, S. 28.).

Auch die CDU hat aus den Koalitionsquerelen mit der SPD zwischen 1994 und 1998 Schlussfolgerungen gezogen, die mit Blick auf den Wahltermin 2002 an Gewicht gewinnen könnten, nämlich, die Oppositionsarbeit so anzulegen, dass eine Kooperation (Große Koalition) mit der SPD nach 2002 nicht verhindert wird. Darauf wird noch zurückzukommen sein (vgl. Abschnitt 3.3.1).

Allerdings erweisen sich die Regeln, Reviere und Rituale der Konkurrenzdemokratie vielfach stärker als rationale Erwägungen der CDU-Landesspitze. Ferner befindet sich die Landes-CDU gegenüber der auf Landesebene mitregierenden PDS in einer Konstellation, die unerschwellig ein entkrampfteres Verhältnis zwischen CDU und PDS ebenso fordert wie fördert. Zunächst deshalb, weil sich die PDS an der Küste seit 1990 als eine einflussreiche Kraft präsentiert, die keineswegs verschwindet und weil die PDS Regierungspartei ist. Sodann sind beide Parteien daran interessiert, Wähler der jeweils anderen für sich zu gewinnen. Dies können sie nur mit einiger Aussicht auf Erfolg tun, wenn sie sich auf die Realitätsdeutungen und Politikangebote des Konkurrenten einlassen. Schließlich stehen CDU und PDS im Unterschied zur SPD in einem Dreiparteiensystem vor dem Problem, wie sie jeweils das Spektrum ihrer politischen Optionen erweitern und ihre strategische Unabhängigkeit wahren können.

Politiker der PDS haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die PDS strategisch nur einen potenziellen Partner unter den politischen Parteien hat – die SPD.

Ob freilich die Substanz für eine gemeinsame gesellschaftliche Reformpolitik gegeben ist und trägt, hängt vom politischen Kurs beider Parteien im Lande und im Bund ab. Maßgeblicher Politiker beider Landesparteien haben sich zur Halbzeit der Wahlperiode für eine Fortsetzung der Koalition nach 2002 ausgesprochen. Dabei lässt die Landes-SPD an ihrer Loyalität gegenüber Politik der Bundesregierung keinen Zweifel aufkommen, deren Politik aus der Perspektive der PDS im Bund wie im Land recht kritisch beurteilt wird.

Bei der Bilanzierung der PDS-Regierungsbeteiligung haben manche Kritiker aus der PDS mit Verwunderung registriert, dass weder die Bundes-PDS noch die Landes-PDS die Parteispendenaffäre der CDU zu einem Generalangriff gegen die Konservativen genutzt haben. Die Zurückhaltung hat zwar mit der Regierungsbeteiligung der PDS nichts zu tun, dennoch ist sie eine Komponente des politischen Klimas im Lande. Als demokratische sozialistische Partei mit bundesweitem Anspruch kann die PDS kein Interesse daran haben, jene eingangs skizzierte demokratieverachtende Strömung durch eine eindimensionale Ausschlichtung des CDU-Parteispendenskandals zu nähren.

h) Außerparlamentarische Opposition gegen und außerparlamentarische Bewegung für die rot-rote Koalition

Für eine Mitte-Links-Reformpolitik ist es wichtig, dass sie sich ebenso auf Mehrheiten im Parlament wie auf eine starke außerparlamentarische Bewegung stützen kann. Eine solche Bewegung fungiert *im idealtypischen Falle* als solidarische Stütze wie als kritisches Druckpotenzial.

Die Konturen und sozialen Träger der *außerparlamentarischen Opposition* haben sich mit der Koalitionsarchitektur 1998 verändert. Sie wird gebildet und organisiert von CDU-nahen Vereinigungen, Unternehmerverbänden, Kirchen und der Boulevardpresse. Die Koalition erfährt hingegen Unterstützung, solidarische Kritik und auch Druck von Gewerkschaften und Sozialverbänden. Die außerparlamentarische Unterstützung für die Koalition ist verhaltener als die

außerparlamentarische Opposition gegen die Koalition. Der größte Druck auf die Koalition geht von außerparlamentarischen Kräften – Verbänden und Initiativen – aus. Demonstrationen spielen eine geringe Rolle.⁹⁸

Zwar fand und findet die rot-rote Koalition beispielsweise in den Gewerkschaften, im Arbeitslosenverband, in Umweltverbänden kritische und solidarische Begleiter, die in der Öffentlichkeit auch entsprechend auftreten, doch ist es weder bei der Etablierung der SPD-PDS-Koalition noch im Verlaufe ihrer bisherigen Amtszeit zur Genese eine starken, die Koalition gleichermaßen stützenden wie vorantreibenden außerparlamentarischen Bewegung in Mecklenburg-Vorpommern gekommen.

Darunter leidet in erster Linie die PDS, nicht aber die SPD. Zum einen können sich PDS-Initiativen nicht auf den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt berufen, der den Koalitionspartner SPD veranlassen könnte, sie mitzutragen. Zum anderen fordern innerhalb der PDS grundsätzliche Kritiker der Regierungsbeteiligung bzw. ihres bisherigen Ertrages („die Partei ist zu stark parlaments- und regierungsorientiert“) dazu auf, eine Gegenbewegung gegen die eigene Koalition zu organisieren, „Druck von links“ zu machen. Die notwendige Klärung innerparteilicher Konflikte innerhalb der PDS wiederum absorbiert Kräfte und Mittel, sie tangiert mithin auch die Politikfähigkeit der PDS.

2.3 Der Landtag als Ort der politischen Willensbildung und Arena öffentlicher landespolitischer Kommunikation

In diesem Abschnitt werden theoretische Verallgemeinerungen und empirische Befunde über politisches Klima und Öffentlichkeit mit Blick auf den Schweriner Landtag, mithin auf ein eingegrenztes, aber in das Land ausstrahlendes Feld, vorgestellt und diskutiert.

2.3.1 Ergebnisse und Spezifika des Landtages in der 3. Wahlperiode

Die Statistik zur Landtagsarbeit in den drei Legislaturperioden verweist zunächst – ablesbar an der Zahl der verhandelten und verkündeten Gesetze – auf einen exponierten Regulierungsbedarf in der 1. Wahlperiode, der sich dann in der 2. und 3. Wahlperiode erheblich verringert hat. Auch in den anderen (siehe Tabelle 15) erfassten Kategorien parlamentarischer Arbeit (nach der Anzahl der Plenarsitzungen, der kleinen und großen Anfragen) reichen die in etwa ähnlichen Quantitäten der 2. und 3. Wahlperiode bei weitem nicht an die der 1. Legislaturperiode heran.

98 Vgl. Helmut Holter: Zuarbeit für UAG „Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der Regierungsbeteiligung der PDS in MV...“ vom 27.04.2000, S. 2.

Tabelle 15: Statistik Landtag Mecklenburg Vorpommern – erste bis dritte Wahlperiode

	1. Wahlperiode (nach Abschluss) (1990-1994)	2. Wahlperiode (nach Abschluss) (1994-1998)	3. Wahlperiode (anteilig: Stand 18.12.2000) (1998-2002)
Plenarsitzungen insgesamt	109	92	51
Gesetzentwürfe	228	117	53
Verkündete Gesetze	195	95	36
Große Anfragen	27	13	6
Kleine Anfragen	1374	1356	515
Untersuchungsausschüsse	3	3	1

Quelle: Landtag MV, Parlamentarische Informationsdienste

In allen drei Wahlperioden gehen Gesetzesinitiativen in hohem Maße von der Exekutive aus.

Im Verlaufe der drei Wahlperioden hat sich zudem (wie Stichproben ergaben) die durchschnittliche Zeitdauer der Plenarsitzungen verringert – von der ersten zur zweiten und dann noch einmal von der zweiten zur dritten. Offenbar war der Diskussionsbedarf in der 1. Legislaturperiode besonders hoch, zumal es sich um ein Parlament „engagierter Laien“ (siehe dazu den Abschnitt über die Sozialprofile der Abgeordneten) handelte. Im Verlaufe der Wahlperioden sind einmal die der parlamentarischen Debatte im Plenum vorgeschalteten Abstimmungsgremien (Fraktionen, Ausschüsse usw.) wichtiger geworden, in denen die eigentlichen Entscheidungen vorbereitet werden und fallen. Zum anderen haben die Parlamentarier, die über mehrere Wahlperioden ihr Mandat behaupteten, Routinen ausgebildet und an Professionalität gewonnen.

Die herausragende quantitative Bilanz der Gesetzgebung des 1. Landtages und in den anderen erfassten Kategorien findet ihre Erklärung darin, dass in den 1990 wieder errichteten Ländern die Landeskompetenzen überhaupt zu regeln, auszugestalten und viele Grundsatzentscheidungen zu treffen waren. Darin liegt die Spezifik der 1. Legislaturperiode.

Und dieser Umstand vermochte die erheblichen Kompetenzverluste, die die Landesparlamente im Verlaufe der Geschichte der Bundesrepublik hinnehmen mussten, sowohl zu überlagern als auch zu kaschieren. Erich Iltgen, der Präsident des sächsischen Landtages, bekannte unlängst (1998), dass die Funktionsverluste der Landesparlamente „die ernsthafte Frage nach ihrer Existenzberechtigung und damit nach der Existenzberechtigung der Eigenstaatlichkeit der Länder überhaupt“ aufwerfen.⁹⁹

Nachdem aber das mit der Wiedererrichtung des Landes aufgegebenes Pensum erfüllt worden ist, halbierte sich in der 2. Legislaturperiode die Anzahl der verabschiedeten Gesetze.

Dennoch zeichnete sich bereits in der 2. Wahlperiode eine Akzentverschiebung in der Gesetzgebungstätigkeit ab: „Mit der 2. Legislaturperiode haben sich die Schwerpunkte verändert.

⁹⁹ Ulrich Karpen (Hg.): Zum gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, 1998, S. 279, zit. nach Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000, S. 101.

Nicht mehr die Schaffung, sondern die Änderung und Ergänzung von Gesetzen steht im Vordergrund.¹⁰⁰

Diese Tendenz setzt sich in der 3. Wahlperiode fort, in der jedoch erstmals im Lande und auch in der Geschichte der Bundesrepublik eine SPD-PDS-Koalition Regierungsverantwortung übernahm.

Müsste sich aber nicht der politische Anspruch der neuen SPD-PDS-Koalition qualitativ in einem veränderten „Geist der Gesetze“ und quantitativ als erhöhter Regulierungsbedarf, im Anstieg der Gesetzgebungstätigkeit widerspiegeln?

Wenn man die quantitative Bilanz der Gesetzgebungstätigkeit der 3. Wahlperiode auf der Basis der bis zum 31.12.2000 verkündeten Gesetze (dem Ende des Beobachtungszeitraums dieser Studie) auf die gesamte Wahlperiode (1998-2002) hochrechnet, dann dürfte sie (unter sonst gleichen Bedingungen) das Maß der vorangegangenen erreichen. Was aber heißt das, worauf verweist das? Ist der Landtag der dritten Wahlperiode ein „faules Parlament“, die Koalitionsregierung eine „faule Regierung“ wie gelegentlich aus CDU-Kreisen zu vernehmen ist?

Zunächst einmal wird der unbefangene Beobachter der neuen Koalition eine Einarbeitungsphase zugestehen, in der sie sich mit Gesetzesinitiativen zurückhielt. Sodann legt die politische Würdigung der Statistik der Landtagsarbeit in der 3. Wahlperiode folgende Erwägung nahe:

Soll der Anspruch an eine neue, andere Politik am statistischen Output der Landtagsarbeit verifiziert oder widerlegt werden, dann ist nicht nur die bloße Anzahl der Neuschöpfungen, die der geänderten und ergänzten Gesetzen belangvoll. Nicht minder wichtig ist ein verändertes Handhaben weiter geltender Gesetze. Letzteres kann die präsentierte Statistik der Landtagsarbeit naturgemäß nicht erfassen. Die Spezifik der Gesetzgebungstätigkeit in der 3. Legislaturperiode liegt in der Novellierung von Gesetzen, die nicht zuletzt durch veränderte politische Mehrheiten möglich wurde. Es werden aber auch neue Gesetze wie z.B. das Bildungsfreistellungsgesetz oder das Standardöffnungsgesetz initiiert.

Doch die tendenziell rückläufige Gesetzgebungstätigkeit, die die Statistik über die drei Wahlperioden belegt, verdient es ebenso, beachtet zu werden. Sie zeugt zunächst einmal auf ihre Weise durchaus von konzeptionellen, in der Komplexität der Sachverhalte liegenden Schwierigkeiten der Regierung und der Koalition, ihre politischen Intentionen unter den gegebenen Bedingungen mit Gesetzesinitiativen zu untermauern und dem herrschenden „Verbundföderalismus“ Gestaltungsmöglichkeiten abzugewinnen. Ungeduldige und Oppositionspolitiker sprechen von „Entscheidungsschwäche“ oder gar von einer „faulen Regierung“. Urteile wie diese greifen insofern zu kurz, als das Parlament Mecklenburg-Vorpommerns hinsichtlich der Anzahl der behandelten und der verkündeten Gesetze hinter anderen – alten wie neuen – Bundesländern keineswegs zurücksteht. Das im Laufe der Zeit geringer gewordene Gesetzgebungsprogramm der Länder insgesamt (unabhängig von ihrer jeweiligen Koalitionsarchitektur) verweist vielmehr auf Grenzen landespolitischer Gestaltungsmöglichkeiten, mithin auf

100 Rainer Prachtl: Die Schwerpunkte haben sich verändert, in: Landtagsnachrichten 6(1996)8, S. 2.

Entwicklungsprobleme des bundesdeutschen Föderalismus und wirft die Frage nach seinen Perspektiven auf.^{101/102}

Lange bevor Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland errichtet worden ist, ist der Raum, der den Ländern für die Gesetzgebung geblieben ist, durch Bundesgesetze und in wachsendem Maße EU-Regelungen eingeengt worden. Damit ging eine Aufwertung des Bundesrates einher. Denn die Länder haben der Gewichtsverlagerung in Richtung Bund nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass sie als Kompensation dafür Zustimmungsbefugnisse bei der Bundesgesetzgebung erhielten. Diese Kompensation führte aber innerhalb der Länder zu einem Machtzuwachs der Landesregierungen und Ministerpräsidenten auf Kosten der Landesparlamente. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist Sache der Landesregierungen, nicht der Landesparlamente. Im Bundesrat sind die Landesregierungen nicht so sehr Landesorgane, sondern Mitglieder eines Bundesorgans, mithin laut Grundgesetz frei und nicht an Vorgaben ihrer Landtage gebunden. Auch das Etatrecht der Landesparlamente ist ein eher begrenztes. Beispielsweise werden die Länder durch die Gemeinschaftsaufgaben, die durch Bund und Länder gemeinsam zu planen und zu finanzieren sind oder durch andere Finanzhilfen, die von einer Eigenbeteiligung der Länder abhängen, zu Ausgaben genötigt, die sie von sich aus nicht in jedem Falle so oder zu anderen Zeiten getroffen hätten. Einschränkend auf die Etatrechte der Landtage wirken sich ferner die Zinslast auf die Staatsschulden aus sowie die Besoldung der Beamten, die durch Bundesgesetz und der Arbeiter und Angestellten, die über Tarifvereinbarungen geregelt wird, auf deren Maßgaben die Landesparlamente keinen Einfluss haben. Daher ist auf Landesebene das Setzen neuer und anderer Prioritäten nicht so ohne weiteres möglich.

Allerdings verdient auch die vom PDS-Fraktionsvize Ritter vorgetragene Kritik Beachtung, die sich auf die Ausfüllung der begrenzten Möglichkeiten bezieht:

„Im Landtag würden zu wenig Anträge der Regierungskoalition behandelt. Vorschläge der PDS befänden sich in der Warteschleife. So kam es, dass im November die oppositionelle CDU die Landtagswoche fast ausschließlich mit ihren Themen beherrschte. Ritters Kritik wird auch von der Fraktionsvorsitzenden Angelika Gramkow geteilt.“¹⁰³

Soweit sich das Feld aus der Außenperspektive übersehen lässt, wurde die Kritik an der Zurückhaltung der Regierungsfaktionen (genauer: an der deckelnden Praxis der SPD), mit eigenen Anträgen hervortreten, in dieser Form erstmals öffentlich geäußert. Und zweifellos hat Ritter, der sich um das Amt des Landesvorsitzenden der PDS bewerben will, die Mahnungen des jüngsten PDS-Landesparteitages (November 2000) an die Fraktion, mehr Profil zu zeigen, nicht vergessen.

101 Zur Debatte um Entwicklung und Perspektiven des deutschen Föderalismus siehe Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 13/199 26. März 1999, S.3-46.

102 Sehr kritisch urteilt von Arnim. Er konstatiert eine „wachsende Selbstaufgabe der Länder“. Vgl. Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000, S. 47-166.

103 Sanfte Erinnerung an die Kletten einer Koalition. Im „Prima-Klima-Klub“ wird über Bodenreform und PDS-Anträge gestritten, Neues Deutschland vom 13. Dezember 2000, S. 5.

Doch ist die beanstandete Enthaltensamkeit der Regierungsfractionen wohl nicht erst in jüngster Zeit zu verzeichnen. In der PDS-Fraktion ist wesentlich früher darüber reflektiert worden¹⁰⁴, dass sich beide Regierungsfractionen von einem unterschiedlichen Rollenverständnis leiten lassen. Das der SPD-Fraktion zugeschriebene Verständnis der eigenen Rolle verträgt sich nicht nur mit einer Zurückhaltung bei eigenen Anträgen, sondern gebietet sie. Mit der Vorstellung der PDS-Fraktion von der eigenen Rolle hingegen ist jene Zurückhaltung schlecht vereinbar.

In der (anteiligen) Landtagsstatistik für die dritte Wahlperiode Mecklenburg-Vorpommerns spiegelt sich mithin sowohl die längerfristig wirkende tendenzielle Erosion der Länderkompetenzen (von Arnim: „Niedergang der Landesgesetzgebung“, „kumulativer Auszehrungsprozess der Landesparlamente“¹⁰⁵), die in der dritten Wahlperiode voll durchschlägt, als auch die skizzierte Zurückhaltung, das vorsichtige Agieren der Regierungsfractionen selbst.

2.3.2 Der Landtag als Adressat von Hoffnungen, Forderungen und Ängsten von Bürgern und Interessengruppen

– Demonstrationen vor dem Schloss

Der Platz vor dem Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages, war und ist in allen drei Wahlperioden an Sitzungstagen des Landtages ein bevorzugter Ort für Demonstrationen von Bürgern und Interessengruppen, die auf diese Weise landespolitische Entscheidungen zu beeinflussen suchen. Im Verlaufe der Wahlperioden hat indes die Demonstrationsintensität wie die Zahl der Teilnehmer sichtlich nachgelassen. Im Beobachtungszeitraum (zweite Hälfte des Jahres 2000) waren es nicht zuletzt Gewerkschaften und Sozialverbände, die den Landtag und die Regierung zu beeinflussen suchten.

– Fachausschüsse und Fraktionen als Adressat von Bürgeranliegen

Bürger und Interessengruppen wenden sich mit ihren Anliegen und Forderungen an Parlamentsausschüsse oder/und die Fraktionen ihres Vertrauens. Eine wichtige Form der landespolitischen Willensbildung des Landtages bzw. seiner Ausschüsse sind auch Anhörungen zu bestimmten Politikfeldern/ Problemen. Diese mit dem Landtag verbundenen Formen der politischen Kommunikation werden von Experten für weit wichtiger gehalten als etwa Demonstrationen oder Petitionen. Da aber die Ausschusssitzungen in der Regel nicht öffentlich sind und auch eine eingehende Befragung der Fraktionen über die an sie von Bürgern und Interessengruppen herangetragenen Anliegen in dieser Projektphase den Bearbeitern nicht möglich war, muss an dieser Stelle der Verweis genügen.

Immerhin aber vermittelt der Dokumentarfilm „Demokratie im Schloss - Das Schweriner Landesparlament bei der Arbeit“ (2000) von Thomas Schadt und Peter Schmidt aufgrund einer Sondergenehmigung zwar selektive, aber überaus lebendige Einblicke in die Ausschussarbeit. Die überragende Gestalt des Films ist zweifellos Angelika Gramkow.

– Petitionen an den Petitionsausschuss des Landtages

104 Vgl. Diskussionsmaterialien und Zuarbeiten zur „AG-Bilanz zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern“ vom Frühjahr 2000. Ebenso kam das unterschiedliche Rollenverständnis beider Regierungsfractionen auf einer Klausurtagung der PDS-Fraktion im August 2000 zur Sprache.

105 Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000, S.66, S. 92.

Das Petitionsrecht gehört zu den in der Landesverfassung verankerten Rechten der Bürger. Wer es in Anspruch nimmt, tritt in Kontakt mit einem parlamentarischen Gremium. Der Petitionsausschuss ist mithin ein Bindeglied zwischen Bürgern, Parlament und Landesregierung, das eine schnelle Rückkopplung über die Auswirkungen von gesetzgeberischen Entscheidungen und Verordnungen der Landesregierung auf die Bürger ermöglicht.¹⁰⁶

Freilich ist die aufwendige Tätigkeit der Petitionsausschüsse des Bundestages wie der Landesparlamente nicht unumstritten. Hans Herbert von Arnim meint – und das ist eine der spezifisch westdeutschen Perspektiven, die in der ostdeutschen Zweidrittelgesellschaft kein Verständnis finden *können* –, ihre Funktion sei nicht mehr recht erkennbar, seitdem das Grundgesetz (Art. 19 Abs. 4 GG) den Bürgern die Klagemöglichkeit gegen alle sie belastenden staatlichen Maßnahmen garantiere. Umgekehrt drohe das Petitionsrecht zum politischen Einfallstor zu werden, mit dem die Unabhängigkeit und Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns beeinträchtigt werden könnte.¹⁰⁷

Tabelle 16: Anzahl der Petitionen von 1990 bis April 2000 in Mecklenburg-Vorpommern

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁰⁸
32	711	1198	845	623	711	723	593	580	502	182

Quelle: Petitionswesen Mecklenburg-Vorpommern. Zur Arbeit des Petitionsausschusses des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1999, S. 79; Landtagsnachrichten MV 10(2000)3, S. 7

Die Tabelle vermittelt nur ein ungefähres Bild der Zahl der Bürger, die vom Petitionsrecht Gebrauch machen. Statistische Ungenauigkeiten ergeben sich einmal daraus, dass nicht immer exakt das Kalenderjahr Basis der Berichterstattung des Petitionsausschusses war. Ferner wird zwischen Petitionen, Mehrfachpetitionen, Sammelpetitionen und Massenpetitionen unterschieden. 1999 hatten sich beispielsweise 2.141 Bürger an den Petitionsausschuss gewandt, deren Anliegen sich in der Tabelle statistisch zu 502 Eingaben verdichteten.

Im Zeitverlauf von 1990-1999 kam es zu einer Schwerpunktverlagerung der Anliegen und nach einem Anstieg zu einem Rückgang der Anzahl der Petitionen.

Der stetige Rückgang der Petitionen bedeutet auch, dass sich weniger Bürger als zuvor mit Anliegen an den Petitionsausschuss wenden, die keine Petitionen im Sinne des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes von 1991 bzw. 1995 sind und deren Anzahl in den ersten beiden Wahlperioden recht hoch war. Dieser Sachverhalt lässt sich interpretieren als tendenzieller Zuwachs an Regelwissen. Die gesunkene Zahl der Eingaben steht aber auch dafür, dass Bürger andere Instrumente nutzen, um ihre Interessen und Anliegen zu verfolgen.

Sind die Einreicher und die inhaltlichen Schwerpunkte der Eingaben bei einer rot-roten Regierung andere als zuvor und/oder werden sie anders bearbeitet? Es spricht vieles dafür, dass Einreicher, Eingaben und ihre Bearbeitung sich *nicht* nach der Koalitionsarchitektur richten, sondern sich in der 3. Wahlperiode bereits vorher abzeichnende Trends fortschreiben:

106 Vgl. Rede zur Berichterstattung des Vorsitzenden des Petitionsausschusses Friedbert Grams zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 1999, in: Petitionswesen Mecklenburg-Vorpommern. Zur Arbeit des Petitionsausschusses des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1999, S. 96.

107 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München 2000, S. 95.

108 Bis 30.04.2000.

Bei den Eineichern besteht nach wie vor eine Asymmetrie zwischen den Geschlechtern. Frauen sind weniger petitionsfreudig. 1999 wurden 25% der Eingaben von Frauen, 64,5% der Petitionen von Männern und 10,5% von Organisationen und Institutionen gestellt. Unverändert sind auch die regionalen Schwerpunkte geblieben: an der Spitze (Zahl der Eingaben pro 10.000 Einwohner) stehen nicht die großen Städte, sondern noch vor ihnen die Landkreise Uecker-Randow und Güstrow (die wenigsten Eingaben entfallen auf Nordwestmecklenburg, Demmin und Ostvorpommern).

Die Zahl der Petitionen hat gegenüber 1998 um 13,5% abgenommen. Rückläufig ist die Zahl der Eingaben zu Arbeitnehmerfragen, Vermögens- und Bauangelegenheiten. Zuwächse hat es 1999 im Justizwesen (Maßregelvollzug, Beschwerden über Gerichte) sowie im Bereich des Sozialministeriums gegeben (Pflegeversicherung, diesbezügliche Einstufungen und Kostenbeteiligungen an Investitionen, Sozialhilfebescheide, die Zuzahlung bei Medikamenten, die Budgetierung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten).

„Es muss festgestellt werden, dass auch im Berichtszeitraum 1999 viele Beschwerden beim Petitionsausschuss eingegangen sind, die sich mit der Gebühren- und Beitragsentwicklung in den Kommunen befassen... (Und) immer noch typisch ostdeutsche Themen Anlass zur Abgabe einer Petition sind.“¹⁰⁹

Dazu gehören offene Vermögensfragen, Probleme, die die einmalige Zuwendung nach dem Vertriebenengesetz bereitet, Fragen der Rehabilitierung und des Rentenüberleitungsgesetzes.

– Besucher im Landtag (Gästetribüne)

Die Web-Seite des Landtages weist 8.489 Besucher allein für die Zeit vom 31.08.2000 bis Mitte Dezember 2000 aus. Im Beobachtungszeitraum lassen sich drei Hauptgruppen von Besuchern unterscheiden, die den Sitzungen des Landtages auf der Besuchertribüne folgten:

1. Schülergruppen in Begleitung ihrer Lehrer,
2. Seniorengruppen,
3. von den jeweiligen Verhandlungsgegenständen unmittelbar betroffene Interessengruppen.

– Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Landtages

Das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtages ist u.a. zuständig für die Landespressekonferenzen, den Medienspiegel Mecklenburg-Vorpommern, die Landtagsnachrichten, das Handbuch für den Landtag und diverse Sachen, die schwer einzuordnen sind. Damit wirkt es einmal in regionale Öffentlichkeiten hinein und fungiert zugleich als Schnittstelle zwischen regionalen und überregionalen Öffentlichkeiten.

– Das Landtagsgeschehen – Gegenstand medialer Berichterstattung

Obwohl die mediale Berichterstattung über das Landtagsgeschehen nicht Gegenstand dieser Studie war, gilt es zumindest folgendes festzuhalten. Weil der Landtag ein Zentralort landespolitischer Kommunikation und -willensbildung ist, wird in den Print- und elektronischen Medien darüber berichtet. Die Berichterstattung ist freilich selektiv. Der NDR überträgt als Vier-Länderanstalt Landtagssitzungen *nicht* direkt (nur in Ausnahmefällen war das bisher der Fall). Es gibt indes kurze Aufzeichnungen, die im Regionalmagazin abends gesendet werden. Neuerdings kann man im Internet die Landtagssitzung verfolgen, das System ist technisch noch nicht völlig ausgereift und erlaubt weltweit zeitgleich nur relativ wenig Zugriffe.

¹⁰⁹ Petitionswesen Mecklenburg-Vorpommern. Zur Arbeit des Petitionsausschusses des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1999, S 98, 99.

In der Regel entscheiden journalistische Interessen und Zuständigkeiten über die Presse-Berichterstattung in den regionalen Medien. Allerdings gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen Zeitungen hinsichtlich des Umfangs und der Art und Weise der Berichterstattung über die Landespolitik: Unter den überregionalen Zeitungen berichtet »Neues Deutschland« regelmäßig über den Schweriner Landtag.

Sollten die wenigen Angaben den Landtag als zentralen Ort landespolitischer Willensbildung und zugleich als Arena landespolitischer öffentlicher Kommunikation mit einiger Ausstrahlungskraft in das Land einkreisen, so gilt nun das Interesse dem im Landtag waltenden politischen Stil.

3. Der politische Stil im Landtag – Design und Befunde der Politikstilanalyse

3.1 Warum Politikstilanalyse?

Um relativ dauerhafte politische Handlungsmuster der Art und Weise der Politikformulierung wie des Politikvollzuges zu bezeichnen, ist der politikwissenschaftliche Fachterminus „Politikstil“ eingeführt worden.

Die im Abschnitt 2.2 aufgeführten Wahrnehmungen und Annäherungen an das politische Klima im Lande legen eine Politikstilanalyse nahe, verspricht doch die nähere Identifizierung und Charakterisierung des waltenden politischen Stils *Rationalitätsgewinne*.

Politikstilanalyse kann empirisch beobachtbare politische Verhaltensweisen auf den Begriff bringen und unter Umständen kausale Aussagen über Einflussfaktoren sowie über Konsequenzen politischer Stile auf das politische Ergebnis beleuchten. Sie kann ferner die normativen Grundlagen und die Angemessenheit der aufgeführten direkten wie indirekten Erwartungen an die politische Streitkultur aufschließen. Und insoweit Politikstilanalyse dies tatsächlich leistet, ermöglicht sie politischen Akteuren, ihre Aktionen und Reaktionen ein Stück weit besser zu kontrollieren, kontraproduktive Effekte ihrer Handlungen zu vermeiden. Der Politikstil des Landtages lässt sich freilich leichter erschließen und beschreiben als das politische Klima im Lande. Daher ist hier vordergründig der Landtag Gegenstand der Politikstilanalyse.

Politikstil als abhängige und als unabhängige Variable

Politikstilanalyse zielt darauf, dauerhafte Handlungsmuster der Problembearbeitung oder Konfliktregulierung zu bestimmen. Dabei fungiert Politikstil einmal als *abhängige Variable*. Insoweit sich dauerhafte Handlungsmuster der politischen Problembearbeitung oder Konfliktregulierung herausgebildet haben, können für sie maßgebende Faktoren benannt werden (Sozialprofile der Abgeordneten, sozioökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen, die Art und Weise, wie die Akteure sie nutzen, Einfluss tradierter Werte und Verhaltensweisen). Ziel der Politikstilanalyse im Rahmen der Teilstudie ist es, solche Muster und sie bedingende Faktoren zu identifizieren. Zum anderen wird Politikstil als *unabhängige Variable* verstanden. Die zentrale Frage in dieser Hinsicht lautet (und sie wird ebenfalls im Rahmen der Teilstudie zu beantworten sein), ob identifizierbare Politikstile das materielle Resultat von Entscheidungsprozessen beeinflussen.¹¹⁰

Hinsichtlich des politischen Stils im Landtag von MV und der Faktoren, die ihn bestimmen, wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- a) Es gibt keine stil-lose Politik. Jeder Landtag der Bundesrepublik hat *seinen* politischen Stil, der empirisch zu rekonstruieren ist. Der waltende Politikstil in einem Landtag äußert sich an beliebigen Verhandlungsgegenständen.

¹¹⁰ Vgl. Lexikon der Politik. Herausgegeben von Dieter Nohlen; Bd 2 Politikwissenschaftliche Methoden. Herausgegeben von Jürgen Kriz/Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schulze, München 1994, S. 314.

- b) Der politische Stil materialisiert sich unter anderem in der Art und Weise, in der allgemeine Entwicklungen und bundespolitische Trends aufgegriffen, gebrochen, gemacht werden, ferner in der Resistenz gegenüber Trends bzw. ihrer Verstärkung.
- c) Der waltende politische Stil hängt nicht zuletzt von den Sozialprofilen der Abgeordneten und ihrer sozial-geographischen Herkunft, Rekrutierung und politischen Sozialisation ab.
- d) Der politische Stil hängt von den Interpretationen der Regeln, Reviere und Rituale der Konkurrenzdemokratie ab.

In Mecklenburg-Vorpommern besteht mittlerweile bei allen im Landtag vertretenen politischen Akteuren ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass Politikstile das materielle Resultat von Entscheidungsprozessen beeinflussen haben und beeinflussen. Das betrifft zunächst und vor allem die (Un-)Möglichkeit von Koalitionen zwischen den (drei) Parteien im Landtag

In der Regel wird über Koalitionen im Vor- und Umfeld von Landtagswahlen entschieden. Freilich ist eine einmal getroffene Koalitionsentscheidung faktisch einem „alltäglichen Plebiszit“ in der Landtags- und Regierungsarbeit unterworfen, das die gefällte Entscheidung immer wieder neu bestätigt oder aber zur Disposition stellt. Politiker beider Koalitionsfraktionen haben sich 1999, 2000 und 2001 unter Verweis auf politische Gemeinsamkeiten, zu bewältigende Aufgaben und auf stimmige Momente des politischen Stils im Umgang mit einander für eine Fortsetzung und Neuauflage der Koalition nach 2002 ausgesprochen. Dennoch hat Harald Ringstorff mit seinem Abstimmungsverhalten im Bundesrat die Koalition schwer belastet (siehe 1.7).

Unter der Überschrift „Parteichefin strebt nach Rückkehr an die Macht“ wird im Nordkurier die skizzierte Einsicht, dass Politikstile Koalitionsbildungen ermöglichen oder verhindern, aus der Perspektive der Landes-CDU reflektiert:

Mit Blick auf den Landtagswahlkampf 2002 „...schließt Steffie Schnoor nur eines kategorisch aus: ein Zusammengehen mit der PDS...weder er (Helmut Holter) noch seine Partei (sei) ein potenzieller Partner in einer künftigen CDU-Regierung...Anders sieht es da mit der SPD aus. Man mühe sich, so Schnorr,... den Spagat zwischen kraftvoller Opposition und Nichtverprellen eines denkbaren Koalitionspartners zu meistern. "Kritik in der Sache ja", verkündet sie ihr Rezept, "aber keine persönlichen Angriffe und Beleidigungen". Die nämlich könnten in zwei Jahren eine Große Koalition gefährden – so sie denn notwendig werden sollte.“¹¹¹

Politische Stile schlagen sich sodann in der Auffassung und Ausfüllung der Rolle als Regierungs- bzw. Oppositionsfraktion nieder.

Während die Opposition zwischen fundamentaler und sogenannter Bereichsopposition die Wahl hat sowie (im Falle der CDU) zwischen einer eher „Wirtschaftsinteressen“ oder stärker die der „kleinen Leute“ betonenden Politik, gibt es auch für Regierungsfractionen einen Spielraum, den SPD und PDS unterschiedlich ausfüllen.

Die Verhandlungen im Landtag lassen erkennen, dass Verstöße gegen den „politischen Anstand“ das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten auch und gerade dann beeinflussen, wenn weitgehender Konsens in der Sache besteht.¹¹²

111 „Parteichefin strebt nach Rückkehr an die Macht“, in: Nordkurier vom 01.08.00, S.4.

112 Vgl. die persönliche Erklärung des Abgeordneten Klaus Schier (SPD) gemäß § 51, Abs. 2 GO des Landtages zur Kosovo-Frage, in: Plenarprotokoll 3 Wahlperiode, 17 Sitzung 15.04.1999, S.706: „... wie Sie sicher alle wissen, bin ich einer derjenigen aus der SPD, die sich in der Öffentlichkeit klar und deutlich gegen den Einsatz der Nato-Truppen ausgesprochen haben... Ich habe auch gestern in der Fraktionssitzung

Schließlich materialisiert sich der waltende Politikstil in der (un)angemessenen Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung. Dabei wird erkennbar, ob sich die Kontrahenten (beispielsweise „Linke“ und „Konservative“) gegenseitig als Herausforderung begreifen oder sie den jeweils anderen weghaben wollen.¹¹³

3.2 (Empirische) Zugänge und Maßgaben der Politikstilanalyse

Tabelle 17: Zugänge

I. Frage/Aufgabe	II. Indikator (summarisch)	III. Zugang
1. Identifizieren parlamentarischer Handlungsmuster	1. Gesetze und verdeckte Geschäftsordnung des Landtages und ihre Praktizierung (Regeln, Reviere und Rituale)	1. Teilnehmende Beobachtung an Landtagsitzungen Juli bis November 2000 ¹¹⁴ // Auswertung von Plenarprotokollen (Stichproben aus der ersten Hälfte der 2. Und 3. WP nach Zufallsauswahl ¹¹⁵ // Kurzprotokolle der 3. Wahlperiode 1-51. Sitzung// Experteneinschätzungen// Auswertung des Dokfilms „Demokratie im Schloss“ von Thomas Schadt u. Peter Schmidt//
2. Sind die Muster von den Sozialprofilen der Abgeordneten abhängig?	2. Sozialprofile der Abgeordneten in der 2 u.3. WP und die Art und Weise des Agierens/Debattierens	2. Landtagshandbücher// wie unter III.1//
3. Beeinflussen Politikstile Entscheidungen?	3. Abstimmungsverhalten in Relation zum Konsens/ Dissens in der Sache// Wahrnehmung der Rolle der Mehrheitsfraktionen und der Opposition// (Un)Möglichkeit von Koalitionen/ die Koalitionsentscheidung als „alltägliches Plebiszit“	Wie unter III.1
4. Veränderte sich der Politikstil im Landtag gegenüber der 2. Wahlperiode?	Vergleich von Befunden über die 2. Und 3. Wahlperiode	auf der Basis der protokollarisch und in anderer Form produzierten Daten gemäß der Zeilen 1-3 der Tabelle

Um das in der Tabelle 17 recht schematisch und allgemein gehaltene Programm abarbeiten und umsetzen zu können, bedarf es einer Reihe untersetzender Kriterien und auch Interpretationsregeln zur Deutung der auf diesen Wegen ermittelten Einzelbefunde.

Eigens für die Zwecke dieser Studie wurde daher ein Raster von Maßgaben und Interpretationen entwickelt, was die definierten Indikatoren jeweils bedeuten und erhellen. Leser, die sich dafür interessieren, werden auf die Anlage 1 zu dieser Studie verwiesen. Für Schnellleser mag vielleicht die summarische Aufführung der verwendeten Indikatoren und Hilfsindikatoren

klar und deutlich erklärt, dass ich mit dem Antrag von Monty Schädel ... mitgehe.“ Als Schier dann aber im Fernsehen miterleben musste, wie der Kollege Schädel in der Sache Harald Ringstorff und die Landes-SPD als „Kriegstreiber“ bezeichnete, war ihm die Zustimmung zu dem Antrag nicht mehr möglich. Er enthielt sich.

113 Vgl. "Faschist" und "Extremist" Umstrittener Zwischenruf Grund für Auszug der CDU-Fraktion aus dem Plenum, in: Landtagsnachrichten MV 9(1999)2, S. 28-29.

114 Beobachtet wurden die Plenarsitzungen 3/42 (12.07.2000), 3/44 (20.09.2000), 3/46 (18.10.2000), 3/48 (15.11.2000). des Landtages.

115 Die Stichprobe umfasst folgende Textprotokolle der 2. Wahlperiode 2/10 (06.04.1995), 2/44 (18.06.1996), 2/50 (23.10.96) und aus der 3. Wahlperiode die Protokolle 3/17 (15.04.1999), 3/21 (23.06.1999), 3/25 (16.09.1999).

genügen, mit Hilfe derer der im Schweriner Landtag waltende Politikstil identifiziert worden ist.

Tabelle 18: Maßgaben der Politikstilanalyse

Raumordnung (Plenarsaal)/Kleiderordnung/ Bewegungen im Raum/Art der Beifalls- und Unmutsbekundungen
Dauer der Plenarsitzungen (in der Abfolge der Wahlperioden)
(wie) wird der zeitgeschichtlichen Kontext, in dem die jeweilige Plenarsitzung steht, von den Abgeordneten aufgerufen?
Wie oft und wobei schaltet sich das Landtagspräsidium ordnend in die Debatte ein? Wie verteilen sich die Interventionen/Ordnungsrufe des Landtagspräsidiums auf die Parteien in der Abfolge der Wahlperioden?
Faktizität und Geltung der Anwesenheitsnorm
Praktizieren der freie Rede
Rollentreue/Rollenabweichung der Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen im Abstimmungsverhalten/ Rollentreue/Rollenabweichung der Abgeordneten der Opposition bei Abstimmungen jeweils in Relation zur Gesamtheit der Abstimmungen und in der Abfolge von Wahlperioden / Rollendistanz über persönliche Erklärungen gemäß §51(2) GOLT
Muster des Parlamentarismus (Annäherung an eines von drei idealtypischen Mustern des Parlamentarismus bzw. Muster-mix)
Reflexionen über Normen parlamentarischen Verhaltens außerhalb von persönlichen Erklärungen der Abgeordneten sowie des Landtagspräsidiums nach Kategorien in der Abfolge der Wahlperioden

Auf der Basis der skizzierten Maßgaben/Kriterien werden Daten gewonnen, Textpassagen den gebildeten Kategorien zugeordnet und die Ergebnisse zunächst in tabellarischer und formalisierter Form festgehalten, quantifiziert, gleichsam ausgezählt und auf diese Weise Aufschlüsse über den waltenden Politikstil im Landtag gewonnen.

3.3 Befunde – Annäherungen an den politischen Stil im Landtag

Soweit sich die eigenen Erkundungen zum politischen Stil im Schweriner Landtag der 2. und 3. Wahlperiode auf der Basis der angeführten Maßgaben sowie der Stichprobe quantifizieren lassen, sind sie in der Abbildung 1 in tabellarischer Form aufgelistet. Die Angaben sind als Trendaussagen zu verstehen. Die nachfolgenden Abschnitte dienen ihrer Interpretation. Herangezogen werden freilich auch nicht-quantifizierbare Befunde zum Politikstil, die in die Übersicht nicht aufgenommen werden konnten.

3.3.1 Raumordnungen und Zeitdauer

Die Landtagssitzungen finden nach Plan in der Regel an zwei Tagen im Monat statt und sie sind grundsätzlich öffentlich.

Der nach der Wende renovierte rechteckige, helle und sonnendurchflutete Plenarsaal ist an seiner Stirnseite holzgetäfelt. Die Holztafelung erinnert an ein Strichcodemuster. Auf der dekorativen Wand prangt zur Türseite des Saales hin das Landeswappen. Zur Fensterseite hin heben sich die Flaggen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Mecklenburg-Vorpommern von der holzgetäfelten Wand ab. Die Gestaltungselemente Flaggen und Wappen finden sich in allen Landtagsplenarsälen. Vom Sitzungspräsidium und der Ministerbank sowie vom Rednerpult an der Stirnseite des Plenarsaals aus gesehen sitzen die Abgeordneten der PDS-Fraktion auf dem linken Flügel, in der Mitte die der SPD und rechts an der Fensterseite die der CDU. Abgesehen von aller historischen Symbolik *hat diese Sitzordnung insofern ihren Sinn als CDU und PDS in vielen Fällen die beiden Pole des landespolitischen Spannungsfeldes bilden*. Durch eine Barriere von den Sitzen der Abgeordneten getrennt, schließen sich die Presse- und dahinter die Besuchertribüne an.

Von der Möglichkeit, als Besucher an den Landtagssitzungen teilzunehmen, wird rege Gebrauch gemacht (vgl. Abschnitt 2.3.2). Die Besucher müssen sich freilich im Unterschied zu den Abgeordneten jeglicher Beifalls- oder Unmutsäußerungen enthalten und ihre Teilnahme am Landtagsgeschehen ist zeitlich auf eine knappe Stunde limitiert. In der Regel halten sich die Besucher auch daran. Nur in der Landtagssitzung Anfang 2001, in der die Auswirkungen der Bundeswehrreform auf Mecklenburg-Vorpommern verhandelt wurden, kam es zu Pfiffen und Beifallsbekundungen auf der Besuchertribüne.

Während der Plenarsitzungen finden erhebliche Bewegungen im Raum statt, die als Indikator für soziale Beziehungen stehen: von den Abgeordnetensitzen zum Rednerpult und zurück, von der Regierungsbank und den Abgeordnetensitzen zur Presse- und mitunter zur Besuchertribüne. Mitarbeiter des Landtages teilen Papiere aus oder übermitteln eine Nachricht. Und in regelmäßigen Abständen erfolgt ein Austausch auf der Besuchertribüne. Abgeordnete kommen und verlassen den Plenarsaal, nehmen kurzzeitig auf einem Sitz der Nachbarfraktion Platz, um etwas zu regeln. Die Bewegungen im Raum signalisieren zum einen, dass sich keine festgefügtten Blöcke unversöhnlich gegenüberstehen. Zum anderen besteht zwischen den Koalitionsfraktionen eine zwar größere, aber keineswegs übermäßige Beziehungsdichte.

Wie die umseitige Abbildung 1 (Zeile a-b) zeigt, hat sich die durchschnittliche Zeitdauer der Plenarsitzungen der 3. Wahlperiode gegenüber der 2. Legislaturperiode leicht verringert. Dies ist neben den im Abschnitt 2.3.1 reflektierten Gründen auch darauf zurückzuführen, dass die der eigentlichen Parlamentsdebatte vorgeschaltete nicht öffentliche Entscheidungsvorbereitung in den Ausschüssen und anderen Abstimmungs- und Entscheidungsgremien zugenommen hat.

Der Landtag arbeitet nach einer Geschäftsordnung¹¹⁶ aus dem Jahre 1991, die durch Beschlüsse des Landtages 1994 geändert und 1998 für die 3. Wahlperiode übernommen wurde, obwohl immer wieder mal Änderungsbedarf signalisiert wird. Die Geschäftsordnung regelt alle parlamentarischen Grundsituationen, schreibt aber weder den Abgeordneten noch den Besuchern eine Art Kleiderordnung vor. *Wie sich der einzelne Abgeordnete oder Besucher kleidet, ist ihm überlassen und tangiert die Würde des Hauses nicht.* Das Spektrum reicht von korrekter und dezenter Kleidung über betont modische bis hin zum Freizeitlook mit T-Shirt und Basecap. Auf der Besuchertribüne findet man gelegentlich auch Personen mit Berufsbeleidung oder in den Westen einer Gewerkschaft. Für die Atmosphäre im Landtag ist ein Mix aus Offenheit, Informalität und Regeldichte charakteristisch.

116 Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern Handbuch 3. Wahlperiode, Rheinbreitenbach 2000, S. 144-185.

Abbildung 1: Politischer Stil der 2. und 3. WP aus vergleichender Perspektive (Stichprobe Sitzungsprotokolle)

Maßgabe	Befunde der Stichprobe (Protokolle n= 3) aus 2. Wahlperiode mit CDU-SPD Koalition	Befunde der Stichprobe (Protokolle n= 3) aus 3. Wahlperiode mit SPD-PDS-Koalition	Trend/Veränderungen gegenüber der 2. WP
a) Dauer der Plenarsitzungen der Stichprobe insgesamt in Stunden	33h	25,2h	Tendenz: sinkend
b) Durchschnittliche Sitzungsdauer in Stunden	11h	8,4h	
c) Landtagspräsidium schreitet ein	11x	23x	Wachsende Interventionsintensität des Präsidenten
d) Abgeordneten welcher Parteien gilt die Intervention des Präsidenten?	6x PDS//4x CDU//1x SPD	14x CDU//5x PDS//4x SPD	Auf die jeweilige Opposition entfallen die meisten Interventionen// SPD im Landtag eine Partei der Mitte
e) Struktur der angemahnten Ordnungsverstöße	Wörter und Wendungen: 6x//Kritik an Amtführung des Präsidenten 1x// Überschreitung der Redezeit 2x//Mahnung an Regierungsbank 2x	Wörter und Wendungen: 6x//Mahnung zur Ruhe und Einsprüche gegen gezieltes Stören: 15x// Mahnung an Regierungsbank: 2x	Veränderte Struktur der geahndeten Verstöße: zur Entgleisung tritt die bewusste und gewollte Störung
f) Verstöße, die vom Landtagspräsidium hin- bzw. nicht wahrgenommen werden	Nicht erfasst	27 Rufe von der Regierungsbank// 8x Lüge//5x Sozialräuber	Zwischenrufe von der Regierungsbank werden faktisch toleriert// unzulässige Wörter und Wendungen nicht sofort geahndet
g) Anwesenheit als Norm	Thematisiert	9x thematisiert	Gewachsene Thematisierung
h) freie Rede	keine Mahnung/freie Rede ist die Ausnahme	freie Rede ist eher die Ausnahme (ca. 1/3 der Abgeordneten praktiziert sie)	Das Praktizieren der freien Rede gilt nicht als strenge, sondern eher als weiche Norm
i) Rollenabweichung (RA) im Abstimmungsverhalten zw. Fraktionen in Regierungsrolle und Oppositionsrolle	Gesamtzahl der Abstimmungen = 35. Davon 18 mit RA (51,4%)	Gesamtzahl der Abstimmungen = 28. Davon 13 mit RA (46,4%)	Bei sinkender Tendenz: hohes Niveau der Rollenabweichung bei Abstimmungen
i) Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA)	3	1	sinkend
j) Muster des Parlamentarismus	Mix zwischen Typ 3 und Typ 2: Regierungsfaktionen versus Opposition bei beachtlicher Affinität zum „Modell des Runden Tisches“		
k) Persönliche Erklärungen gemäß § 51 (2) GOLT für Enthaltungen	4 (2x SPD/2x PDS)	1 (1x SPD)	Tendenz fallend
l) Reflexion von Abgeordneten über Normen der parlamentarischen Kultur/ parlamentarisches Verhalten	17x	90x	Wachsende Reflexionsintensität

3.3.2 Adressaten und Form der Redebeiträge der Abgeordneten

Da die Landtagsitzungen weder live noch als Aufzeichnung vollständig übertragen werden, wenden sich die Abgeordneten in ihren Beiträgen nicht an unsichtbare Dritte „draußen im Lande“, sondern an ihre Kollegen bzw. einzelne Abgeordnete. Zuweilen werden auch Besuchergruppen direkt angesprochen. Dies schließt freilich (gelegentlich) einzig und allein auf Medienwirkung abhebende Inszenierungen im Landtag nicht aus. In dieser Hinsicht verdient etwa die Art und Weise erwähnt zu werden, in der die CDU-Fraktion ihre Ablehnung des Landeshaushaltes für das Jahr 2000 am 16. 12.1999 bekundete – mit einer beschrifteten roten Karte: „Dem Haushalt 2000 die rote Karte“. Diese Form der Ablehnung des Haushaltes steht für Inszenierungen, die nur mit Blick auf die Fernsehaufzeichnung des Landtagsgeschehens Sinn machen. Vizepräsidentin Kassner ließ unbeeindruckt die Abstimmung wiederholen unter Verweis darauf, dass nach der Geschäftsordnung des Landtages allein die Abstimmung mit dem Handzeichen zulässig ist.

Laut Geschäftsordnung (§ 44) haben die Abgeordneten ihre Ausführungen in „freier Rede“ zu machen. Dabei können sie Aufzeichnungen benutzen. Das Postulat der freien Rede gilt nicht für grundsätzliche, im Wortlaut vorbereitete Erklärungen. *Die „freie Rede“ gehört zu den eher weichen Normen im Landtag zu Schwerin.* Etwa ein Drittel der Abgeordneten beherrscht und praktiziert sie in unterschiedlichem Maße. Die frei redenden Abgeordneten rekrutieren sich zu gleichen Teilen aus allen drei Fraktionen.

Die Mitglieder des Landtages reagieren auf Beiträge ihrer Kollegen – mit Zwischenrufen, Beifall, Unmutsbezeugungen oder auch Repliken. Es gibt im Landtag zu Schwerin notorische wie Gelegenheitszwischenrufer, die sehr treffsicher, schlagfertig und witzig agieren und die Kunst des parlamentarischen Zwischenrufes virtuos beherrschen. Über die Protokolle der Plenarsitzungen lassen sich indes auch jene Abgeordneten mühelos identifizieren, die mit unpassenden, ideologischen oder unqualifizierten Bemerkungen hervortreten.

Beifallsäußerungen erfolgen *in der Regel* für die Redner der je eigenen Fraktion (durch Klatschen, auf die Tische-Klopfen bzw. Schläge mit der flachen Hand, da die Tische mit einem Geräusche dämmenden Belag versehen sind), *gelegentlich* für Beiträge des Koalitionspartners. Eher *selten* wird fraktionsübergreifend Beifall gespendet. *Die einer Fraktionslogik folgenden Beifallsäußerungen verweisen auf die je eigene Geschichte und Identität* der Koalitionsfraktionen. Zum anderen wird deutlich, dass sich im Parlament die Mehrheitsfraktionen einerseits und die Oppositionsfraktion andererseits gegenüberstehen.

Teilnahmepflicht und Anwesenheitsnorm

Nach der Geschäftsordnung des Landtages haben die Abgeordneten „... die Pflicht, an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen“. Teilnahmepflicht schließt zweifellos physische Präsenz im Plenarsaal ein, verlangt indes den Abgeordneten nicht zwingend ab, die gesamte Zeit im Plenarsaal zu verbringen. Zumal Kantine, Vorräume und Toiletten mit Lautsprechern ausgerüstet sind, die die Parlamentsreden übertragen. In diesem Sinne werden mit der Teilnahmepflicht Anwesenheitsnormen gesetzt, die zumindest die zeitweilige Abwesenheit tolerieren.

In der Gesellschaft hingegen lässt ein spärlich besetzter Plenarsaal Zweifel daran aufkommen, ob denn die Abgeordneten ihrer „Arbeit“ hinreichend nachkämen.¹¹⁷ Aber auch von Abgeordneten selbst wird die Abwesenheit von Bezugspersonen aus anderen Fraktionen teils vorwurfsvoll („Herr X ist wieder mal nicht da“), teils ironisch („Meine Damen und Herren an den Lautsprechern in den Büros und der Kantine....“) kommentiert.

Offenbar, soviel vorab, existiert nicht nur hinsichtlich der hier thematisierten Anwesenheitsnorm, sondern auch in anderer Beziehung *eine Grauzone der Unsicherheit über die zulässigen Normen und Regeln parlamentarischen Verhaltens, die von den Abgeordneten unterschiedlich ausgefüllt wird*. Jene Grauzone der Unsicherheit wollen die folgenden Abschnitte gleichsam erhellen.

3.3.3 Der Landtag als Resonanzboden für bundespolitische Themen, Entwicklungen und Trends

Für den Politikstil im Landtag prägend ist die Aufnahme und der instrumentelle Rekurs auf übergreifende bundespolitische Themen und Trends. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die 3. Wahlperiode nicht von den vorherigen.

Wenn wir den bisherigen Verlauf der 3. Wahlperiode Revue passieren lassen, haben nicht zuletzt folgende überregionale politische Themen Landtagsdebatten nachhaltig beeinflusst: die „Anlaufschwierigkeiten“ der rotgrünen Koalition auf Bundesebene bis Herbst 1999, das gescheiterte Bemühen der Landesregierung, den Wettbewerb um die Airbusfertigung zugunsten Mecklenburg-Vorpommerns zu entscheiden, die politische Auseinandersetzung um den TRANSRAPID, die Nato-Intervention im Kosovo unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik, Aktionen und Reaktionen im Vorfeld der Neuregelung des Solidarpaktes II, die CDU-Parteispendenaffäre, die Durchsetzung der Steuerreform der Bundesregierung im Bundesrat – auch mit Hilfe der Stimmen von Mecklenburg-Vorpommern sowie einer Reihe von Ländern, in denen die CDU mitregiert.

Objektive Grundlagen für die Aufnahme bundespolitischer Themen, Entwicklungen und Trends bieten die Verflechtung von Bundes- und Landespolitik sowie die Regularitäten der Wettbewerbsdemokratie.

Ferner ist der instrumentelle Rekurs darauf zurückzuführen, dass einmal *die jeweilige Opposition* sehr stark bundespolitische Themen aufgreift (in der ersten Wahlperiode waren SPD und PDS, in der 2. Wahlperiode die PDS und in der 3. Wahlperiode die CDU in der Opposition). Zum anderen werden Bezüge auf bundespolitische Themen über die Politikverflechtung hinaus dadurch ermöglicht, dass sich die Koalitionen auf Bundes- und auf Landesebene nicht decken. Bei kritischen Bezügen kann mithin nicht nur die jeweilige Opposition sich profilieren, sondern auch der bundespolitisch nicht in Regierungsverantwortung stehende Koalitionspartner.

117 „Ich war gestern in Berlin“, so Angelika Gramkow. „An der Arbeit der Fraktion gab es nur eine Kritik: wenn schon mal das Fernsehen im Landtag ist, dann sollten wir nicht durch Abwesenheit im Plenarsaal glänzen“.

Tabelle 19: Koalitionen auf Bundesebene und auf Landesebene in MV

Zeitraum	Bundesebene	Landesebene MV
1990-94	CDU/CSU/FDP	CDU/FDP
1994-98	CDU/CSU/FDP	CDU/SPD
1998-02	SPD/Grüne	SPD/PDS

Schließlich schlagen überregionale politische Entwicklungen und bundespolitische Trends auch deshalb auf die landespolitische Ebene und das Landtagsgeschehen durch, *weil man bei allen drei im Landtag vertretenen Parteien sich einerseits sehr stark mit der Position der jeweiligen Bundestagsfraktion bzw. jeweiligen Linie der Bundespartei identifiziert*. Historische und aktuelle Leistungen der Bundes-CDU oder Bundes-SPD werden gewissermaßen von den Mitgliedern der beiden Landtagsfraktionen als Eigenleistungen wahrgenommen, auch wenn sie daran keinen individuellen Anteil haben konnten. Problematische Handlungen und Unterlassungen werden jeweils gestützt und ohne wenn und aber notfalls verteidigt. Damit korrespondiert andererseits eine sehr starke wechselseitige Neigung von Landtagsabgeordneten, die (Landtags)Abgeordneten der anderen Fraktionen für Handlungen und Unterlassungen der Bundespartei/Bundestagsfraktion kollektiv in Haft zu nehmen, obwohl diese ihnen biographisch oder /und ihrer sozialen Position nach eigentlich nicht zuzurechnen sind („Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt, dies zu ändern...“).

Die Anfälligkeit der Landtagsfraktionen wie ihrer Abgeordneten, sich selbst und die politischen Kontrahenten mit ihrem jeweiligen bundespolitischen Pendant zu identifizieren gilt mit gewissen Modifikationen auch für bzw. mit Blick auf die PDS-Abgeordneten im Landtag: Die Landtagsabgeordneten der PDS werden teils *noch* für Versäumnisse, Handlungen und Unterlassungen der DDR bzw. der SED verantwortlich gemacht („Sie haben 27 Jahre lang Gelegenheit gehabt...“), auch wenn die Abgeordneten sich zum Zeitpunkt der kritisch reflektierten DDR- bzw. SED Praxis im Kindesalter befanden oder keine SED-Mitglieder waren bzw. in einem ganz anderen sozialen Feld agierten, teils *schon* mit Positionen der Bundestagsfraktion oder anderer Untergliederungen der PDS konfrontiert. Bemerkenswert ist immerhin, dass bereits in der 2. Wahlperiode sich manche CDU- wie auch SPD-Abgeordnete hinsichtlich der im Umfeld der PDS vertretenen politischen Positionen als ziemlich kundig erwiesen.

Allerdings verhalten sich die PDS-Abgeordneten verständlicherweise etwas kritischer, weniger affirmativ zur DDR- und SED-Praxis als vergleichsweise CDU- und SPD-Abgeordnete zu den Vorhaben und realen Handlungen ihrer jeweiligen bundespolitischen Entsprechungen.

Dass bundespolitische Entwicklungen, Wendungen und Trends überhaupt auf die Verhandlungen im Landtag durchschlagen, lässt sich kaum verhindern. Geschieht dies jedoch ungebrochen, dann wird eine *überschüssige Emotionalität* entfesselt, die das politische Klima vergiftet. Allerdings bieten nicht minder originär landespolitische Angelegenheiten (der Sieg der CDU bei den Kommunalwahlen 1999, die Entlassung des Generalstaatsanwaltes, der Streit um die schularten-unabhängige Orientierungsstufe, die Debatte(n) über Ursachen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt und über angemessene Antworten ...) Anlässe für eine überschüssige Emotionalität, Glaubenskriege und gezielte Verletzung der Würde und Integrität von Personen und Gruppen.

Dies zu verhindern und darauf zu achten, dass geltende Maßstäbe parlamentarischen Verhaltens respektiert und praktiziert werden, gehört (mit) zu den Obliegenheiten des Landtagspräsidenten und der beiden Vizepräsidentinnen.

3.3.4 Interventionen des Landtagspräsidenten

Die Geschäftsordnung des Landtages enthält Vorgaben und „Ordnungsbestimmungen“, auf deren Grundlage der Landtag wie die Abgeordneten agieren sollen. Während die Geschäftsordnung für ein breites Spektrum parlamentarischer Situationen sehr wohl Regeln und auch Verhaltensnormen setzt¹¹⁸, gibt es Felder, die relativ vage und unbestimmt gehalten sind.

Für letztere gilt: was die geltende und sein sollende Ordnung ist und was sie verletzt, steht nicht von vorne herein und ein für alle mal fest, sondern wird von den im Parlament agierenden Gremien und Akteuren getestet, ausgehandelt, durch ihr Handeln wie ihr Unterlassen bestimmt. Über die „Spruchpraxis“ des Landtagspräsidenten erschließen sich auf diese Weise getroffene Arrangements. So gibt es eine Reihe von Wörtern und Wendungen, die die Abgeordneten in der parlamentarischen Debatte nicht verwenden sollen. Tun sie es doch, so tragen sie ihnen entweder Ordnungsrufe ein oder werden als „unparlamentarische Äußerungen“ zurückgewiesen.¹¹⁹ Es gilt als unparlamentarisch, seinen jeweiligen Kontrahenten der „Lüge“ zu bezichtigen, seine Ausführungen als „Unsinn“, „geistigen Dünnschiss“, „dumme Sprüche“ zu werten oder ihn etwa als „Arschloch“, „Kriegstreiber“, „Extremisten“ oder „Faschisten“ zu bezeichnen.¹²⁰ In all diesen Fällen schreitet der Landtagspräsident ein. Parlamentarische Auseinandersetzungen können und sollen hart in der Sache verlaufen, aber ohne persönliche Diskreditierungen und Diffamierungen. So lässt sich die hinter der Sprachpraxis des Landtagspräsidenten stehende Regel fassen.

Von der gelegentlich schon mal spontan entstehenden Unruhe, die den Fortgang der Verhandlungen in Frage stellen kann, heben sich qualitativ Aktionen von Mitgliedern des Landtages ab, die die Redebeiträge anderer Abgeordneter gezielt stören. Beide Formen der Unruhe lösen Interventionen des Landtagspräsidenten aus.

Auf der anderen Seite werden aus der Sicht der Abgeordneten oder/und des auswertenden Beobachters häufig engere oder aber weitere Grenzen (un)parlamentarischen Verhaltens gezogen, die indes nicht für die geltenden Ordnungsbestimmungen und ihre Auslegung durch den Landtagspräsidenten maßgeblich sind. Wer seine Kollegen aus anderen Fraktionen als „Sozialräuber“, „Oberkurpfuscher“ tituliert oder ihre Ausführungen als „Schwachsinn“ würdigt, muss nicht zwingend mit einem Ordnungsruf rechnen. Ebenso ist es gelitten, auf körperliche Zustände („Herr X hat hier mit hochrotem Kopf und angeschwollenen Adern geredet, aber in der Debatte ist er nicht mehr da“) sowie die Körperlichkeit von Kontrahenten abzuhe-

118 Danach ist es beispielsweise unzulässig, vom Beratungsgegenstand abzuschweifen, die nach transparenten Regeln zugebilligte Redezeit zu überziehen, im Landtag störende Unruhe zu verbreiten, die den Fortgang der Verhandlungen in Frage stellt. Abgeordnete dürfen und können die Kunst des parlamentarischen Zwischenrufes pflegen. Hingegen sind Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht gelitten.

119 Für die Zwecke *dieser* Analyse ist der feine Unterschied zwischen Ordnungsrufen und unparlamentarischen Äußerungen weniger wichtig. Beide Kategorien werden als hier als Verstöße gezählt. Aus diesem Grunde ist im Text überwiegend von Ordnungsrufen die Rede, auch wenn es sich nicht immer um Ordnungsrufe im engeren und eigentlichen Sinne, sondern um „unparlamentarische Äußerungen“ handelt. Diese Reduktion lässt sich auch insofern rechtfertigen, als „Lüge“ in der Spruchpraxis des Landtagspräsidenten mal als Ordnungsruf und mal als unparlamentarische Äußerung geahndet worden ist.

120 Gelegentlich werden im Parlament auch Werturteile von Abgeordneten über andere Abgeordnete kritisch gewürdigt, die jedoch außerhalb des Landtags geäußert wurden. Dazu gehört der auf das Konto eines PDS-Abgeordneten gehende Ausdruck „Kriegstreiber“ in einer Fernsehsendung ebenso wie die von der CDU dem Ministerpräsidenten Ringstorff angelastete Würdigung seines Vorgängers Berndt Seite als „Hampelmann“ und „Marionette“ in einer Rede.

ben („Und Sie, Herr Y von der PDS, hören Sie jetzt mal zu mit Ihren großen Ohren...“). Zweifelsfrei sind Zwischenrufe von der Regierungsbank eigentlich unüblich, doch wird nur ein Bruchteil der Zwischenrufe beanstandet.

Über den politischen Stil im Landtag lässt sich mit Blick auf die Interventionspraxis des Landtagspräsidiums und auf der Basis der Text- wie der Beobachtungsprotokolle zweierlei festhalten.

Zum einen existiert eine Grauzone der Unsicherheit über die zulässigen Normen und Regeln parlamentarischen Verhaltens, die von den Abgeordneten unterschiedlich ausgefüllt und durch eine verhaltene Interventionsintensität des Landtagspräsidenten auch nicht gewendet wird. Zum anderen besteht unter den Abgeordneten eine teils latente, teils manifeste Unzufriedenheit mit dem waltenden politischen Stil, den sie selbst durch ihr Agieren und Reagieren hervorbringen. *Stilprägend ist gleichsam die Unsicherheit wie die Unzufriedenheit.*¹²¹

Abbildung 2: Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. WP (1-51. Sitzung): Ordnungsrufe nach § 53(1) GOLT

Kategorie	Anzahl	Aufschlüsselung nach Parteien
Ordnungsrufe/ nach § 53(1) GOLT	21	Davon 11 mal an CDU-Parlamentarier// 5 mal an SPD-Parlamentarier//5 mal an PDS-Parlamentarier

Quelle: Kurzprotokolle der Plenarsitzungen 1-51.

Asymmetrien und Polarisierung im Landtag

Die Ordnungsverstöße, die das Landtagspräsidium moniert, gehen keineswegs zu gleichen Teilen auf das Konto der drei im Landtag vertretenen Parteien. Wie sich im Vergleich der Wahlperioden (Vgl. Abbildung, Zeile d) ebenso wie bei der Aufschlüsselung der erteilten Ordnungsrufe nach Parteien für die 1. bis 51. Plenarsitzung der 3. Wahlperiode (Vgl. Abbildung 2) zeigt, entfallen auf die Abgeordneten der jeweiligen Opposition die meisten, auf die der SPD die wenigsten Verstöße. Dies liegt zunächst einmal daran, dass die Abgeordneten der jeweiligen Minderheitsfraktion in höherem Maße als die Regierungsfractionen mit der Vergeblichkeit, Folgenlosigkeit ihres Tuns im Landtag konfrontiert werden. Frustrationserfahrungen sind aber ein für Ordnungsverstöße aller Art günstiger Nährboden.

Die Ordnungsrufe verteilen sich indes nicht nur ungleich auf die Fraktionen. Es war in der 2. Wahlperiode vielfach so, dass Aktionen und Reaktionen von CDU-Abgeordneten, die Ordnungsrufe eintragen, sich auf Positionen von PDS-Abgeordneten beziehen und umgekehrt. In der 3. Wahlperiode ist dieser wechselseitige Bezug noch erkennbar, aber rückläufig.

Weniger in der ungleichen Verteilung der Ordnungsrufe auf die Landtagsfraktionen als vielmehr in ihrer asymmetrischen, d.h. wechselseitigen CDU-PDS-Bezogenheit spiegelt(e) sich *die politische Polarisierung zwischen CDU und PDS einerseits und die Zwischenposition der SPD andererseits* im Schweriner Landtag.

Eine nachhaltige Anhebung der politischen Streitkultur im Landtag wie im Lande hängt nicht zuletzt davon ab, dass sich die Beziehungen zwischen CDU und PDS entkrampfen. Am Ende

¹²¹ Es gibt freilich Zusammenstellungen von Ordnungsrufen und zurückgewiesenen unparlamentarischen Äußerungen aus dem Bundestag wie auch aus dem Landtag in Schwerin, an denen sich sowohl das Landtagspräsidium als auch die Abgeordneten orientieren (können).

werden CDU und PDS schon im Interesse der Erweiterung ihrer eigenen Handlungsoptionen nicht umhin können, sich wechselseitig als demokratische Parteien anzuerkennen.

Veränderte Struktur und sprunghaft gestiegene Anzahl der Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. Wahlperiode

Wie aus der Zeile c der Abbildung 1 hervorgeht, hat sich die Zahl der Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. Wahlperiode gegenüber der 2. Legislaturperiode verdoppelt. Verändert haben sich aber auch die Kategorien der jeweils zu ahndenden Ordnungsverstöße. Während zu den erfassten Verstößen der zweiten Wahlperiode – unter dem Aspekt des waltenden Politikstils betrachtet – 4 zu den minderschweren gehören (2x Überschreitung der Redezeit/ Kritik an der Amtsführung des Präsidenten/ Zwischenruf von der Regierungsbank) und 7 Interventionen unzulässigen Wörtern und Wendungen gelten (meist Bezeichnungen der Lüge), schaltet sich das Landtagspräsidium in der dritten Wahlperiode vor allem ein, um die Ruhe wiederherzustellen, gezieltes Stören zu unterbinden (17x) und um unparlamentarische Wörter und Wendungen anzukreiden (5x).

Was aber signalisieren diese Quantitäten und Verschiebungen? Stehen sie für andere, schärfere Maßstäbe des neuen Landtagspräsidiums oder sieht sich dieses gezwungen, häufiger als früher einzuschreiten, weil Dämme des parlamentarischen Anstands wegzubrechen drohen? Kündigt sich vielleicht gar der Übergang zu einer neuen, kulturvolleren Stufe des parlamentarischen Umgangs und Streits an?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass das neue Präsidium des Landtages nicht strenger agiert als das der 2. Wahlperiode. Landtagspräsident Kuessner hat sich indes nicht nur in seiner Antrittsrede für einen kulturvolleren parlamentarischen Stil eingesetzt. Dass dies durchaus angebracht ist, liegt an einer Reihe von Veränderungen, die sich auf das politische Klima im Landtag wie im Lande auswirken.

Veränderte parlamentarische Rolle aller drei Fraktionen

Die parlamentarische Rolle aller drei im Landtag vertretenen Fraktionen hat sich in der 3. Wahlperiode teils gravierend, teils erheblich verändert. Die SPD avancierte vom Junior- zum Seniorpartner einer Regierungskoalition. Die PDS übernahm nach achtjähriger Oppositionstätigkeit Regierungsverantwortung. Und die CDU, die bisher als Seniorpartner alle Regierungen an der Küste getragen hatte, fand sich auf den Oppositionsbänken wieder.

Alle drei Fraktionen sahen bzw. sehen sich mit jeweils spezifischen Schwierigkeiten und Unsicherheiten konfrontiert, die jeweilige neue parlamentarische Rolle anzunehmen und auszufüllen. Sowohl die Unsicherheit, wie die jeweilige eigene parlamentarische Rolle auszugestalten ist, als auch die gewählten Ausgestaltungspraktiken selbst haben zur Vermehrung der Ordnungsverstöße und zu Veränderungen in ihrer Struktur beigetragen. Hinzukommt eine unterschiedliche große personelle (Dis)Kontinuität bei den Fraktionen (vgl. 1.3.1).

Vor allem Zwischenrufe und Kommentare von der Regierungsbank machen einen Großteil der angemahnten wie der nicht geahndeten Ordnungsverletzungen aus, die auf das Konto der SPD-Fraktion gehen. Die SPD war vier Jahre in der Opposition und vier Jahre Juniorpartner in einer ungeliebten Koalition. Diese prägende und frustrierende Erfahrung wirkt gewissermaßen nach und entlädt sich in Zwischenrufen von der falschen Stelle. Von SPD-Abgeordneten wird aber auch zu Protokoll gegeben:

„Wir müssten als Sozialpolitiker viel ernsthafter und entschiedener in die Debatte um den Umbau des Sozialstaates eingreifen, zumal die CDU in Mecklenburg-Vorpommern heutzutage nur noch von der CDA majorisiert wird“.¹²²

Für die PDS-Fraktion war und ist der Übergang von der Opposition in die Regierungsverantwortung zwar mit erheblichen Friktionen und Lernprozessen, nicht aber mit speziellen Kategorien von Ordnungsverstößen verbunden. Die Ordnungsverletzungen von PDS-Abgeordneten gründen einmal in der Ausnahmesituation der Nato-Intervention im Kosovo unter Beteiligung der Bundesrepublik, sodann in Irritationen, die die Fortsetzung der neoliberalen Politik auf Bundes- und ihrer Verteidigung auf Landesebene auslöst und nicht zuletzt in der Rambophase (siehe dazu weiter unten) der von der CDU-Fraktion verfolgten Oppositionspolitik. Von PDS-Abgeordneten wird mit Blick auf die neue parlamentarische Rolle eingeräumt, „anders zu reden als früher“. Von der PDS wird aber auch die Unsicherheit in der Bewertung von Aktionen und Initiativen in der Fraktion (etwa der Volksinitiative gegen die Reform der Rechtschreibung) eingestanden. PDS-Abgeordnete pflegen indes auch der Vergleich der heutigen CDU- mit der damaligen PDS-Opposition und sie erinnern an Regularien, denen die Opposition nun mal unterworfen ist (von der Reihenfolge der Redner bis hin zu der Gegebenheit, dass über die Relevanz verschiedener Auffassungen in Ausschüssen die Mehrheit der Koalition entscheidet).

Für den waltenden Politikstil waren und sind Reflexionen über die Ausfüllung/Verfehlung der jeweiligen parlamentarischen Rolle der Partner und Konkurrenten charakteristisch.

Die von der CDU in der 2. Wahlperiode ausgehenden Vorwürfe, die je eigene Rolle zu verfehlen, waren gleichermaßen an den Koalitionspartner SPD (4) und die damalige PDS-Opposition (4) gerichtet. Dies signalisiert Äquidistanz zu beiden Fraktionen. CDU-Abgeordnete warfen ihren Koalitionspartnern von der SPD vornehmlich vor, „Oppositionsreden“ zu halten, d.h. den Wechsel von der Oppositionsrolle in die Regierungsmitverantwortung nicht oder unzureichend realisiert zu haben. Daneben wurde ironisch und ein wenig hämisch vermerkt, wie der Wechsel von der Opposition zur Regierungsverantwortung den Geist und den Inhalt der Reden der damaligen (und jetzigen) Finanzministerin beeinflusst habe.

Die Passagen, in denen Abgeordnete der SPD in der 2. Wahlperiode Phänomene des „Auser-(parlamentarischen) Rollefallens“ ansprachen, verwiesen rein quantitativ mit ebenfalls 4 an die Adresse der CDU und 2 an die der PDS gerichteten Vorwürfen auf eine asymmetrische Distanz. Sie war in Relation zum Koalitionspartner CDU größer als zur Oppositionspartei PDS.

Auch die SPD warf Abgeordneten ihres damaligen Koalitionspartners CDU vor, „Oppositionsreden“ zu halten und zudem nicht realisiert zu haben, dass die CDU nicht mehr „alleine“ regiert, einen Koalitionspartner mit eignen Vorstellungen von Politik gesucht und gefunden habe.

Wenn sich indes Vertreter der beiden Regierungsfractionen in der vorherigen Legislaturperiode wechselseitig vorwarfen, „Oppositionsreden“ zu halten, schwingt manches mit – der Vorwurf der unzureichenden Rollenübernahme und Identifikation mit der eigentlich wahrzunehmenden Rolle/ die Anmahnung von mehr Abstimmung, intensiverer Kenntnisnahme von

122 Margot Seemann, Sitzungsprotokoll 3/21 (23.06.1999), S. 1040.

Positionen der Regierung und größerer Loyalität gegenüber der Regierung bzw. dem Koalitionspartner.

Auch die Reflexionen der PDS über Rollentausch bei ihren parlamentarischen Kontrahenten waren quantitativ mit 2 an die Adresse der CDU gerichteten Vorwürfen und einem an die der SPD asymmetrisch verteilt. Von der PDS wurde die Frage aufgeworfen, ob sie denn für die Regierung regieren solle, womit beiden Regierungsfractionen bedeutet wurde, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Zudem ließ die PDS erkennen, dass sie das Ziel verfolgte, die CDU-geführte Regierung im Lande abzulösen. In diesen Passagen klingt an, dass sich Abgeordnete der PDS bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt durchaus vorstellen konnten, die Oppositionsrolle mit der Regierungsverantwortung zu vertauschen.

Diese frühen Anzeichen für später tatsächlich eintretende Entwicklungen sind indes in Beziehung zu setzen zu den an die Adresse der PDS gerichteten Vorwürfen von CDU- und SPD-Abgeordneten, ihrer Rolle nicht gerecht zu werden.

Die sechs an die Adresse der PDS gerichteten Reflexionen waren seinerzeit in 2 Fällen darauf bezogen, dass sich die PDS als SED-Nachfolgepartei nicht zu ihrer Verantwortung für die zu bewältigenden Problemlagen bekenne (CDU/SPD). In drei Fällen wurde die Möglichkeit, dass die PDS 1998 wieder in irgendeine Verantwortung kommen könnte als für das Land größter anzunehmender Unfall hingestellt, der verhindert werden müsse (CDU). In einem Fall wurden von der CDU gemeinsame landespolitische Positionen mit der PDS ausgemacht, für die die SPD aber nicht zu haben war. Daran schloss der Abgeordnete Rehberg die Bemerkung an, die CDU werde bis 1998 überhaupt nichts gemeinsam mit der PDS machen, weil sie sich in einem Koalitionsvertrag gebunden habe. Diese Passage¹²³ ist insofern bemerkenswert, als sie immerhin dem Koalitionspartner SPD, der PDS zunächst noch abstrakt und den eigenen Reihen signalisierte, dass man nach 1998 auch andere Optionen habe oder für denkbar halte.

Auch in der 3. Wahlperiode ist für Abgeordnete aller drei Fraktionen die (Nicht)Ausfüllung der jeweiligen parlamentarischen Rolle der anderen ein Thema. Die Achse hat sich aber insofern verschoben, als sich nunmehr bei den Bewertungen der Ausfüllung der parlamentarischen Rolle eindeutig die Mehrheitsfraktionen und die Opposition gegenüberstehen.

Reflektierende Passagen dieser Art enthalten immer eine doppelte Information – einmal über den reflektierenden Abgeordneten (der seine Wertmaßstäbe und Koordinaten offenbart) und zum anderen über das reflektierte Objekt, wie die andere Fraktion bzw. deren Repräsentant seiner Auffassung nach die parlamentarische Rolle verfehlt. Aus diesem Grunde fällt es schwer, die Forderung des Landtagspräsidenten (die Auseinandersetzungen mögen hart in der Sache sein, aber sollten ohne persönliche Verletzungen abgehen) in dieser Hinsicht zu erfüllen.

Exkurs: die Rambophase in der Oppositionspolitik der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion als Fraktion mit den meisten Ordnungsrufen hat in den vergangenen zwei Jahren verschiedene, einander an- wie einander ausschließende Varianten zur Ausfüllung ihrer Oppositionsrolle getestet und erprobt. Dabei lassen sich folgende Trends erkennen:

123 Vgl. Sitzungsprotokoll 2/50 (23.10.1996), S. 2770.

- Die CDU hat nach ihrer Abwahl ihr „Sozialprofil gedreht“ bzw. „geschärft“. Der Sozialstaats- bzw. Arbeitnehmerflügel gewann gegenüber dem Wirtschaftsflügel neue Spielräume und Wirkungsmöglichkeiten. Zuweilen gibt sich die CDU sozialer als es SPD und PDS vermögen. Diese Wendung schließt Anträge nicht aus, die gegen die politische Führung und ihr Personal (Vorschläge, den Staatssekretären die Kraftfahrer zu streichen) gerichtet sind¹²⁴ und ermöglicht zudem massive Attacken auf die PDS (sie würde ihre Prinzipien opfern, um an der Macht teilzuhaben) wie auch auf die SPD. Die Ambitionen des Sozialstaatsflügels irritieren allerdings den CDU-Wirtschaftsflügel innerhalb wie außerhalb der Fraktion erheblich. Und der Opposition trägt diese Praxis den Vorwurf ein, populistisch und verantwortungslos zu agieren.
- Die Oppositionsrolle fordert und fördert in verschiedener Hinsicht einen Perspektivenwechsel: „Wir haben von Ihnen (der PDS) als Opposition gelernt, von Ihnen (der SPD) vieles übernommen“. So besetzt die CDU thematisch mit Anträgen und Anfragen Felder (wie z.B. die Theater), die zuvor als Domäne der PDS galten. Andererseits werden Haushaltsgrundsätze, auf die die CDU als Seniorpartner ihren damaligen Koalitionspartner eingeschworen hatte, ebenso preisgegeben wie andere Positionen, auf die die Regierungsfraktion CDU Wert gelegt hatte.
- Die Oppositionspolitik wird auch in anderer Hinsicht von erheblichen Inkonsistenzen begleitet: Auf der einen Seite richtet sie den „Blick nach vorn“ und will gleichsam vergessen machen, dass sie 8 Jahre lang dieses Land regiert hat. Auf der anderen Seite stellt die CDU-Opposition heraus, dass die rot-rote Koalition nur erntete, was CDU-Politiker gesät hätten. Solange der Ministerpräsident das Justizressort verwaltete, wurde dies als massiver Verstoß gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung kritisiert. Als dann ein Justizminister im Jahre 2000 berufen wurde, hieß es, die Verwaltung werde unzulässig aufgebläht.
- Die CDU-Opposition gibt sich staatstragend, empfiehlt sich als *die* Partei des Rechtsstaates, dessen Gesetze auch in der Asylpraxis strikt anzuwenden sind. Gleichzeitig transportiert sie als C-Partei sowohl einen gewissen Alleinvertretungsanspruch in Wertfragen als auch die Ängste der Großkirchen vor dem Verlust ihrer Privilegien und ihrer weltanschaulichen Konkurrenz. Sie präsentiert sich als originärer Anwalt und Interessenvertreter der Opfer der SED ebenso wie als *die* Partei der Einheit. Und doch ist sie auch – ganz unideologisch – zu gemeinsamen Initiativen mit den anderen Landtagsfraktionen imstande (z.B. Verankerung des Konnexitätsprinzips oder beim Standardöffnungsgesetz).

Obwohl die Oppositionsfraktion in der Regel geschlossen abstimmt, stehen ihre Mitglieder durchaus für unterscheidbare politische und soziale Positionen. Entscheidender aber ist, dass die in der Faktion tonangebenden Personen die rot-rote Koalition, insbesondere natürlich die PDS-Beteiligung, für illegitim halten, sie als eine Art Betriebsunfall und Unglück für das Land ansehen, für eine Episode in der Landesgeschichte, deren Ende unmittelbar, spätestens aber 2002 bevorstehe. Sie haben nicht nur argumentiert, dass die rot-rote Koalition in der Bundesrepublik geschnitten werde, Touristen wie Investoren abschrecke, von der Wirtschaft und schließlich der einheimischen Bevölkerung wegen ihrer verfehlten und chaotischen Politik boykottiert und hinweg gefegt würde, sie haben das alles auch ein Stück weit selbst geglaubt.

124 Siehe dazu die politische Würdigung dieser Intention durch den Abgeordneten Heinz Müller (SPD) im Sitzungsprotokoll 3/21 vom 23. Juni 1999, S. 1019 ff.

Von diesen unzutreffenden Realitätsdeutungen geleitet, agierten manche CDU-Abgeordnete in den letzten zwei Jahren so, als sei nur noch das letzte Gefecht zu schlagen, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Wer aber so gestimmt ist, tendiert zu Aktionen und Reaktionen im Parlament, die Ordnungsrufe nicht nur in Kauf nehmen, sondern auch eintragen.

Dies um so mehr, als zeitweilig infolge des grandiosen Erfolges der CDU bei den Kommunalwahlen 1999 der Eindruck entstehen konnte, dass sich die politischen Kräfteverhältnisse im Lande längst zugunsten der CDU verschoben hätten, der Wähler dabei sei, seine Entscheidung von 1998 zu revidieren und die Koalition nur noch eine rein rechnerische Mehrheit im Landtag habe.

Zwischen 1998 und 2000 hat sich jedoch mehrmals der bundespolitische Trend gedreht und sich für die verschiedenen Parteien auf Landesebene teils ermöglichend, teils begrenzend ausgewirkt. Von der 1998 bestehenden Wechselstimmung in der Bundesrepublik blieb die seit 8 Jahren regierende Landes-CDU nicht verschont. Die CDU vermochte indes bald überall, so auch in Mecklenburg-Vorpommern, von der Ernüchterung zu profitieren, die die rot-grüne „Chaostruppe“ im ersten Jahr ihrer Regierung in Bonn/Berlin ausgelöst hatte.

Ab Ende 1999 verliert die CDU bundesweit dramatisch an Zustimmung und politischer Unterstützung. Zum einen hat die Bundesregierung in Berlin „ihren“ Kurs gefunden und zum anderen gerät die CDU infolge der Parteispendenaffäre ins Zwielicht. Beide Entwicklungen tangieren die Landes-CDU – die Ausrichtung, wie die Konsistenz und Kohärenz ihres Oppositionskurses und ihre bisher leitenden Argumentationslinien. Und obwohl sie an der Parteispendenaffäre keinen Anteil hat, muss sie gleichwohl nicht nur die finanziellen Folgen mit tragen.

Das Ende der Rambophase in der Oppositionspolitik der Landes-CDU – wir hatten es in der Explorationsstudie vom März 2000 prognostiziert – wird auf dem Landesparteitag im Mai 2000 *konzeptionell eingeleitet und verkündet*, auf dem sich die neue Landesvorsitzende für eine stilvolle und sachorientierte Politik ausspricht. Spätestens ist diese Phase mit der Zustimmung des Bundesrates zur Steuerreform im Juli 2000 obsolet geworden und hat ihre partielle Rationalität verloren (Das bedeutet allerdings nicht zwangsläufig, dass die in der Fraktion maßgeblichen Akteure sie auch tatsächlich beenden). Denn mit der Zustimmung des Bundesrates – auch mit den Stimmen einer Reihe von Bundesländern, in denen die Union regiert – wird in zweifacher Hinsicht die für die CDU-Opposition im Lande leitende These von der Isolation des Landes infolge der rot-roten Koalition vor aller Welt widerlegt.

Dies ist zum einen der Fall, weil die These von der Isolation der rot-roten Koalition ja nicht nur die bundesweite Einsamkeit, Singularität, Fremdheit, Abartigkeit derselben herausstellt(e). Sie enthält zugleich die Botschaft, dass nur eine Landesregierung, an der die CDU beteiligt sei, bundespolitisch integriert, passfähig und kompatibel wäre: nur eine solche Landesregierung hätte den richtigen „Stallgeruch“ sowie die nötigen Verbindungen gehabt und auch eingesetzt, um etwa die Bewerbung des Landes um die Airbusfertigung zugunsten Mecklenburg-Vorpommerns zu entscheiden. Diese Bewerbung scheiterte und musste scheitern, so ist aus der Opposition immer wieder zu vernehmen, infolge der Isolation des Landes. Indem nun aber der Bundesrat mit den Stimmen einer Reihe unionsregierter Länder und gegen die erklärte Linie der Bundes-CDU der Steuerreform zustimmte, wurde eines klar gestellt: Akteure, Länder wie Konzerne, folgen im Ernstfall den von ihnen definierten Interessenlagen. Für ihre Entscheidungen sind Loyalitäten und parteipolitische Bindungen nicht oder weniger

maßgeblich. Im Falle der Airbusfertigung hätte mithin auch eine Koalition unter Beteiligung der CDU das Blatt nicht wenden können.

Die Isolationsthese wurde zum anderen durch den Empfang des Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Helmut Holter (PDS), durch den Bundeskanzler symbolisch ad absurdum geführt. Denn die Bundesregierung warb im Vorfeld jener historischen Bundesratssitzung nicht nur um die Zustimmung unionsregierter Länder zur Steuerreform, sie war unter anderem auch an den Stimmen Mecklenburg-Vorpommerns interessiert. Die Landes-SPD war dazu bereit. In einem dramatischen Verfahren rang sich die PDS-Landtagsfraktion schließlich ebenfalls dazu durch und ließ sich auf einen politischen Tauschhandel ein. Für die Zustimmung zur Steuerreform wurden einmal Zusagen für Verkehrsinfrastrukturprojekte in Mecklenburg-Vorpommern eingetauscht. Zum anderen ist es allein dadurch zu einer realen wie symbolischen Aufwertung der bundespolitischen Rolle der PDS gekommen, dass sie nunmehr in Kommunikations- und Verhandlungsprozesse einbezogen wurde, in denen sie zuvor nicht präsent war. Das Gespräch mit Holter symbolisierte nicht nur eine neue Stufe der bundespolitischen Akzeptanz¹²⁵ der PDS, es verlieh ihr zugleich neue Schubkraft. Etwa zur gleichen Zeit haben CDU-Politiker wie Norbert Blühm mit ihrer Bereitschaft, in der von Holter initiierten Zukunftswerkstatt des Landes mitzuarbeiten, die von der Landes-CDU verfochtene Isolations- these desavouiert.

Auch in anderer Hinsicht sind für den Oppositionskurs der Landes-CDU maßgebliche Positionen ihres Argumentationsgefüges in den vergangenen zwei Jahren in schwieriges Fahrwasser geraten. Indem Spitzenpolitiker der Bundes-CDU geltendes Recht gebrochen haben (Parteispendenaffäre) und sich der Alt-Kanzler nach wie vor weigert, die anonymen Spender zu nennen, können Landepolitiker ihre Partei nicht mehr so ohne weiteres als *die* Partei des Rechtsstaates herausstellen.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung mit ihren Implikationen und Folgen für Mecklenburg-Vorpommern kommt sodann – zumindest partiell – dem wirtschaftsnahen Flügel der CDU entgegen, ruft aber um so mehr den in der CDU-Landtagsfraktion relativ starken Sozialstaats- und arbeitnehmernahen Flügel auf den Plan.

Mithin vertieft der gewählte Oppositionskurs die internen Differenzen zwischen Abgeordneten des Wirtschafts- und des CDA-Flügels in der Fraktion.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 wurde schließlich landes- wie bundesweit auf neue und bisher nicht gekannte Weise rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt zu einem öffentlichen Thema. Hatte die Landes-CDU bisher den Kurs der Äquidistanz gegenüber den „Extremisten von links und rechts“ vertreten („wir brauchen kein Bündnis gegen rechts, sondern eine Bündnis für Demokratie“) und recht eigentlich die von der „extremistischen Linken“ (d.h. die von Teilen der PDS oder von der PDS als solcher) ausgehenden Gefahren für die Demokratie stets höher veranschlagt, so geriet sie nun in Legitimationsnöte. Und so zeichnen sich auch in der CDU-Fraktion Scheidelinien zwischen Abgeordneten ab, die die bisherige Linie modifiziert fortsetzen und solchen, die ein breites Aktionsbündnis gegen rechtsextremistische Gewalt für notwendig halten und entsprechend handeln.

125 Vgl. Gero Neugebauer: Zur Akzeptanz der PDS in der politischen Konkurrenz, in: Michael Brie/Rudolf Woderich (Hg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 140-148.

Zu den Konfliktlinien innerhalb der CDU-Fraktion gehören auch Spannungen zwischen Abgeordneten, die eine ungebrochene Begeisterung für technische und technologische Neuerungen aller Art erkennen lassen und jenen, die unter Berufung auf das „C“ im Parteinamen Bedenken gegen „Eingriffe in die Schöpfung“ haben.

Es spricht mithin einiges dafür, dass die internen Auseinandersetzungen um den richtigen Oppositionskurs in der CDU-Fraktion ebenso zunehmen werden wie in der Frage, ob die Landes-PDS als demokratische Partei anzusehen ist. Von ihrem Ausgang hängen nicht unwesentlich die Chancen des Übergangs zu einer neuen, kulturvolleren Stufe des parlamentarischen Umgangs und Streits im Landtag ab.

Normen und Werte parlamentarischen Verhaltens im Landtagsdiskurs

Wenn wir nach diesem Exkurs zu der am Beginn dieses Abschnittes (Veränderte Struktur und sprunghaft gestiegene Anzahl der Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. Wahlperiode) aufgeworfenen Frage zurückkehren, wofür die veränderte Struktur der Ordnungsverstöße wie deren spürbare Zunahme steht, so zeichnet sich im Lichte der Recherchen folgende Antwort ab:

Obgleich die Besichtigung der Ordnungsverstöße schon signalisiert, dass Dämme des parlamentarischen Anstands wegzubrechen drohen, bestehen gewisse Chancen des Übergangs zu einer neuen, kulturvolleren Stufe des parlamentarischen Umgangs und Streits im Schweriner Landtag.

Dafür sprechen folgende Erwägungen: Zum einen geht die als Rambophase in der Oppositionspolitik bezeichnete Periode ihrem Ende entgegen, weil ihre politisch-konzeptionellen Pfeiler erodieren, weil die fraktionsinternen Scheidelinien die bisher nach außen demonstrierte Einheit und Geschlossenheit der CDU-Fraktion eher unwahrscheinlich erscheinen lassen und schließlich weil mit Blick auf die Landtagswahlen des Jahres 2002 stärker taktische Gesichtspunkte verhaltenskonditionierend wirken dürften.

Sodann sind auch die anderen beiden Fraktionen besser als zu Beginn der Wahlperiode in der Lage, ihre veränderte parlamentarische Rolle anzunehmen und auszugestalten.

Und schließlich hat sich nicht nur die Zahl der Ordnungsverletzungen in der ersten Hälfte der dritten gegenüber der zweiten Wahlperiode erhöht. Spürbar ist auch die Zahl der Reflexionen von Abgeordneten aller drei Parteien über Normen und Maßgaben parlamentarischen wie unparlamentarischen Verhaltens (Abbildung 1: Politischer Stil der 2. und 3. WP aus vergleichender Perspektive (Stichprobe Sitzungsprotokolle), Zeile 1) gestiegen. Die gewachsene Reflexionsintensität aber ist sowohl Ausdruck als auch Vehikel für bestehende Chancen des Übergangs zu einer anderen Politikstil-Formation.

Wenngleich es in der 2. Wahlperiode an Reflexionen über einen anderen parlamentarischen Stil des Umgang und der politischen Debatte keineswegs mangelte, sehen sich Abgeordnete aller drei Parteien in der 3. Legislaturperiode in weit höherem Maße dazu veranlasst.

Sicher sind die in der Debatte geäußerten normativen Vorstellungen in unterschiedlichem Maße praktizierbar. Aber sie stecken das Feld leitender Erwartungen von Abgeordneten ab und verdienen daher im Rahm der Politikstilanalyse Interesse.

- Zunächst ist festzuhalten, dass es in allen drei Fraktionen eine teils unterschwellige, teils explizite Option für einen konsensorientierten, Kooperation favorisierenden Politikstil gibt.

Sie äußert sich in Appellen, „parteiübergreifend im Interesse der Menschen im Lande zu denken“, Vorschläge und Lösungen „gemeinsam umzusetzen. „keine Anträge mit Schuldzuweisungen“ zu stellen, aus der Fraktions- und Koalitionsrason bei Abstimmungen herauszutreten, parteipolitischen Instrumentalisierungen von Sachfragen zu vermeiden...

Damit verbindet sich eine zweite Erwartung:

- die Auseinandersetzungen sollten bei aller Härte in der Sache von gegenseitigem Respekt getragen sein.

Für eine dritte Erwartung ist die bereits in der 2. Wahlperiode von einer SPD-Abgeordneten getroffene

- Unterscheidung zwischen „dialogischer Kritik“ und der „Kritik des Scharfrichters“¹²⁶ konstitutiv.

Die intendierte dialogische Kritik hat unter anderem der Abgeordnete Prachtl (CDU) exemplarisch vorgeführt, als er zu Bedenken gab: „Sparen? Ja. Aber hat dieses Land keine Visionen verdient?“¹²⁷

- Viele Abgeordnete erwarten und vermissen Glaubwürdigkeit.

Die Glaubwürdigkeitsnorm gebietet, dass Abgeordnete und Fraktionen, die mit Anträgen und Initiativen hervortreten, mit denen sie ihre eigenen früheren Positionen korrigieren oder gar revidieren, dies nicht stillschweigend tun, sondern ihre gewandelten Motive und Intentionen offen legen.¹²⁸ Die Glaubwürdigkeitsnorm verlangt ferner, dass als wichtig erachtete politische Ziele sich in Haushaltspositionen niederschlagen („Wir müssen haushaltsrelevant erkennbar machen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein kultur- und bildungsbewusstes Land ist“¹²⁹). Mit der Glaubwürdigkeitsnorm nicht vereinbar, sind alle Formen tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher Doppelzüngigkeit („Bei diesen wie bei allen anderen Punkten keine Zustimmung von SPD und PDS, aber in vier-Augen bis sechs-Augen-Gesprächen“¹³⁰, „... an der Basis reden Sie genau so. Nur hier in der Bütt reden Sie anders“¹³¹).

Eine Hebung der parlamentarischen Verhandlungskultur wird von Abgeordneten nicht zuletzt von veränderten Spielregeln und Verfahrensweisen der Arbeit des Landtages und seiner Ausschüsse erwartet.

Das gilt beispielsweise für die Geschäftsordnung des Landtages, die in verschiedener Hinsicht als korrekturbedürftig gilt. Vom Abgeordneten Heinz Müller (SPD) wird zudem immer wie-

126 Vgl. Angelika Peters, Sitzungsprotokoll 2/50 (23.10.1996), S. 2788.

127 Vgl. Sitzungsprotokoll 3/21 (23.06.1999), S. 1023.

128 Geschicht dies nicht, so werden vergessliche Akteure sofort daran erinnert: „Sie haben kein Recht, sich als Anwalt der Kultur aufzuspielen...“/ „...dass Sie heute nicht mehr kümmert, was Sie gestern gesagt haben...“, Sitzungsprotokoll 3/17 (15.04.1999), S. 687, S. 721.

129 Siegfried Friese, Sitzungsprotokoll 3/17 (15.04.99), S. 679.

130 Sitzungsprotokoll 3/21 (23.06.1999), S. 985.

131 Harry Glawe, Sitzungsprotokoll 3/17 (15.04.1999), S. 725.

der darauf hingewiesen, dass – im Unterschied zur Kommunalebene – auf der Landesebene vergleichbare Regeln für die Diskussion von Finanzfragen fehlen. Daher sind im Landtag im Unterschied zur kommunalen Ebene Anträge der Opposition noch immer zumindest theoretisch zulässig, die ohne finanzielle Deckung, Etatreife und Gegenrechnung eingebracht werden.

3.3.5 Rollentreue und Rollenabweichung im Abstimmungsverhalten – das Muster des Parlamentarismus

Geleitet von der Annahme, dass sich auch über das *Abstimmungsverhalten* der Abgeordneten und ihrer Fraktionen das im Schweriner Landtag waltende Muster des Parlamentarismus – als wichtige Komponente des Politikstils – erschließt, verdichten sich die vorliegenden Daten (vgl. Abb. 3, Zeile i und j) zu folgendem Befund:

Im Schweriner Landtag besteht eine starke *Affinität* zu einem Typ des Parlamentarismus, der durch Kooperation und Konsens gekennzeichnet ist (idealtypisches Muster: Modell des Runden Tisches). Gleichwohl drängt sich ein anderes *idealtypische Muster des Parlamentarismus am stärksten auf*. Charakteristisch für dieses dominierende Muster ist, dass sich im Parlament Mehrheitsfraktionen einerseits und die Minderheitsfraktion (Opposition) nicht nur gegenüber stehen, sondern sich ihre jeweilige parlamentarische Rolle auch in einem entsprechenden – der Rolle getreuen – Abstimmungsverhalten nieder schlägt.

Nach Einschätzung des Oppositionsführers werden 97% der Anträge der CDU im Landtag der 3. Wahlperiode von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, mithin immerhin 3% aufgegriffen.

Bereits in der 2. Wahlperiode betrug allerdings der prozentuale Anteil der *Abstimmungen mit Rollenabweichung* einzelner Abgeordneter mehr als 50% der Gesamtheit der in der Stichprobe erfassten Abstimmungen! Und auch in der 3. Wahlperiode lag der *Anteil der Abstimmungen mit Rollenabweichung* bei knapp der Hälfte der Abstimmungen. Diese Sachverhalte lassen sich im Sinne einer starken Affinität im Schweriner Landtag zum Modell des Runden Tisches interpretieren. Da es sich indes um wichtige und weniger wichtige Abstimmungen handelt und die Prozentangaben sich auf Abstimmungen jeder Art beziehen, wird hier nur von einer Affinität zum Kooperations- und Konsensmodell gesprochen, die die Dominanz des Musters Mehrheitsfraktionen contra Opposition relativiert, aber nicht aushebelt.

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktionen

Unter dem Aspekt der Rollentreue/ Rollenabweichung im Abstimmungsverhalten betrachtet, lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Fraktionen erkennen. Die Abgeordneten der CDU stimmen in aller Regel getreu ihrer (jeweiligen) Rolle geschlossen ab. Mit einigen Abstrichen (höheres Maß an Gegenstimmen und Enthaltungen) folgen die Abgeordneten der SPD.¹³² Die PDS-Fraktion im Schweriner Landtag ist diejenige Fraktion mit dem höchsten Maß an Rollenabweichung im Abstimmungsverhalten. Das gilt sowohl für die 2. Wahlperiode

132 Zu den relativ wenigen Abstimmungen, bei denen die SPD-Fraktion ein *deutlich* gespaltenes Votum abgab, gehörte die Wahl der neuen Bürgerbeauftragten am 16.11.2000. Das Vorschlagsrecht lag bei Koalitionspartner PDS, der die PDS-Politikerin Heike Lorenz nominierte. Von den 70 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen für Frau Lorenz 37. 31 Abgeordnete stimmten gegen die Kandidatin und 2 enthielten sich (vgl. Kurzprotokoll von der 49. Sitzung am 16.11.2000 unter www.m-v.de/politik/landtag.html). Die Koalition verfügt über 47 Stimmen. Davon entfallen 27 auf die SPD und 20 auf die PDS.

de, als die PDS in der Opposition war, als auch für die 3. Wahlperiode, in der sie zu den Mehrheitsfraktionen gehört.

Wie lässt sich dieses Gefälle in der Rollentreue/Rollenabweichung im Abstimmungsverhalten zwischen den drei Landtagsfraktionen erklären?

Die CDU, die acht Jahre lang die führende Mehrheitsfraktion stellte, war und ist weit weniger einheitlich und geschlossen, als es ihr Abstimmungsverhalten suggeriert. Vor allem in der ersten Wahlperiode hat es erhebliche interne Turbulenzen gegeben (Entlassung von Justizminister Born (CDU) durch Ministerpräsident Gomolka (CDU), woraufhin die eigene Fraktion Gomolka das Misstrauen aussprach. Rücktritt Gomolkas am 15. März 1992 und Wahl von Berndt Seite (ebenfalls CDU) zum Ministerpräsidenten). In der 2. Wahlperiode ging die CDU mit der SPD eine ungeliebte Koalition ein. Im Frühjahr 1996 stand die Koalition kurz vor dem Bruch. Sowohl die für beide Koalitionspartner schwierige Koalitionsarchitektur als auch die personelle Zusammensetzung der CDU-Fraktion (mehr als 60% der Abgeordneten der CDU-Fraktion der 2. Wahlperiode waren 1994 erstmals in den Schweriner Landtag gewählt worden) ließen Einheit und Geschlossenheit der CDU-Fraktion als besonderen Wert erscheinen, der mit formellen (Geschäftsordnung der Fraktion) und informellen Mitteln gestützt wurde. Die CDU-Fraktion der dritten Wahlperiode kennzeichnet einerseits eine hohe personelle Kontinuität (nur 4 von 24 Abgeordneten sind Neueinsteiger). Andererseits ist der Fraktion die ungewohnte Oppositionsrolle zugefallen. Fraktionsinterne Differenzen und Scheidlinien sind sehr wohl erkennbar, haben sich bislang aber nicht im Abstimmungsverhalten und in öffentlichen Debatten widerspiegelt. Sie fanden ihren konzentrierten Ausdruck vorerst darin, dass Rehberg erst im „zweiten Anlauf“ als Fraktionsvorsitzender wieder gewählt wurde.

Es spricht einiges dafür, dass die internen Scheidelinien in der CDU-Fraktion sich stärker als bisher im Abstimmungsverhalten ausdrücken könnten.

Ebenso wie die überschüssige Rollentreue und Geschlossenheit der CDU-Abgeordneten liegt die praktizierte Neigung zur Rollenabweichung bei PDS-Abgeordneten in der jüngsten Historie: Die aus der SED hervorgegangene PDS hat unter anderem sowohl mit den Organisationsprinzipien der SED (Zentralismus/ Verbot der Fraktionsbildung/ bedingungslose Unterordnung unter die Parteidisziplin und -linie) als auch mit deren konspirativen Praktiken gegenüber der Öffentlichkeit gebrochen. Im Grunde sind daher die Sitzungen aller PDS-Parteigremien, auch die der Landtagsfraktion, für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich. Der Bruch mit den Organisationsprinzipien der SED drückt sich auch in der Geschäftsordnung der Fraktion aus. Bei relativ begrenzten Einflussmöglichkeiten der Fraktionsspitze sind die Freiheiten der einzelnen Abgeordneten verhältnismäßig hoch. Gegenüber der 1. und 2. Wahlperiode hat sich die parlamentarische Rolle der PDS-Fraktion gravierend verändert, nicht jedoch die Geschäftsordnung. Wie auf einer Klausurtagung der Fraktion im August 2000 festgelegt wurde, soll sie nunmehr novelliert werden. Die beachtliche Neigung von Parlamentariern der PDS zu einem nicht einheitlichen Abstimmungsverhalten – im Beobachtungszeitraum etwa beim Standardöffnungsgesetz wie bei der Haltung zur Steuerreform der Bundesregierung oder bei der Abstimmung über die Erhöhung der Diäten für die Landtagsabgeordneten – gründet freilich auch in unterschiedlichen Positionen in Sachfragen, die sowohl im Parlament als auch in andren Arenen öffentlicher Kommunikation ausgetragen werden. Das gilt ebenso für unterschiedliche Haltungen zur Regierungsbeteiligung in der PDS-Fraktion wie im PDS-Landesverband selbst.

In einer Rede, in der sich Gregor Gysi von den Abgeordneten und Mitarbeitern der Bundestagsfraktion der PDS als Fraktionsvorsitzender verabschiedete, äußerte er sich auch zum Thema Fraktionsdisziplin und Individualität in der PDS. Diese Passage wird hier deshalb zitiert, um die auch im Schweriner Landtag bei der PDS erkennbare Normativität und Problematik des differenzierten Abstimmungsverhaltens in den Blick zu nehmen:

„Es muss für uns in Ordnung sein, dass wir auch differenziert abstimmen. Das haben wir auch immer gemacht, seit zehn Jahren gibt es nicht selten Abstimmungen mit unterschiedlichem Stimmverhalten bei der PDS. Also zum Teil Ja, zum Teil Nein, zum Teil Enthaltung. Ich warne heute jedoch davor, es zu übertreiben. (...) Die Gesellschaft muss wissen, wofür diese Partei, wofür diese Fraktion steht. Dass es gelegentlich unterschiedliche Auffassungen mit Abstimmungsunterschieden gibt, das ist normal. Wenn das aber zur Regel wird, werden wir unberechenbar. Man weiß nicht mehr, was man wählt. „Wählt man die, die Nein sagen, wählt man die, die Ja sagen oder wählt man die, die sich enthalten?“¹³³

Freilich können sich die Abgeordneten bei ihrem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten auf die Landeverfassung berufen. Zudem erscheint das Stimmensplitting bei der PDS-Fraktion unter taktischen Gesichtspunkten in einem anderen Licht. Sie legt nämlich dem größeren Koalitionspartner bei strittigen Fragen nahe, sich intensiv um die Zustimmung der Abgeordneten des kleineren Koalitionspartners zu bemühen.

Die SPD-Fraktion hingegen agiert nach außen in weitaus stärkerem Maße als die der PDS einheitlich und geschlossen. Bei kontrovers diskutierten bundes- wie landespolitischen Themen (Kosovo-Intervention der Nato/ schulartenunabhängige Orientierungsstufe/ Standardöffnungsgesetz) stimmte die SPD-Fraktion – bei einigen Gegenstimmen bzw. Enthaltungen aus den eigenen Reihen – alles in allem recht einhellig ab.

Diejenigen Landespolitiker der SPD, die noch im Vorfeld der Bildung der rot-roten Koalition ihre Bedenken und Einwände geltend machten, haben entweder ihre Haltung korrigiert oder äußern sich dazu seither nicht mehr öffentlich. Auch die 90-minütige Fernsehdokumentation von Thomas Schadt und Peter Schmidt „Demokratie im Schloss – Das Schweriner Landesparlament bei der Arbeit“, in deren Mittelpunkt die Beratungen zum Haushaltsgesetz 2000 standen, vermittelt den Eindruck, dass sowohl die beteiligten CDU- als auch die PDS-Politiker bereitwilliger innerfraktionelle Streitpunkte, Scheidelinien, Differenzen, Maßgaben ihres Handelns offenbaren als die der SPD.

Worauf verweist das? Offenbar ist das ziemlich einheitliche Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion politisch gewollt, weil die SPD als Seniorpartner einer Koalition kein Interesse an instabilen und wechselnden Mehrheiten haben kann. Noch dazu, wenn sie aus den eigenen Reihen kommen sollten. Die Fraktionsführung ist aber auch nicht sonderlich daran interessiert, dass mögliche innerparteiliche Differenzen über den Kurs Schlagzeilen machen, öffentlich wahrgenommen werden. Die Fraktion soll sich nach außen als einheitlich und geschlossen präsentieren, auch wenn wahrscheinliche, aber nicht thematisierte interne Konflikte (wie in dem genannten Film¹³⁴ geschehen) Sympathiepunkte kosten mögen. Die SPD-Fraktion sieht sich auch mehrheitlich trotz aller internen Bedenken („Reformen, so weiß der gewitzte Bundesbürger, bedeuten in der Regel nichts Gutes“¹³⁵) in der Pflicht, die Ziele und Vorhaben

133 Gregor Gysi: Ich wollte einfach ein Stück Vernunft in die Linke bringen, Manuskript 02.10.2000.

134 Sowohl die Intentionen der Filmemacher als auch die Persönlichkeitsstruktur und politischen Überzeugungen der in dem Film agierenden SPD-Politiker schließen aus, dass die Ausblendung von internen Konflikten in der SPD-Fraktion ihnen angelastet werden könnte.

135 Sitzungsprotokoll 3/35 (16.09.1999), S. 1282.

der Bundesregierung zu stützen. Die relativ einheitliche Stimmabgabe der SPD-Fraktion gründet sich jedoch nicht allein auf Koordination, Disziplin und Einsicht in die Notwendigkeit. Sie resultiert wohl auch daraus, dass die SPD-Fraktion keine locker verkoppelte Einheit aus Gruppen und Personen ist, sondern aus einer „breiten Mitte“ mit einem relativ schwachen rechten und linken Flügel besteht. Konsens muss nicht erzwungen werden, jene Mitte ist zum Konsens gleichsam fähig und bereit.

Aus der Besichtigung der Regularitäten des Abstimmungsverhaltens der drei Fraktionen geht hervor, dass die Gebote der Konkurrenzdemokratie mit ihren Regeln, Revieren und Ritualen insgesamt stärker die Stimmabgabe prägen als die politischen Überzeugungen und Einsichten der einzelnen Abgeordneten. Stilprägend ist sowohl dieser Sachverhalt als auch das Unbehagen darüber, das sich immer wieder in Ausbruchsversuchen von Abgeordneten äußert.

Eine Variante des Ausbruchs aus der jeweiligen Fraktionslinie sind Stimmenthaltungen mit und ohne nachgelieferte Begründung. Wie bislang von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, die die Geschäftsordnung nach § 51(2) bietet („Jeder Abgeordnete darf erklären, dass und warum er sich der Abstimmung enthalten hat“), zeigt Abbildung 3.

Abbildung 3: Persönliche Erklärungen nach § 51(2) für Enthaltungen in der 3. WP (1.-51. Plenarsitzung)

Anzahl	Nach Parteien		
12	CDU 5 mal	SPD 2 mal	PDS 5 mal

Quelle: Kurzprotokolle unter www.m-v.de/politik/landtag.html

3.3.6 Politikstil im Schweriner Landtag als Gemeinschaftsleistung

Wenn wir die Aussagen des Kapitels 3 noch einmal Revue passieren lassen, so zeigen die Annäherungen an den waltenden Politikstil im Landtag zu Schwerin zunächst eines: es gibt keine stil-lose Politik. Sodann wurde deutlich, dass es sich beim dem Politikstil im Landtag um eine Gemeinschaftsleistung aller im Parlament agierenden Gremien und Akteure handelt.

Als Essentials des herrschenden Politikstils zeichnen sich ab:

- Eine gewisse Unsicherheit über die zulässigen geltenden Normen und Regeln parlamentarischen Verhaltens im Sinne *einer Grauzone der Unentschiedenheit, die von den Abgeordneten unterschiedlich ausgefüllt wird*. Dies äußert sich sowohl in gelegentlichen Ausbrüchen gegen andere Parlamentarier, die den Respekt vor der Würde und Integrität des anderen vermissen lassen, als auch in einem allgemeinen Unbehagen über die Kultur des politischen Streits und in konstruktiven Vorschlägen über anzustrebende Regeln und Normen, die die Situation wenden könnten.
- Wie Akzentverlagerungen im Vergleich der Wahlperioden zeigen, ist der *Politikstil in mancher Hinsicht beweglich*, d.h. in Grenzen von den parlamentarischen Akteuren veränder- und gestaltbar.
- Hatte die Analyse der Sozialprofile der Abgeordneten (vgl. Abschnitt 1.3.1) auf den Wandel von einem „Parlament der engagierten Laien“ zum *Parlament einer neuen, sich verstetigenden „(landes-)politischen Klasse“* abgehoben, so besteht zwischen diesem Sachverhalt und der Unsicherheit über die geltenden Normen zulässigen parlamentarischen Verhaltens sowie der gewissen Beweglichkeit des Politikstils in der Abfolge der Wahlperioden andererseits offensichtlich ein Verweisungszusammenhang. Die rasche, gleichsam

im Zeitraffertempo erfolgende Geburt einer „(landes-)politischen Klasse“, die ja keineswegs als Fehlentwicklung zu werten ist, kann sich gar nicht anders als in Inkonsistenzen, Unsicherheiten, Stilbrüchen äußern. Insofern aber dieser Wandel zu einer neuen (landes-)politischen Klasse mehr oder weniger abgeschlossen ist, kann erwartet werden, dass der Schweriner Landtag im Laufe der Zeit schließlich auch in Fragen des Politikstils bei seinem eigenen Inhalt ankommen, Stil-Unsicherheit in Stil-Sicherheit umschlagen wird.

- Charakteristisch für den Politikstil ist sodann *eine eigene Mischung aus Resonanz und Resistenz gegenüber überregionalen Entwicklungen, Themen, Stimmungen und Trends*. Diese schlagen teils fast ungebrochen auf Agenda und die politische Auseinandersetzung durch, teils erweist sich der Landtag ihnen gegenüber als erstaunlich unbeeindruckt, widersetzlich. Der Politikstil in Schwerin ermöglicht, dass überregional bedeutsame Entwicklungen, Themen und Trends (wie etwa die erste rot-rote Koalition und möglicherweise ein etwas weniger verkrampfter Umgang von CDU und PDS) vorbereitet, erprobt und gleichsam *gemacht* werden.
- Der Politikstil ist geprägt durch die Regeln, Reviere und Rituale der *Konkurrenzdemokratie*, die indes durch eine *beachtliche Affinität für konsensorientierte und Kooperation erheischende Modelle* ergänzt und gebrochen werden.

Inwieweit es sich bei dem Politikstil im Schweriner Landtag um ein Unikat handelt bzw. inwieweit er allgemeiner Ausdruck eines übergreifenden Politikstils in den Landtagen der neuen Länder ist, war im Rahmen der zurückliegenden Forschungsetappe, über die hier Rechenschaft abgegeben wird, *nicht* zu ermitteln. Soviel aber lässt sich auf der Basis vorliegender Recherchen zum Politikstil im Thüringer Landtag¹³⁶ der 2. (bis September 1999 reichenden) Wahlperiode, in der seinerzeit zwischen Werra und Ilm ebenfalls eine CDU-SPD-Koalition regierte, im Lichte ihrer Re-Interpretation (nach den in der vorangehenden Analyse eingesetzten Maßgaben) sagen:

- Gemessen an den Interventionen des Landtagspräsidiums auslösenden Ordnungsverstößen ging es im Schweriner und Erfurter Landtag gleichermaßen ruppig zu.¹³⁷
- Die Leitdifferenz im Politikstil beider Landtage besteht im waltenden Muster des Parlamentarismus. Obwohl auch in Thüringen Anlässe für die Einrichtung Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse bestanden (Computerdiebstahl im SPD-regierten Innenministerium und Unregelmäßigkeiten im CDU-Wirtschaftsministerium), ist es in Erfurt (anders als in Schwerin) dazu nie gekommen. Die dortige CDU-SPD-Koalition konnte sich dazu nicht durchringen. Auch das Maß der Rollentreue/Rollenabweichung war dort anders. Der Schuchardt-Flügel in der mitregierenden Thüringer SPD legte größten Wert auf die Distanz zur PDS-Opposition, so dass sich in Erfurt Regierung und Mehrheitsfraktionen einerseits und die PDS-Opposition andererseits in so gut wie allen Fragen als Blöcke gegenüberstanden.¹³⁸

In diesem Sinne ist die am Beginn dieses Abschnittes stehende zusammenfassend Aussage „es gibt keine stil-lose Politik“ zumindest ergänzungsbedürftig. Der jeweils waltende Stil ist keineswegs unpolitisch oder eine eigentlich politikfremde Zutat, ermöglicht er doch ein jeweils bestimmtes Spektrum an politischen Optionen und begrenzt deren Bandbreite zugleich.

136 Landolf Scherzer: Der Letzte, Berlin 2000

137 Vgl. ebenda, S. 162.

138 Vgl. ebenda, S. 189.

Das gilt nicht zuletzt für die politische Handlungsfähigkeit und den Zusammenhalt der SPD-PDS-Koalition.

4. Ausblick: Fragilität und Belastbarkeit der SPD-PDS-Koalition

Werden die Aussagen dieser Studie über die Konflikte und Spannungen *in der Koalition* mit den Befunden der Politikstilanalyse *über die Koalitionäre* verschränkt, erhält man eine Vorstellung, wie *belastbar* und zugleich wie *fragil* jenes Bündnisses auf Zeit zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern nach gut zwei Jahren ist.

Sowohl die Geburt der SPD-PDS-Koalition als auch die Koalitionskrise, die durch die Zustimmung des Ministerpräsidenten zur Rentenreform im Bundesrat im Mai 2001 ausgelöst wurde, verdeutlichen eines: wie sehr politische Projekte, Konzepte, politische Entscheidungen von *Personen* repräsentiert, getragen und geprägt werden.

Zwar hatte die Bildung der SPD-PDS-Koalition auf beiden Seiten viele Väter und Mütter. Doch ohne Harald Ringstorff hätte es die rot-rote Koalition in Schwerin wohl nicht gegeben. Er setzte sie gegen alle Widerstände in den eigenen Reihen und einflussreicher externer Akteure unbeirrt durch. Derselbe Harald Ringstorff hat durch seinen Alleingang im Bundesrat bei der Abstimmung über Elemente der Rentenreform die bislang schwerste Koalitionskrise herauf beschworen.

Dabei ist er einfach unbeirrbar – wie in seiner politischen Biographie angelegt – der je eigener Überzeugung, Rationalität und Loyalität gefolgt.¹³⁹ Und er war sich offenbar sicher, dass der vor vollendete Abstimmungstatsachen gestellte Koalitionspartner seinen Alleingang letztlich hinnehmen, aushalten werde. Wer wollte da völlig auszuschließen, dass es sich um einen wohl kalkulierten „Affront zum Wohle der SPD“ handelte? So sieht es zumindest Gerold Büchner in einem Kommentar der Berliner Zeitung, wenn er zu Bedenken gibt,

„dass Ringstorffs Volte der SPD bei allem Erstaunen durchaus ins Kalkül passt. Der Koalitionskrach in Schwerin befeuert den Streit in der PDS zwischen Reformern und Dogmatikern, zwischen Berliner Spitze und Landesverbänden. Die Frage, wie viel Kontur eine Regierungsbeteiligung kosten darf, wird von der Theorie in die Praxis befördert. Mit seinem Alleingang hat Ringstorff seiner Partei einen Dienst erwiesen. Ihm zu unterstellen, er habe nichts dergleichen gedacht, beleidigt seine Intelligenz.“¹⁴⁰

Doch ist es mehr als unwahrscheinlich, dass Ringstorff die Koalition bewusst beenden wollte. Denn wenn auch die Küsten-SPD als solche in einem Dreiparteiensystem in der komfortablen Lage ist, zwischen zwei potentiellen Koalitionspartnern wählen zu können, *gibt es für die Landes-SPD in ihrer derzeitigen Verfassung und mit ihrer derzeitigen Führung zur rot-roten Koalition keine vernünftige politische Alternative.*

Damit ist nicht gesagt, dass die Landes-SPD zu einer Umorientierung auf die CDU nicht mehr in der Lage wäre. Aber eine solche Rochade wäre nach allem, was in den letzten sechseinhalb Jahren geschehen ist, mit unkalkulierbaren Risiken für die SPD behaftet. Sie würde sie nicht unbeschadet überstehen. Somit hat die Küsten-SPD gegenwärtig nicht wirklich zwei Optio-

139 Für den Ministerpräsidenten stehen Landesinteressen nach eigenem Bekunden höher als Parteiinteressen. Wenn Mecklenburg-Vorpommern in hohem Maße von Bundeszuwendungen abhängig ist, dann müsse das Land sich gegenüber dem Bund auch erkenntlich zeigen. Zudem hielt Harald Ringstorff die zur Abstimmung stehenden Komponenten der Rentenreform offenbar für einen notwendigen Modernisierungsschritt.

140 Gerold Büchner: Affront zum Wohle der SPD, Berliner Zeitung vom 15. Mai 2001, S. 4.

nen, sondern nur noch anderthalb. Immerhin ist ihr Optionenspektrum dennoch breiter als das der PDS.

Mit Blick auf die aktuellen und künftigen Gestaltungschancen¹⁴¹, die die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus bietet, stand für die Landes-PDS der Verbleib in der Koalition nach dem Alleingang des Ministerpräsidenten wohl mehrheitlich nicht ernsthaft zur Disposition. Und wenngleich die Landes-PDS in den letzten 30 Monaten hat Lehrgeld zahlen und Federn lassen müssen, lässt sich keineswegs sagen, dass die Regierungsbeteiligung der PDS nicht bekommen ist. Sie war weder ihrer Politikfähigkeit abträglich noch hat sie ihre Position im Wettbewerb der Landesparteien unterminiert. Eher das Gegenteil ist der Fall!

Die Regierungsbeteiligung bietet der PDS immerhin die reale Chance, drei überkommenen Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit mittel- und langfristig zu durchbrechen. Damit sind Lernprozesse, neue Erfahrungen und Einsichten, Kompetenzgewinne verbunden. Die Regierungsbeteiligung hat für die PDS etwas mehr „Waffengleichheit“ in den Parteienwettbewerb gebracht. Die Landes-PDS ist nach 30 Monaten des Mitregierens nicht entzaubert worden, nicht in Agonie verfallen. Sie treibt auch keineswegs der Spaltung entgegen. Es sind eher Suchbewegungen und Wachstumsprobleme, die sich vollziehen. Auch diese können sehr schmerzhaft sein.¹⁴²

Wenngleich also die Aufkündigung der Koalition letztlich nicht zu Debatte stand, stand der Landesverband der PDS doch vor dem Problem, eine angemessene Antwort auf den Vertragsbruch finden zu müssen. Dabei schälten sich zwei Varianten heraus, denen jeweils unterschiedliche Einschätzungen der Belastbarkeit der Koalition zugrunde lagen. Die eine Option der Landes-PDS bestand darin, für den Verbleib in der Koalition Bedingungen zu stellen, der Landes-SPD politische Kompensationen abzuverlangen. Die Vertreter dieser Antwort hielten die Koalition offensichtlich für belastbarer als die Befürworter der anderen Option, die sich letztlich durchsetzten.

Sie empfahlen, die Koalition nicht platzen zu lassen. Denn dann, so die leitende Annahme, hätte sich für die PDS das Fenster, welches sich mit der Bildung der SPD-PDS-Koalition aufgetan hat, auf lange Zeit geschlossen. Daher müsse die PDS auf einer Klarstellung des Koalitionspartners bestehen, dürfe aber die Landes-SPD nicht mit substantiellen politischen Forderungen konfrontieren.¹⁴³

Im Lichte der hier vertretenen Auffassung, dass die Landes-SPD gegenwärtig nur über anderthalb Optionen verfügt, mithin nicht wirklich in der Wahl ihrer Partner völlig frei ist, wäre auch die von der Landes-PDS ausgeschlagene Reaktion möglich gewesen.

Die gefundene und praktizierte Antwort bietet aber bessere Chancen, das Verhältnis beider Koalitionspartner in eine dauerhafte strategische Partnerschaft zu verwandeln.

141 Vgl. Thomas Koch: Rot-Rot hat mehr als vier Jahre verdient, Neues Deutschland vom 10./11. März 2001, S. 10.

142 Vgl. Thomas Koch: (Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen? Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns, www.biss-online.de.

143 Vgl. Brigitte Fehrle: Mecklenburger Kritik an Gregor Gysi. Fraktionschefin Gramkow fordert von der Bundespartei besseres Konfliktmanagement, Berliner Zeitung vom 22. Mai 2001, S.5.

Unter sonst gleichen Bedingungen wird die Koalition wohl bis zum Ende der Wahlperiode halten.

Insbesondere unter der Voraussetzung, dass die Wahlergebnisse 2002 es zulassen, ist im Lichte der hier vorgelegten Befunde und Analysen eine Fortsetzung der rot-roten Koalition in Schwerin *möglich* und *wahrscheinlich*.

5. Anlagen

Anlage 1: Design der Politikstilanalyse: Landtag(e)

Im Rahmen dieser Studie geht es darum, den Politikstil, d.h. relativ dauerhafte politische Handlungsmuster der Art und Weise der Politikformulierung wie des Politikvollzuges, dauerhafte Handlungsmuster der Problembearbeitung oder Konfliktregulierung im Schweriner Landtag zu identifizieren.

In diesem Zusammenhang gilt es vor allem drei Fragen zu beantworten:

- a) Ob und wie der Politikstil (die identifizierten Muster) von den Sozialprofilen der Abgeordneten abhängt (Politikstil als abhängige Variable)?
- b) Veränderte sich der Politikstil des Landtages der 3. Wahlperiode gegenüber dem in der 2. Wahlperiode erkennbaren Politikstil?
- c) Beeinflusst der im Landtag waltende und zu identifizierende Politikstil materiale Ergebnisse der Politik, hat der Politikstil Konsequenzen für politische Entscheidungen (Politikstil als unabhängige Variable)?

Um den im Landtag waltenden Politikstil zu identifizieren wurden folgende Zugänge gewählt: teilnehmende Beobachtung an Landtagssitzungen/ Analyse von Sitzungsprotokollen der 2. und 3. Wahlperiode/Auswertung der Kurzprotokolle der 1-bis 51. Landtagssitzung der 3. Wahlperiode/ Konsultation von Experten/ Auswertung einer Auflistung der Ordnungsrufe und zurückgewiesenen unparlamentarischen Äußerungen nach § 53 Abs. 1 GOLT für die 2. Wahlperiode/ Auswertung des Dokumentarfilmes „Demokratie im Schloss“ von T.Schadt und P. Schmidt.

Politikstilanalyse lebt vom Vergleich. Im Rahmen der Studie konnte jedoch aus rein pragmatischen Gründen der Vergleich mit anderen Landtagen nur suboptimal (unter Hinzuziehung von Materialien, die Aufschlüsse über den Politikstil anderer Landtage vermitteln) praktiziert werden. Dazu gehört vor allem das jüngste Buch von Landolf Scherzer „Der Letzte“. Es bietet Einblicke in den Politikstil des Erfurter Landtages am Ende der 2. Wahlperiode.

Um den Politikstil von Landtagen bestimmen zu können, wurde nachfolgend skizziertes Raster entwickelt.

Empirisch erfasst bzw. dokumentiert werden folgende Verhaltensweisen und Sachverhalte (die Reihenfolge ihrer Nennung markiert dabei keineswegs eine Rangfolge):

- Raumordnung (Plenarsaal)/Kleiderordnung/ Bewegung im Raum/ Art der Beifalls- und Unmutsbekundungen

Raumordnung steht einmal für die Aufteilung des Plenarsaales/ die Symbolik der Sitzordnung der Fraktionen (welche Fraktion steht für die „Rechte“, die „Mitte“ und die „Linke“?) und zum anderen für Gestaltungs- und Schmuckelemente. *Kleiderordnung* zielt auf die Bekleidung der Abgeordneten und Besucher ab. Sie ist ein Maß für die Formalität/Informalität, für die (Nicht)Reglementierung von sozialen Beziehungen im Parlament. *Bewegungen im Raum* (zwischen den verschiedenen Fraktionen) signalisieren Beziehungen bzw. deren Fehlen.

- die Dauer der Plenarsitzungen

Die bloße zeitliche Länge an sich signalisiert wenig. Erst im Vergleich der Wahlperioden untereinander lassen sich an der unterschiedlichen Dauer der Plenarsitzungen Verschiebungen in der Diskussionsbereitschaft, im Diskussionsbedarf und der Diskussionsintensität im Landtag roh messen. Ferner ist die veränderte Dauer der Landtagssitzungen ein Hilfsindikator, um Veränderungen im Stellenwert des Parlaments etwa im Vergleich zur Exekutive oder/ und zur Bundes- und EU-Ebene usw. zu erfassen.

- Über die Text- und Beobachtungsprotokolle erschließen sich sodann, wie die Akteure (MdL) selbst den zeitgeschichtlichen Kontext im Bund und im Land wahrnehmen, in dem die jeweilige Landtagssitzung steht

Für die Politikstilanalyse ist relevant, ob und wie sie diesen Kontext in ihren Redebeiträgen aufrufen – dramatisierend oder/und ent-dramatisierend – ob sie für die Hineinnahme des Kontextes oder für dessen Heraushalten plädieren. Dieser Aspekt zielt darauf, ob Durchlässigkeit oder Resistenz gegenüber (bundes)politischen Trends stilprägend ist.

- Faktizität und Geltung der Anwesenheitsnorm für die Abgeordneten

Die Handhabung und Interpretation der von der GOLT geforderten Anwesenheitspflicht der Abgeordneten, steht für landtagsinterne Arrangements, die die von der Öffentlichkeit geforderte physische Präsenz aller Abgeordneten konkretisieren und auch relativieren.

- Praktizieren der freien Rede und Adressat der Redebeiträge der Abgeordneten

Dass die Abgeordneten (in der Regel) ihre Ausführungen in freier Rede machen sollen, fordert § 44(1) der GO des Landtages. Nicht die Protokolltexte, sondern Expertenaussagen sowie die Beobachtungsprotokolle von Landtagssitzungen bieten den entscheidenden Zugang zur Redepraxis. Die freie Rede war in der DDR eine zwar zulässige, aber wenig kultivierte Praxis. Wird den Abgeordneten freies Reden abverlangt bzw. legen sie selbst Wert auf die freie Rede oder werden Abweichungen gelitten bzw. sind abgelesene Redebeiträge die Norm? Ferner wird ermittelt, wer ist der Adressat der Redebeiträge – unsichtbare, nicht physisch anwesende Dritte/ die anderen Abgeordneten/ die Journalisten/ Besucher auf der Gästetribüne?

- Geist, Buchstaben, Interpretation, Anwendung der Geschäftsordnung des Landtages

Wie oft und wobei schaltet sich der Landtagspräsident ordnend in die parlamentarische Debatte ein?¹⁴⁴ Das Interesse richtet sich von daher auf Ordnungsrufe des Landtagspräsidiums sowie auf zurückgewiesene unparlamentarische Äußerungen, über die die Beobachtungsprotokolle des Autors, die offiziellen Sitzungsprotokolle der Plenarsitzungen und (soweit es sich um Ordnungsrufe handelt) die über das Internet abrufbaren Kurzprotokolle der Plenarsitzungen Auskunft geben.

144 Während die Stichprobe aus Landtagssitzungen der 2. und 3. Wahlperiode [vgl. Abbildung 1: Politischer Stil der 2. und 3. WP aus vergleichender Perspektive (Stichprobe Sitzungsprotokolle)] unter anderem alle Interventionen, d.h. Verstöße unterschiedlicher Schwere erfasst, bezieht sich die Abbildung 2 ausschließlich auf die Kurzprotokolle der Landtagssitzungen 1.-51. Sitzung der 3. Wahlperiode. In der Abbildung 2 werden die gemäß § 53 (1) der Geschäftsordnung des Landtages erteilten „Ordnungsrufe“ aufgelistet, mithin die minder schweren Verstöße ausgeblendet [vgl. Abbildung 2: Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. WP (1-51. Sitzung): Ordnungsrufe nach § 53(1) GOLT].

Die tatsächlichen wie die unterbliebenen (aber laut Geschäftsordnung eigentlich fälligen) Interventionen des Präsidenten machen die geltenden Regeln und Normen parlamentarischen Anstandes und die Struktur der Verstöße transparent. Interpretationsbedürftig sind Verschiebungen in der Struktur der Verstöße in der Abfolge der Wahlperioden. Die Interventionen lassen Rückschlüsse auf zu unterlassene Wörter und Wendungen zu. Zu fragen ist aber auch, welche eindeutigen Verstöße faktisch hingenommen und nicht geahndet werden. Werden Verstöße nicht geahndet, so sind drei Fälle vorstellbar, die die Nichtahndung erklären: die Verstöße sind übersehen worden/ das Präsidium hat faktisch keine Handhabe/ die Norm, welche die Verstöße als solche ausweist, erodiert oder ist als Norm nicht verinnerlicht bzw. den Abgeordneten nicht bekannt.

Den Abgeordneten welcher Parteien gelten die Interventionen des Präsidenten? Wie verteilen sich die Ordnungsrufe des Präsidenten auf die im Landtag vertretenen Parteien –gleichmäßig oder ungleichmäßig?

Empirisch zu konstatieren und zu werten ist ein ausgesprochenes Gefälle zwischen den Parteien hinsichtlich der von ihnen ausgehenden Ordnungsverstöße. Für die Politikstilanalyse relevant ist zum einen der Sachverhalt, dass die jeweilige Opposition die meisten Interventionen auslöst. Zum anderen verdienen in einem Drei-Parteienparlament wiederholt auftretende Verweisungszusammenhänge zwischen den Ordnungsverstößen einer Partei und den ebenfalls Interventionen auslösenden Reaktionen einer anderen Partei Beachtung. Treten solche Verweisungszusammenhänge wiederholt zwischen zwei von drei Parteien im Parlament auf, so bilden diese beiden Parteien die Gegensatzpole.

- die Beziehungen der drei Parteien im Parlament im Ablauf der Wahlperioden – relativ unabhängig von ihrer jeweiligen Zugehörigkeit zu den Mehrheitsfraktionen bzw. zur Opposition wird u.a. daran gemessen, wie eine gegebene Partei aus der Sicht einer anderen ihre jeweilige parlamentarische Rolle ausfüllt (z.B. Vorwurf „Oppositionsreden zu halten“).

Polarisierung/ Äquidistanz bzw. Asymmetrie sind Bezeichnungen, mit Hilfe derer die Beziehungen der drei Parteien im Parlament abgebildet werden. Polarisierung zielt auf die beiden Parteien im Parlament, die die Gegensatzpole bilden. Äquidistanz hebt darauf ab, dass eine Partei den anderen beiden gleich nahe bzw. fern steht. Asymmetrisch sind die Beziehungen zwischen den drei Parteien dann, wenn eine Partei einer der beiden anderen Parteien im Parlament näher steht als der dritten.

- Muster des Parlamentarismus

Dieser Indikator soll erhellen, ob der im Landtag praktizierte Politikstil eher konflikt- oder eher konsensorientiert ist. Die Politikstilanalyse zielt in dieser Hinsicht einmal auf das *faktisch* waltende Muster des Parlamentarismus. Dieses erschließt sich in erster Linie und vor allem über das Abstimmungsverhalten, ferner über Reflexionen/Kommentare von Abgeordneten zum Abstimmungsverhalten (wie es ist und wie es ihrer Meinung nach sein sollte).

Idealtypisch lassen sich drei Muster¹⁴⁵ des Parlamentarismus voneinander abheben:

145 Die Charakteristik der idealtypischen Muster des Parlamentarismus 1 und 3 stützt sich auf Werner Patzelt: Reformwünsche in Deutschlands latentem Verfassungskonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28/2000, S. 3-4; Eberhard Schütt-Wetschky: Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, in: *Aus*

- a) Das Parlament steht der Regierung gegenüber und kontrolliert sie. Die Konfliktlinie verläuft zwischen Parlament und Regierung
- b) Das Modell des „Runden Tisches“ (Kooperation und Konsensorientierung)
- c) Im Parlament stehen sich Mehrheitsfraktionen, die die Regierung bilden und stützen einerseits und die Minderheitsfraktion (Opposition) gegenüber.

Muster 1: das Parlament als solches kontrolliert die Landesregierung und Verwaltung. Sowohl gewisse Artikel der Landesverfassung [(20(1) und 22 (1)] als auch Reflexionen von Abgeordneten in den Protokollen selbst sowie die Einrichtung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die als schärfstes Kontrollinstrument des Parlaments gelten, lassen zunächst auf gewisse Präferenzen im Schweriner Landtag für dieses (ältere) Muster des Parlamentarismus schließen.

Für dieses Muster sind zwei Momente konstitutiv. Zum einen ein Gewaltenteilungskonzept, wonach der Landtag als solcher die Landesregierung und Verwaltung kontrolliere. Zum anderen ein am Gemeinwohl orientiertes Handeln der Abgeordneten als Einzelne. Diese Lesart wird durch Artikel 20(1) der Landesverfassung gedeckt. Hier heißt es:

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes. Er ist Stätte der politischen Willensbildung. Er wählt den Ministerpräsidenten, übt die gesetzliche Gewalt aus und kontrolliert die Tätigkeit der Landesregierung und der Landesverwaltung. Er behandelt öffentliche Angelegenheiten“. Und in Artikel 22 (1) heißt es über die Stellung der Abgeordneten: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Diese Artikel heben eigentlich darauf ab, dass die Abgeordneten ergebnisoffen, unabhängig von der jeweiligen Mehrheitsmeinung ihrer Partei oder Fraktion miteinander beraten und entscheiden sollen. Als gemeinwohlorientierte Vertreter des ganzen Volkes sind die Abgeordneten mithin weder den Interessen bestimmter Klientele verpflichtet, noch auf eine Partei- oder Fraktionsräson einzuschwören. Demzufolge sollte die inhaltliche Ausrichtung von Gesetzen und sonstigen Entscheidungen nicht schon vor der Plenardebatte feststehen: man ringt vielmehr gemeinsam um die besten Lösungen. Bei einem solchen konsens- und an der Sache orientierten Politikstil (idealtypisches Muster des Parlamentarismus 1) ist, so scheint es, die Partei- und Fraktionszugehörigkeit fast eine zu vernachlässigende Größe für das Abstimmungsverhalten.

Dies gilt auch sinngemäß für das 2. Idealtypische parlamentarische Muster – *das Modell des Runden Tisches*. Damit ist indes hier nicht eine Neuauflage des Zentralen Runden Tisches in der DDR zur Wendezeit gemeint. Thaysen hat in seiner Analyse des Zentralen Runden Tisches in der DDR zur Wendezeit keinen Zweifel daran gelassen,

dass seiner Auffassung nach runde Tische nur „Noch-Nicht-Demokratien angemessen (seien)“. Sie dürften keinesfalls „als ein oder gar *das* institutionelle Ideal der Demokratie missverstanden werden... Runde Tische... (seien) unvereinbar mit der politischen Philosophie, die westlichen Demokratien zugrunde liegt...“¹⁴⁶

Dennoch gibt es m.E. empirische (Präferenzen von Abgeordneten und Bürgern) wie auch sachliche Gründe (die Bewältigung außergewöhnlicher Probleme), die für das Modell des Runden Tisches in demokratischen gewählten und demokratisch arbeitenden Parlamenten

Politik und Zeitgeschichte 28/2000, S. 5-12; Stefan Marschall: Deutscher Bundestag und Parlamentsreform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2000, S. 13-21.

146 Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: wo blieb das Volk?: Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990, S. 175, 176.

sprechen könnten. Das „Modell des Runden Tisches“ (als 2. idealtypisches parlamentarisches Muster verstanden) hebt auf eine Verhandlungsform im Parlament ab, bei der Konflikte durch Kooperation und Konsens ausgetragen werden.

Für das 3. idealtypische Muster des Parlamentarismus ist hingegen konstitutiv, dass sich in der Landtagsarbeit in der Regel *Regierung und Mehrheitsfraktion(en) einerseits und die Oppositionsfraktion(en) andererseits* gegenüber stehen. Die Abgeordneten sind nicht Einzelkämpfer, sondern agieren als Mannschaft im Rahmen ihrer Fraktionen, um ihre politischen Zielvorstellungen realisieren zu können. In der Öffentlichkeit unterstützen sie in der Regel die Linie ihrer Fraktion. Die Parlamentsmehrheit entscheidet faktisch allein über die inhaltliche Ausrichtung der zur Abstimmung anstehenden Gesetze. Sie kann je nach Interessen- und Rechtslage Abgeordnete der Oppositionsfraktionen hinzuziehen. Ob sie das tut oder nicht, liegt allein bei der Mehrheit. Die eigentliche Vorbereitung der Gesetze findet in den Fraktionen und Ausschüssen statt, die Beschlussfassung zeitlich versetzt im Parlament. Die dieses parlamentarische Muster charakterisierende Gegenüberstellung von Regierungs- und Oppositionsfraktionen unterstellt, fordert und fördert ein entsprechendes Rollenverhalten, eine hohe Rollentreue bei Abstimmungen und Redebeiträgen sowohl der Regierungsfraktionen als auch der Opposition.

Über die Analyse des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen erschließt sich zunächst das tatsächliche Maß der Rollentreue bzw. Rollenabweichung. Grundsätzlich wird auch in der dritten Wahlperiode die überwältigende Mehrheit (ca. 97% nach Einschätzung des Oppositionsführers) der Anträge der Opposition von den Mehrheitsfraktionen abgewiesen (immerhin hat es aber einige gemeinsam getragene Beschlüsse gegeben). Mithin erfassen die hier verwendeten Indikatoren Rollentreue/Rollenabweichung einmal das dominierende Moment (Mehrheitsfraktionen versus Opposition) und zum anderen jene Fälle, in denen Regierungsfraktionen und Opposition gemeinsame Gesetzesinitiativen tragen.

- Rollentreue/Rollenabweichung von Abgeordneten verschiedener Fraktionen bei Abstimmungen zu verschiedenen Themen in Relation zur Gesamtheit der Abstimmungen in einem Zeitintervall (Plenarsitzungen einer Stichprobe)

Zum anderen liegt eine Rollenabweichung auch dann vor, wenn einige (!) Abgeordnete der Regierungsfraktion mit der Opposition bzw. der Opposition mit der Regierung stimmen oder auf andere Weise ihrer jeweiligen Fraktion nicht folgen. Ermittelt wird in dieser Hinsicht die Anzahl der Abstimmungen mit Rollenabweichung in Relation zur der Gesamtzahl der Abstimmungen. Sodann wird vermerkt, Abgeordnete welcher Parteien von ihrer parlamentarisch zugewiesenen Rolle abwichen.

Wenngleich die Dokumentenanalyse den prozentualen Anteil der Abstimmungen mit Rollenabweichung ebenso erschließt wie die Fraktionen, die gleichsam aus ihrer parlamentarischen Rolle gefallen sind, so bedarf es doch einiger Setzungen, um die Befunde interpretieren zu können.

Ein hohes bzw. geringes Maß an Rollenabweichung kann im Rahmen der Politikstilanalyse zunächst signalisieren, ob der Landtag eher zum parlamentarischen Muster 1 bzw. 2 oder zum Muster 3 tendiert. Rollenabweichungen stehen *in dieser Hinsicht* allgemein dafür, dass Abgeordnete nicht einer Fraktionslogik, Koalitions- oder Oppositionsräson, sondern einer argumentativen oder Diskurslogik folgen bzw. „abweichenden“ Wertbindungen und Interessen.

Wann aber ist das Maß der Rollenabweichung als „hoch“ einzuschätzen, zumal es wichtige und wenige wichtige Abstimmungen gibt, mithin Rollenabweichung von unterschiedlicher Tragweite ist? Von einem hohen Maß der Rollenabweichung wird *hier* dann ausgegangen, wenn der prozentuale Anteil der Abstimmungen mit Rollenabweichung 40% und mehr an der Gesamtheit der Abstimmungen beträgt. Sofern dies der Fall sein sollte, so die hier leitende Annahme, gibt es im Parlament starke Präferenzen für das skizzierte idealtypische parlamentarische Muster 2.

Freilich lassen sich Rollenabweichungen auch auf andere Weise interpretieren und erklären. Die Fraktionen arbeiten auf der Basis von (unterschiedlichen) Geschäftsordnungen. Diese bieten dem einzelnen Abgeordneten offenbar differente Spielräume. Die bisherige Geschäftsordnung der PDS-Fraktion – sie soll, wie auf einer Klausurtagung der Fraktion im August 2000 zu vernehmen war, reformiert werden – lässt ihren Abgeordneten mehr Freiheiten als andere. Im Vergleich mit dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten der CDU- wie auch der SPD-Fraktion fällt auf, dass die Abgeordneten der PDS in erheblich stärkerem Maße weniger einheitlich abstimmen. Rollenabweichungen können ferner Ausdruck unversöhnter fraktionsinterner bzw. koalitionsinterner Widersprüche bzw. des Unvermögens sein, fraktionsinternen Gruppenkohärenz herzustellen. In diesem Falle kann Rollenabweichung nicht als Ausdruck des Übergangs zum oben charakterisierten idealtypischen parlamentarischen Muster 1 oder 2 gelesen werden, sondern sie ist eher Anzeichen einer Rekombination der politischen Kräfte, die am Ende zu einer neuen und stringenten Gegenüberstellung von anders zusammengesetzten Regierungsfractionen und Opposition im Sinne des Musters 3 führt. Rollenabweichung signalisiert dann eher den Übergang zu neuen politischen Kombinationen – die Erosion der Fundamente einer bisherigen Koalition, fraktionsinterne Spaltungslinien, Annäherungen zwischen einer der bisherigen Koalitionsparteien und der Opposition usw. Welcher der Fälle vorliegt, ist im Rahmen der Analyse zu erschließen.

– Rollendistanz über Persönliche Erklärungen gemäß §51 (2) GO des Landtages ¹⁴⁷

Persönliche Erklärungen geben Abgeordnete in für sie wichtigen Angelegenheiten ab, um ihre Stimmenthaltung (d.h. auch von der Fraktion abweichendes Abstimmungsverhalten) in bestimmten Fällen zu erklären bzw. Dissens gegenüber dem Geist einer gegebenen Parlamentsdebatte anzumelden. Nur ein Bruchteil der Enthaltungen wird überhaupt von einer persönlichen Erklärung gemäß §51(2) GO begleitet. Aber diese wenigen Fälle sind für die Politikstilanalyse relevant.

– Die Reflexionen über Normen parlamentarischer Kultur/parlamentarischen und unparlamentarischen Verhaltens außerhalb von persönlichen Erklärungen werden in einer gesonderten Rubrik erfasst (nach Kategorien und hinsichtlich der Reflexionsintensität)

Die Abgeordneten sowie der Präsident selbst haben Vorstellungen (un)parlamentarischen Verhaltens sowie von (hoher) politischer Kultur, die in Passagen der Protokolle von ihnen reflektiert werden. Die von den Abgeordneten bzw. vom Präsidenten jeweils präferierten Maßstäbe sind (auch) als Interpretationen/Konkretisierungen der offiziellen Landtagsregeln zu werten. Sodann sind die Vorstellungen parlamentarischen Anstands von Abgeordneten

147 In der Abbildung 1 wird die Zahl der persönlichen Erklärungen in Hinsicht auf die Stichprobe aus der 2. und 3. Wahlperiode angegeben. Die Abbildung 3 hingegen erfasst die persönlichen Erklärungen der 3. Wahlperiode von der 1 bis 51. Plenarsitzung [vgl. Abbildung 3: Persönliche Erklärungen nach § 51(2) für Enthaltungen in der 3. WP (1.-51. Plenarsitzung)].

teils enger und teils weiter als die des Präsidiums. So kommt es, dass aus der Sicht des Abgeordneten vorliegende Verstöße nicht geahndet werden oder aus subjektiver Perspektive zulässige Beiträge Interventionen hervorrufen.

Erfasst werden Reflexionen von Abgeordneten sowie des Präsidenten über Normen parlamentarischer Kultur in folgenden Kategorien:

Veränderungsbedürftige Spielregeln/ Verfahrensweisen der Arbeit des Landtages und seiner Ausschüsse/ Funktions- bzw. Ebenenvermischung und Ebenentrennung/ die angemessene Reihenfolge der Redner/ Muster des Parlamentarismus/ Anforderungen an die jeweilige Opposition und Bewertungen, wie die Oppositionsrolle ausgefüllt wird/ Anforderungen an die Regierung und die sie tragenden Fraktionen/ Reflexionen über unzulässige Wörter und Wendungen sowie eines allgemeinen Unbehagens über den waltenden politischen Stil.

Das Interesse richtet sich ferner auf die Reflexionsintensität: ist die Anzahl der Reflexionen der Abgeordneten über (un)parlamentarisches Verhalten in einer Stichprobe von Sitzungsprotokollen der 2. und 3. Wahlperiode in etwa gleich geblieben, rückläufig oder gestiegen?

Wenn die Anzahl der Reflexionen gleich geblieben oder gesunken ist, dann erscheint das Landtagsgeschehen nur in Grenzen als merk- und fragwürdig, der Landtag ist bei seinem eigenen Stil gleichsam angekommen. Ist die Reflexionsintensität hingegen gestiegen, so sind entweder die Dämme bisherigen parlamentarischen Anstands gebrochen oder/und es zeichnet sich der Übergang zu einer neuen/anderen Stufe im Politikstil ab.

Auf der Basis der skizzierten Maßgaben/Kriterien werden Daten gewonnen, Textpassagen den gebildeten Kategorien zugeordnet und die Ergebnisse zunächst in tabellarischer und formalisierter Form festgehalten, quantifiziert, gleichsam ausgezählt und auf diese Weise Aufschlüsse über den waltenden Politikstil im Landtag gewonnen. Während die Zuordnung bestimmter Passagen zu bestimmten Kategorien (z.B. Interventionen des Landtagspräsidenten, persönliche Erklärungen, Abstimmungen mit und ohne Rollentausch) zweifelsfrei möglich ist, besteht bei anderen relevanten Passagen eine Zone, die durchaus Fragen bei der richtigen Auswahl und Zuordnung aufwirft. Ferner ergibt sich das Problem von Doppelzuordnungen. Objektivierung ist hier durch den Einbau intersubjektiver Kontrollmöglichkeiten und die Konsultation von Experten möglich.

Anlage 2: Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Politischer Stil der 2. und 3. WP aus vergleichender Perspektive (Stichprobe Sitzungsprotokolle)	74
Abbildung 2:	Interventionen des Landtagspräsidiums in der 3. WP (1-51. Sitzung): Ordnungsrufe nach § 53(1) GOLT	79
Abbildung 3:	Persönliche Erklärungen nach § 51(2) für Enthaltungen in der 3. WP (1.-51. Plenarsitzung)	91
Tabelle 1:	Die Entwicklung der Mitgliederzahlen von CDU, PDS und SPD in MV 1990-2000	11
Tabelle 2:	Mandatverteilung nach Wahlperioden im Landtag	12
Tabelle 3:	Die Landtagsabgeordneten nach Alter, Geschlecht und Konfession	13
Tabelle 4:	Sozial-geographische Herkunft der Abgeordneten	13
Tabelle 5:	Relation zwischen Parlamentsneulingen und Mandatsfortführern nach Wahlperioden	14
Tabelle 6:	Gesamtheit vergüteter und ehrenamtlicher Gremienmitgliedschaften, Organisationsbindungen im Sinne der Verhaltensregeln für Abgeordnete des Landtages außerhalb der eigenen Partei	17
Tabelle 7:	Vorsitz oder Mitgliedschaft der Parlamentarier in Aufsichtsräten nach Parteien	18
Tabelle 8:	Zukunftsoffensive der CDU im Überblick	23

Tabelle 9:	Positionen auf den „Programmkongressen“ der Landes-SPD	26
Tabelle 10:	Die wichtigsten Regionalzeitungen	33
Tabelle 11:	Ergebnisse der drei großen Parteien bei den Kommunalwahlen 1999 im Vergleich zu 1994	36
Tabelle 12:	Wahlabsichten laut Emnid-Umfrage im November 2000 für Mecklenburg-Vorpommern (Landtagswahlen)	37
Tabelle 13:	Ergebnis der Direktwahl des Landrates im Landkreis Demmin August 2000	41
Tabelle 14:	Relationen zwischen den Parteien im Ergebnis der Direktwahlen (Stand Mai 2001)	42
Tabelle 15:	Statistik Landtag Mecklenburg Vorpommern – erste bis dritte Wahlperiode	61
Tabelle 16:	Anzahl der Petitionen von 1990 bis April 2000 in Mecklenburg-Vorpommern	66
Tabelle 17:	Zugänge	71
Tabelle 18:	Maßgaben der Politikstilanalyse	72
Tabelle 19:	Koalitionen auf Bundesebene und auf Landesebene in MV	77

Anlage 3: Personenverzeichnis

Arnim, Hans Herbert von	16, 51, 62, 64, 65, 66	Noelle-Neumann, Elisabeth	54, 56
Berg, Frank	5, 31	Nohlen, Dieter	15, 17, 69
Bergmann, Christine	25	Patzelt, Werner	16, 99
Blühm, Norbert	85	Peters, Angelika	87
Borchert, Rudolf	90	Pfetsch, Barbara	32
Bösch, Frank	54	Pollach, Günter	19
Büchner, Gerold	94	Polzin, Heike	90
Caffier, Lorenz	15	Prachtl, Rainer	63, 87
Ebeling, Knut	31	Putensen, Gregor	39
Eberlein, Werner	52	Rehberg, Eckhardt	10, 39, 82, 89
Fehrle, Brigitte	95	Reichart-Dreyer, Ingrid	11
Felfe, Traudel	8	Rex, Wolfgang	31
Friese, Siegfried	87	Ringstorff, Harald	10, 25, 32, 40, 44, 50, 57, 59, 70, 71, 78, 94
Fuchs, Dieter	53, 54	Ritter, Peter	45, 48, 64
Glawe, Harry	87	Rosemarie Hein	39
Glitz, Peter	7	Schädel	71
Gomolka, Alfred	89	Schädel, Monty	59
Gramkow, Angelika	45, 64, 66, 76, 95	Schadt, Thomas und Schmidt, Peter	65, 71
Grams, Friedbert	66	Schäfers, Bernhard	52
Gysi, Gregor	39, 90, 95	Scherzer, Landolf	92
Helmrich, Herbert	59	Schier, Klaus	71
Holter, Helmut	10, 28, 29, 46, 47, 48, 61, 70, 85	Schlotmann, Volker	39, 44
Iltgen, Erich	62	Schneider, Herbert	9, 19, 34, 43
Jelen, Frieder	41	Schnoor, Steffie	10, 21, 22, 35, 36, 70
Kassner, Kerstin	42, 75	Schoenenburg, Arnold	15
Kästner, Hans-Gerd	32, 51	Schröder, Gerhard	85
Klimmt, Rainer	25	Schuchardt, Jürgen	92
Koburger, Annegrit	59	Seemann, Margot	81
Koch, Thomas	31, 95	Seite, Berndt	7, 78, 89
Kohl, Herlmut	85	Stolpe, Manfred	9
Koslik, Stefan	41	Syrbe, Barbara	42
Kuessner, Hinrich	80	Thaysen, Uwe	100
Land, Rainer	31, 51	Thierse, Wolfgang	7, 8, 25
Lorenz, Heike	16, 20, 35, 88	Thomas, Reinhardt	59
Machnig, Matthias	25	Wildenhain, Günter	52
Merkel, Angela	10, 22	Zabel, André	48
Mühlberg, Dietrich	55	Zimmer, Gabriele	40
Müller, Heinz	83, 87		
Neugebauer, Gero	85		